

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 33



SARKIS LATCHINIAN

Öl und Macht

Der globale Kampf
um die verbliebenen
fossilen Energieträger

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 33

Öl und Macht

Der globale Kampf
um die verbliebenen fossilen Energieträger

Sarkis Latchinian

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2009

ISBN 978-3-89819-528-5

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2009
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9608531 · Fax (0341) 2125877
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Daniel Neuhaus unter Verwendung des Fotos »Erdölraffinerie
Speyer«. Fotograf JUREC.

Redaktion & Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	5
<i>Kapitel I</i>	
Geschichtlich-informativer Überblick über fossile Energieträger und das Problem ihrer Verknappung	7
<i>Kapitel II</i>	
Die Entwicklung erneuerbarer Energieträger als Alternative zur Verknappung der fossilen Energieträger. Die Gefahren des Klimawandels.	25
<i>Kapitel III</i>	
Das Ringen der USA um die Kontrolle über die verbliebenen Öl- und Gasreserven der Welt	39
<i>Kapitel IV</i>	
Russlands Aufstieg zu einer global führenden Energiemacht	70
<i>Kapitel V</i>	
Chinas Einzug in die globale Energie-Arena.	110
<i>Kapitel VI</i>	
Eine neue internationale Ordnung ist notwendig.	120
Über den Autor	123

Vorwort

Die Verfügung über Erdöl und Erdgas als Mittel und Zweck nationaler Wirtschaften und internationaler Politik

Seit einem halben Jahrhundert gilt dem Erdöl als wichtigstem Rohstoff und Energieträger der Weltwirtschaft forschungsmäßig mein besonderes Augenmerk. Das hat nicht nur, aber auch biografische Ursachen. Als Sohn einer armenischen Flüchtlingsfamilie im arabischen Libanon geboren und aufgewachsen, legte ich 1959 in meiner Diplomarbeit in Sofia erste Ergebnisse und Erkenntnisse zum arabischen Erdöl vor. Und 1962 verteidigte ich an der Leipziger Karl-Marx-Universität meine Dissertation zum Thema »Das arabische Erdöl den arabischen Völkern«. Daran lassen sich im weiteren mindestens drei wesentliche Fragen knüpfen:

Was brachte die danach in der Tat verstärkt einsetzende Nationalisierungswelle der Erdöltreichtümer ihren Völkern?

Wie veränderte sich das politisch-ökonomische und soziale Bedingungsgefüge seitdem?

Wie steht es heute – also fünfzig Jahre später – um diesen national wie global bedeutendsten Energieträger?

Daraus ergaben sich Ansätze für eine von mir über Jahre verfolgte komplexere Untersuchung. Diese gewann ihr theoretisches Fundament aus einer Analyse des US -amerikanischen Kapitalexports und wurde stetig aktualisiert durch eine Reihe konkreter Studien zur Öl-Problematik und entsprechenden Auseinandersetzungen im kaspischen Raum, im Nahen und Mittleren Osten, in Russland, der Europäischen Union u. a.

Ins Blickfeld rückt dabei immer unabweisbarer die Endlichkeit der einst üppigen, sich aber allmählich erschöpfenden fossilen Energieträger. Verschärft wird dieses Problem durch die sich erweiternde Schere zwischen dem derzeit weltweit rasant steigenden Energiebedarf und den teilweise rückläufigen Fördermengen bzw. Neuaufschlüssen fossiler Energieträger.

Angesichts dessen erweist sich die gegenwärtige Entwicklung und Einführung alternativer regenerativer Energiequellen schon jetzt als ja-

nusköpfig, da sie einerseits durchaus ergänzende Zwischenlösungen bietet, aber andererseits vor allem in Gestalt der Biokraftstoffe neue globale Probleme mit erheblichen ökologischen und sozialen Folgen forciert: Die rigoros vorangetriebene Abholzung der Regenwälder, die rücksichtslose Verdrängung kleiner Bauern von ihren Existenzgrundlagen, die wachsende Armut und der Hunger werden von einer Handvoll weltweit agierender Oligopole ausgelöst, gesteuert, rapide verschärft, aber als Gefahren z.T. auch mittels käuflicher Forschung und Medien verschleiert, bagatellisiert oder gar negiert.

Die Darstellung dieser veränderten globalen Problemlage findet in meinen ersten beiden Kapiteln Raum, bevor ich mich den zentralen Anliegen meiner Arbeit, nämlich der Analyse des weltweiten Zusammenhangs zwischen Öl und Macht in den folgenden drei Kapiteln zuwende. In den Fokus gerückt werden dafür als drei besonders gewichtige Staaten bzw. global bedeutende bisherige oder neue Wachstumszentren die USA, Russland und China jeweils in direktem Bezug zur Europäischen Union und anderen Staatengruppen. Offen gelegt wird, wie unterschiedlich sie sich zu dieser Problemlage verhalten, d. h. welche Voraussetzungen sie im einzelnen mitbringen, welche Ziele sie verfolgen und welche Wege sie dafür beschreiten, welche Gemeinsamkeiten sich offenbaren, aber auch welche Konkurrenzen sie austragen, welche Chancen, aber auch welche Risiken von ihnen ausgehen.

Verdeutlicht wird schließlich, dass die während und nach dem Zweiten Weltkrieg gebildeten internationalen Steuerungsinstitutionen wie die UNO, Weltbank, IWF, IEAE, FAO u. a., zumal in der ausgebrochenen Systemkrise ihre Wirkungskraft zur Milderung oder gar Lösung der weltweit verschlungenen, gravierenden Probleme eingebüßt haben. Die Schaffung einer neuen internationalen Ordnung in einer multipolaren Welt erweist sich damit als lebensnotwendig.

Geschichtlich-informativer Überblick über fossile Energieträger und das Problem ihrer Verknappung

1. Erdöl – der begehrteste aller fossilen Energieträger

Erdöl ist mit Abstand bedeutendster Rohstoff der Weltwirtschaft. Da die vorliegende Arbeit sich hauptsächlich mit dem Energieträger Erdöl befasst, werden andere Energieträger wie Erdgas, Kohle, die Atomkraft, die erneuerbaren Energieträger wie Sonne u. a. m. nur tangierend in die Überlegungen einfließen, sofern sie für die das Erdöl betreffenden Aussagen von Bedeutung sind. Begehrteste Energieressourcen sind Erdöl und Erdgas. Wichtiger fossiler Energieträger bleibt die Kohle. Obwohl die Kohlevorkommen – wie die meisten Erze – gleichmäßiger als Erdöl und Erdgas über den Planeten verteilt und reichhaltiger vorhanden sind, konzentriert sich der Kohlebergbau in Ländern, in denen er noch ökonomisch rentabel ist. Uran ist weniger begehrt, seitdem die Atomenergie in die Kritik geraten ist. Nur wenige Länder setzen noch wie China auf den Bau gigantischer Wasserkraftwerke. Die Entwicklungsmöglichkeiten für diese Energieform sind bei weitem noch nicht erschöpft. Höhere Preise könnten ein Anreiz zu verstärkter Erschließung vorhandener, bisher unrentabler Energievorkommen sein und dafür sorgen, dass die existierenden Energiereserven nicht so bald erschöpft werden: schätzungsweise in 40 Jahren bei Erdöl, in 50 Jahren bei Erdgas, in 150 und mehr Jahren bei Kohle. Auch die Suche nach alternativen Energiequellen ließe sich damit forcieren.

Doch zurück zum Erdöl als noch bedeutendstem Rohstoff der Weltwirtschaft.

Es wird nicht nur für den Transport von nahezu 90 Prozent aller Güter verwendet. Es ist auch der Grundstoff fast aller Kunststoffe. Aus Öl werden mehrere hunderttausend organische Verbindungen synthetisiert, die

wiederum als Grundstoff für ebenso viele Kunststoffe, Farben, Lacke und pharmazeutische Produkte dienen. Auch die moderne Landwirtschaft erweist sich als extrem abhängig vom Öl. So werden nicht nur landwirtschaftliche Maschinen mit Öl betrieben, Nahrungsmittel mit Hilfe von Öl transportiert und verarbeitet, auch Pestizide und Dünger werden daraus hergestellt. Dies führt dazu, dass in jeder Kalorie unserer Nahrung ungefähr zehn Kalorien fossiler Energie mitenthalten sind.¹

Der Beginn des modernen Erdölzeitalters wird um die Mitte des 19. Jahrhunderts angesetzt. Bohrungen nach dem »Schwarzen Gold« – wurden jedoch bereits im 10. Jahrhundert bis zu 12 Metern Tiefe vorgenommen, um den wertvollen Rohstoff Erdöl zu gewinnen. Doch das moderne Erdölzeitalter ist mit der Industrialisierung und Motorisierung der neueren Geschichte verbunden. Im Zuge dessen wurde eine relativ kleine Fläche um Baku in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Boomregion fast amerikanischen Ausmaßes. 1863 wurde dort die erste Erdölraffinerie eröffnet. Die Brüder Ludwig und Robert Nobel ließen sich in Baku nieder und kauften 1875 das große Balachany Erdölfeld. Zwischen 1898 und 2003 wurde in keiner Region der Welt mehr Erdöl produziert als im Raum Baku, im Jahr 1901 sollen hier sogar 50 Prozent der Weltproduktion gewonnen worden sein.²

Die so genannten nachgewiesenen Erdölreserven von schätzungsweise 1 bis 2 Billionen Barrel (1 Barrel = 159 Liter), also rund 150 Milliarden Tonnen, sind geographisch sehr ungleich verteilt: Schätzungsweise liegen zwei Drittel der nachgewiesenen Ölreserven im Nahen und Mittleren Osten. Der Umfang der Ölreserven ist unter den Spezialisten höchst umstritten.

Ökonomen wie Morris Adelman und Michael Lynch vom Massachusetts Institute of Technology – geben zu bedenken, dass die Voraussagen einer baldigen Erschöpfung der Ölreserven von der Wirklichkeit widerlegt wurden. So sahen Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche Experten auch das baldige Ende der auf Kohle basierenden Industrialisierung nahen, da die Reserven bei der damaligen Fördermenge innerhalb von 20 Jahren aufgebraucht worden wären. Und 1979 veröffentlichte die British

1 Richard Heinberg in: Oil, Smoke & Mirrors. Dokumentarfilm zum Thema Peak Oil. Irland 2006.

2 Friedmann Müller: Machtspiele um die kaspische Energie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bonn 4/2006. S. 3.

Petroleum eine Studie, die den Höhepunkt der Ölförderung außerhalb der Sowjetunion auf das Jahr 1985 datierte.³

Solange billiges Öl als Hauptenergiequelle für den Transport zur Verfügung stand, konnte dieser unbegrenzt wachsen. Die Handelswege dehnten sich auf diese Weise in den zurückliegenden Jahrzehnten beständig aus. Immer mehr Güter unseres täglichen Bedarfs kommen aus entlegenen Regionen. Billiges Öl führte dazu, dass die Menschen mehr reisten, mehr Güter über weite Entfernungen bewegten und schließlich mehr verbrauchten. Dies wiederum schlug sich nieder in einer Zunahme der Geldzirkulation und jahrzehntelang steigenden Wachstumsraten. Steht billiges Öl als Grundstoff dieser Entwicklung nicht mehr zur Verfügung, so müsste sich dieser Prozess theoretisch umkehren. Statt beständigen Wachstums des Handels, der Güterproduktion, des Ressourcenverbrauchs und der Geldzirkulation wäre plötzlich eine Schrumpfung notwendig. Aber die kapitalistische Wirtschaft bleibt solange in Takt, wie sie wächst. Dazu braucht sie den sicheren und ständigen Zufluss von Öl. Ist dies jedoch nicht gesichert, sind die Folgen für die industrialisierte Welt dramatisch.

Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges steht und fällt die kapitalistische Industrialisierung mit der Verfügbarkeit des Erdöls. Immer wenn in den vergangenen 90 Jahren die Weltwirtschaft gewachsen ist, hat auch der Ölverbrauch zugenommen. Die Korrelation zwischen Ölverbrauch und Wirtschaftswachstum ist sehr eng, so eng, dass auch der umgekehrte Fall gilt. Immer wenn in der Vergangenheit Versorgungsengpässe beim Öl aufgetreten sind, musste sich die Wirtschaftsdynamik dem verfügbaren Ölangebot anpassen und so weit schrumpfen, bis keine Knappheit mehr bestand. Der bekannteste Fall von Ölknappheit sind die beiden Ölkrisen 1973/74 und 1979/80. Seinerzeit löste die Unterversorgung jeweils einen Anstieg des Ölpreises um 300 bis 400 Prozent aus. Rezession, sinkende Börsenkurse und eine steigende Inflation waren die Folge.

Es war also eine Frage der Zeit, bis sich das Ungleichgewicht zwischen Neufunden bei Öl und Verbrauch in einer sinkenden Förderung niederschlagen musste. Dieser Zeitpunkt ist entweder schon erreicht oder mindestens dramatisch nahe gerückt.⁴

3 Siehe BP Statistical Review of World Energy, Oil and Gas Journal. London 1990. S. 12-18.

4 Siehe Richard Heinberg: The Party's over. Das Ende der Ölvorräte und die Zukunft der industrialisierten Welt. München 2004.

Die Ausbeutequote des Öls in der britischen Nordsee hat bereits 1999 ihren Höhepunkt erreicht und ist seitdem um bereits 40 Prozent gefallen.⁵

Alle drei größten Ölfelder der Welt, die so genannten Giant Fields, nämlich Ghawar in Saudi-Arabien, Burgan in Kuwait und Cantarell in Mexiko haben 2005/2006 ihr Fördermaximum erreicht. Der Rückgang der Ausbeutequote, der sich seitdem bemerkbar macht, ist oft dramatischer als erwartet. So ging die Ölförderung des mexikanischen Ölfeldes Cantarell innerhalb des Jahres 2006 gleich um 13,1 Prozent zurück. Im Mai 2008 bestätigte der mexikanische Energieminister Ernesto Martens, dass die Förderung 2007 um weitere 33 Prozent gefallen ist.⁶

Die Förderung in Ghawar brach innerhalb eines Jahres um 8 Prozent ein.⁷

Die erwähnten Rückgänge der Förderrate haben dazu geführt, dass die im Juni 2006 erreichte Gesamtförderung von 85,4 Millionen Barrel seither nie wieder erreicht werden konnte. Die Vermutung liegt nahe, dies könnte bereits der so genannte Peak Oil⁸ gewesen sein.

Einige Expertengruppen, darunter die US-Behörde United States Geological Survey (USGS), veranschlagen die Gesamtreserven auf 3000 Milliarden Barrel. Davon seien 1000 Milliarden bereits verbraucht, weitere gut 1000 Milliarden könne man als »nachgewiesene Reserven« betrachten, der Rest seien »nicht nachgewiesene Reserven«, also wahrscheinliche oder auch nur mögliche Vorkommen. In derselben Größenordnung liegen die Mindestschätzungen der Geologen vom Institut Français du Pétrole (IFP). Demnach wäre der Höhepunkt der Weltförderung »Peak Oil« kurz nach 2020 erreicht.⁹

90 Prozent aller Ölfelder gelten bereits als entdeckt. Der Höhepunkt an Ölfunden erfolgte in den 1960er Jahren. Mitte der 1980er Jahre überstieg der Ölverbrauch erstmals die Ölfunde. Seither verbraucht die Welt jedes Jahr mehr Öl, als an Neufunden hinzukommt. In den 1990er Jahren war der Planet bereits derart abgesucht, dass die Ölgesellschaften durchschnittlich nur noch sieben Milliarden Barrel pro Jahr fanden. Allein im

5 Siehe ASPO Deutschland, www.energiekrise.de

6 Siehe Offshore – technology.com. Cantarell Oil Field. Golf of Mexico. Mexico.

7 Luke Burgess : The World largest oil field is dying. In: Energy and Capital. 9.8.2006.

8 Engl.: Höchstwert der je erreichten Ölförderung.

9 Siehe The World Bank Groups Energy Programm www.worldbank.org/energy.

Jahr 1997 wurde jedoch die dreifache Menge, 21 Milliarden Barrel verbraucht.¹⁰

Es war damit eine Frage der Zeit, bis sich das Ungleichgewicht zwischen Neufunden und Verbrauch in einer sinkenden Förderung niederschlagen musste. Dieser Zeitpunkt ist entweder schon erreicht oder mindestens dramatisch nahe gerückt.¹¹

Die vermehrte Förderung von Ölsanden in Kanada und Schweröl in Venezuela kann die kommende Energiekrise keinesfalls lösen. Zwar sind auf dem Papier diese Reserven sehr groß. Doch aufgrund der technischen Schwierigkeiten ist die Förderrate sehr gering. Dass diese Ölsand- und Schwerölvorräte den Förderrückgang des Nahen Ostens und anderer Regionen auffangen könnten, ist mehr als unwahrscheinlich.¹²

Exploration und Produktion des Erdöls sind in den Händen weniger Akteure konzentriert. Diese haben die weltweiten Ölreserven unter sich aufgeteilt. Zwischen den gestern noch tonangebenden Konzernen Exxon, Shell, BP, Total, Chevron und den nationalen Ölgesellschaften der OPEC-Staaten¹⁵ haben sich die Kräfteverhältnisse in den letzten Jahren stark verschoben. Die 10 größten nationalen Konzerne kontrollieren 53 Prozent aller Ölreserven unserer Welt. Die privaten Konzerne hingegen besitzen nur noch knapp 9 Prozent der Weltvorräte an Öl. Weitere 16 Prozent entfallen auf kleinere staatliche Unternehmen aus Ländern wie China, Indien, Brasilien oder Malaysia, wo die Nachfrage nach Erdöl ebenso exorbitant wächst, wie die Wirtschaft insgesamt. Ein Fünftel aller Ölreserven entfällt auf unabhängige, vorwiegend westliche Privatfirmen, die viel kleiner sind als die großen Staatsunternehmen und Ölmultis.¹⁴

Von der Mehrzahl der OPEC-Staaten abgesehen, schwinden bei der überwiegenden Mehrheit aller anderen Akteure die Energiereserven

10 Colin J. Campbell und Jean Lahérière: The End of Cheap Oil. In: Scientific American. Washington. März 1998.

11 Siehe Richard Heinberg: The Party's over.

12 Siehe Jörg Schindler und Werner Zittel: Energieversorgung am Wendepunkt. Bedrohtes Klima. Knappheit bei Energie und Gas. Club Niederösterreich 2004.

13 Abk. für engl. Organization of the Petroleum Exporting Countries (Organisation der Erdöl exportierenden Länder), 1960 gegründete internationale Organisation zur Koordinierung der Erdölpolitik ihrer Mitgliedsländer (Algerien, Gabun, Indonesien, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arab. Emirate); Sitz Wien (vor 1965 Genf).

14 Siehe Liste der 500 größten multinationalen Unternehmen: www.fortune.com/fortune/global500.2004.

unaufhaltsam dahin. Beunruhigend ist vor allem die Situation der abhängigen Unternehmen, die heute immerhin sehr achtbare 34 Prozent der Weltförderung betreiben, aber nur über 22 Prozent der Weltreserven verfügen. Nicht viel besser steht es um die Staatsunternehmen aus den Nicht-OPEC-Staaten, die 25 Prozent der Förderung abwickeln, aber nur 16 Prozent der Reserven besitzen. Nicht anders geht es den privaten Konzernen, die zwar 13 Prozent der Förderung, aber nur 9 Prozent der Reserven innehaben.¹⁵

Dreiviertel der Erdölförderer befinden sich demzufolge in der höchst unkomfortablen Situation, dass sie mehr Erdöl fördern, als sie durch eigene Prospektion oder Zukauf von anderen Ölfirmen kontrollieren. Sie arbeiten »defizitär«, wie es im Branchenjargon heißt, weil sie nicht in der Lage sind, ihre Reserven wieder aufzufüllen. Wenn sie nicht bald an neue Lagerstätten kommen, steht ihre Existenz auf dem Spiel. Dies gilt vor allem für die börsennotierten Gesellschaften, deren Aktienkurs von ihren Zukunftsperspektiven abhängt. Feindliche Übernahmen sind hier an der Tagesordnung. So erklärt sich auch, dass die Erdölvorkommen bisweilen wissentlich überschätzt werden. Die Royal Dutch Shell musste 2004 einräumen, dass sie ihre Eigenreserven um 20 Prozent »aufgeküschert« hatte, um ihre Aktionäre zu beeindrucken.¹⁶

Das übliche Geschäftsmodell im Ölgeschäft beruhte bis in die 1970er Jahre auf Konzessionen, wobei die konzessionierten Vorkommen ins Eigentum der Ölgesellschaften übergingen. Diese rechtliche Form ist heute nur noch in den USA und europäischen Ländern wie Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen üblich. In Kolumbien, Thailand und in der Golfregion dagegen laufen die letzten Konzessionsverträge, die der Verstaatlichungswelle der 1970er Jahre nicht anheim fielen, in den nächsten Jahren aus. Die Regierung von Abu Dhabi hat ihre Vertragspartner bereits wissen lassen, eine Verlängerung der Konzessionen, die spätestens 2018 enden, sei ausgeschlossen.¹⁷

Als Konzessionsersatz kam nach 1945 das »Production Sharing Agreement« (PSA) auf: Gastland und Ölfirma einigten sich vertraglich über die Prospektion, Exploration und Förderung von Erdöl sowie über den zeitlichen Rahmen und geographischen Gestaltungsbereich, die Mindestinve-

15 Siehe ebenda und Energy Information Administration, www.eia.doe.gov.

16 Siehe Energy Information Administration (US Department of Energy). Annual Energy Review 2004.

17 Siehe Arab Oil & Gas Show. April 2005.

stitionssumme und die Besteuerung der Gewinne. Der Investor zahlt eine Unterzeichnungsprämie und trägt das Risiko des Misserfolges, teilt mit dem Gastland im Erfolgsfall aber den Gewinn. Die Förderfirma finanziert mit ihrem Anteil die Explorations- und Entwicklungskosten.

Für das Erdöl-besitzende Land hat das PSA-System finanzielle und auch politisch rechtliche Vorteile. Die natürlichen Ressourcen bleiben Staatseigentum. Darüber sind sich in den Förderländern Linke wie Rechte, Nationalisten wie Islamisten einig. Dies gilt auch für den Irak, wo aber die internationalen Ölkonzerne in der aktuellen Debatte über ein Ölgesetz, das Ende Februar 2007 vorgelegt wurde, auf möglichst umfassende Kontrolle dringen. Die USA versuchten wiederholt, wenn auch zumindest bislang erfolglos, das Verstaatlichungsgesetz des Irak von 1972 außer Kraft zu setzen und zum Konzessionsregime zurückzukehren.

Mittels der PSA finden die Ölgesellschaften erneut Zugang zu Ländern, die ihnen lange Zeit verschlossen geblieben waren, also Venezuela, Algerien, Birma, Iran und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Das gelang ihnen in der Periode, in der die Ölpreise sehr niedrig lagen, die OPEC auseinander zu brechen drohte und die Erdöl-exportierenden Länder kein Geld für Eigeninvestitionen hatten, um neue Bohrungen durchzuführen und das Versiegen der alten Ölquellen auszugleichen.

Damals saßen die Ölgesellschaften am längeren Hebelarm. Sie konnten für sich steuerliche Vorteile herauschlagen, wobei sie manchmal überzogen. So setzte etwa Shell 1995 bei den gigantischen Ölfeldern von Sachalin II in Ostsibirien durch, dass dem britisch-niederländischen Konzern sämtliche Erträge so lange zuständen, bis er seine Investitionskosten amortisiert hätte. Im Herbst 2006 musste Shell einräumen, dass die Kosten statt der vertraglich vorgesehenen 12 Milliarden Dollar nun mit 22 Milliarden Dollar zu Buche schlagen würden. Russland hätte also auf den ersten Dollar gute zehn Jahre länger warten müssen, als ursprünglich angenommen. Für Russland war das völlig inakzeptabel und so kaufte es zwei Monate später Sachalin II, ohne viel Federlesen für eine geringe Summe zurück. Shell wurde dabei durch Mängelrügen und eine drohende Klage der russischen Umweltbehörde unter Druck gesetzt.

Als die Ölpreise wieder anstiegen, mussten fast alle Förderfirmen mit Steuererhöhungen rechnen. Die »zusätzlichen Gewinne« schrien förmlich nach einer Revision der bisherigen Verteilungsschlüssel. Großbritannien

nien hob den Steuersatz für Förderfirmen in der Nordsee von 30 auf 40 Prozent an und beschloss 2005 eine abermalige Erhöhung auf 60 Prozent. In den USA befürwortete der Haushaltsausschuss des Senats eine zusätzliche Besteuerung der Ölgesellschaften.¹⁸

Auch die großen Förderländer meldeten Ansprüche an. Sie sind zu Recht der Meinung, dass ihr Anteil am Gewinn im Vergleich zum Fiskus der Verbraucherländer, zu den Ölfirmen, Banken und sonstigen Finanzoperationen zu gering ausfällt. Die Ölgesellschaften, die mit den Förderländern PSAs unterzeichnet hatten, sind generell mit einer Neuverhandlung ihrer Besteuerung einverstanden. Bei den gestiegenen Ölpreisen waren auch ihre Gewinne deutlich gewachsen.

Für die internationalen Ölgesellschaften scheint die Schönwetterperiode vorbei zu sein. Während die Aktionäre ständig steigende Renditen erwarten, verwehren ihnen die größten Förderländer den Zugang zu den aussichtsreichsten Vorkommen. Paradoxerweise ist diese Entwicklung von einer beispiellosen Kapitalakkumulation begleitet. Branchenführer Exxon-Mobil verkündete einen Gesamtumsatz von 450 Milliarden Dollar, der höher liegt als das BIP von 80 der 195 UNO-Mitgliedsstaaten. Dieser Geldüberhang zeugt freilich nicht so sehr von wirtschaftlicher Stärke als vielmehr von einem Mangel an viel versprechenden Projekten, in die man die enormen Profite investieren könnte.

2. Die Angebots- und Nachfrageentwicklung bei fossilen Energieträgern Erdöl und Erdgas

Auf der Weltenergiekarte ist der Nahe Osten nach wie vor eine besonders entscheidende Region. Denn seine Öl- und Gasvorkommen sind immens und vor allem leicht zu erschließen, jedenfalls bis vor kurzem. Aufgrund der aktuellen Fördermengen und der riesigen Reserven sind die Monarchien der Golfregion, der Irak und der Iran heute die wichtigsten Akteure auf dem Rohölmarkt. Saudi-Arabien wird ein Viertel der geschätzten Vorkommen dieser Erde (265 Milliarden Barrel) zugeschrieben, an zweiter Stelle liegt Irak (115 Milliarden Barrel), es folgen die Vereinigten Arabischen Emirate (98 Milliarden), Kuwait (97 Milliarden) und der Iran

¹⁸ Siehe Energy Information Administration (US Department of Energy). Petroleum Supply, Monthly, Washington Juni 2005.

(93 Milliarden Barrel). Insgesamt lagern fast zwei Drittel der bekannten Ölreserven im Boden dieser fünf Länder.¹⁹

Für die allernächste Zukunft gibt es in der Rechnung allerdings eine unsichere Größe. Es ist unklar, ob der Irak seine alte Rolle bei der globalen Ölversorgung wieder spielen können. Seit dem Sturz des Saddam-Regimes im April 2003 ist die Förderung unregelmäßig und erreicht im Durchschnitt lediglich 1,8 bis 2 Millionen Barrel pro Tag. Diese Fördermenge liegt weit unter den von der neuen irakischen Regierung angestrebten 4 bis 6 Millionen Barrel pro Tag.

Die 2007 veröffentlichte Studie der Internationalen Energiebehörde (IEAE) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prognostiziert für die kommenden 25 Jahre eine beunruhigende Entwicklung.

Danach steigt der Energiebedarf zwischen 2002 und 2030 um 60 Prozent (bei Erdgas um 100 %, beim Erdöl um 60 %, bei der Kohle um 55 %, bei den regenerierbaren Energieträgern um 100 %). Die Atomkraft soll auf heutigem Niveau stagnieren, der Kohlendioxidausstoß um 70 % zunehmen.

Andere Szenarien entwerfen Zukunftsbilder, die auf unterschiedlichen Annahmen zur Energiepolitik beruhen und deren Auswirkungen auf die Angebots- und Nachfrageentwicklung sowie auf die Umwelt skizzieren. Zu dieser Gruppe gehören die Prognosen, die das International Institute for Applied Systems Analysis (IIASA) im Auftrag des Weltenergieerats erstellt, sowie das »NOÉ«-Szenario des französischen Centre National pour la Recherche Scientifique (CNRS). Diese Szenarien beruhen jeweils auf denselben Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung (10 Milliarden Einwohner im Jahre 2050), gehen aber von unterschiedlichen energiepolitischen Zielsetzungen aus. Während die Szenarien der Gruppe A die technologische Entwicklung und ein Überflussangebot an Energie in den Vordergrund rücken, zielen die der Gruppe C auf mehr Umweltverträglichkeit, das heißt eine Begrenzung der Treibhausgasproduktion oder der Atomabfälle, wobei Noé die Folgen einer gleichzeitigen Begrenzung beider Schadstoffe berechnet. Bereits ab 2020 zeigen die Extremszenarien (Gruppe A und Noé) erhebliche Unterschiede beim prognostizierten

¹⁹ Siehe Energy Information Administration (US Department of Energy). Petroleum Supply, Monthly. Washington Juni 2002.

Energiebedarf: rund 4 Milliarden Rohöleinheiten.²⁰ 2050 übersteigt die Differenz sogar den gegenwärtigen Weltenergieverbrauch in Höhe von 10 Milliarden Rohöleinheiten.

Nicht der vermehrte Einsatz regenerierbarer Energieträger zeichnet die ökologischen Szenarien der Gruppe C sowie das Noé-Szenario aus, sondern der geringere Energiebedarf. Den größten Handlungsspielraum bietet offenkundig ein sparsameres Energiebedarfsmanagement für alle Wirtschaftsbereiche, aber weniger in der Gewichtung der verschiedenen Energielieferanten als vielmehr in der jeweils als unerlässlich geltenden Energiemenge.

In dem Ende 2005 veröffentlichten World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur heißt es, die Energieversorgung werde in un-mittelbarer Zukunft »deutlich unsicherer« und wahrscheinlich störanfälliger werden.²¹

Seit Russland Anfang 2006 kurzzeitig seine Gaslieferungen an die Ukraine und Georgien stoppte und davon auch westeuropäische Kunden betroffen waren, gilt die Versorgung mit Erdgas ebenfalls nicht mehr als störungsfrei. Nicht zufällig beherrschte die Frage der Energiesicherheit im Februar 2006 die G-8-Gespräche in St. Petersburg.

Am 31. Januar 2006 erklärte Präsident Bush in seiner Rede zur Lage der Nation, die USA müssten ihre Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen verringern. Der Referenzleiter im EU-Kommissariat für Verkehr und Energie, Luc Vöring, sagte 2006, eine Verringerung der Abhängigkeit Europas vom Nahen Osten und Russland liege ebenso im »strategischen Interesse« der EU, wie verstärkte Sicherheitsmaßnahmen.

Erst kürzlich, nämlich Ende 2008, Anfang 2009 hat es sich erwiesen, dass es dank der Kompromissbereitschaft und des guten Willens der Ministerpräsidenten Russlands und der Ukraine ermöglicht wurde, trotz gegenseitiger Anschuldigung den freien Lauf des Erdgases und des Erdöls aus der kaspischen Region nach West- und Südosteuropa wieder zu gewährleisten.

Die allgemeine Verunsicherung um Energieverfügbarkeit hat allerdings gegenüber den 1990er Jahren stark zugenommen. Auch der US-

²⁰ Durch Umrechnung in ein gemeinsames Maß, zum Beispiel die Rohöleinheit (RÖE) oder die Steinkohleeinheit (SKE), lassen sich die Heizwerte verschiedener Energieträger vergleichen, also etwa die von Kohle, schwerem und leichtem Heizöl, Erdgas und Strom. Die Einheiten sind in der Energiebranche weiterhin gebräuchlich.

²¹ Siehe www.iea.org/Textbase/press/press_detail.asp?PressREL-ID=165.

Einmarsch in den Irak hat nicht etwa wie »geplant« die Ölversorgung sicherer gemacht. Die Folge war vielmehr der Rückgang der Ölförderung von 2,5 auf 1,5 Millionen Barrel pro Tag in einem der wichtigsten Ölexportierenden Länder. Damit verbunden ist auch einer der wesentlichen Faktoren für den unaufhaltsamen Anstieg des Ölpreises auf dem Weltmarkt.

Der Ölpreis lag im Jahresdurchschnitt 2002 noch bei 24,36 US-Dollar pro Barrel. Bis 2005 hat er sich freilich nicht nur wegen des Irak-Krieges mehr als verdoppelt.²²

Während die großen Ölkrisen 1973 bis 1974 und 1979 bis 1980 noch aus politischen Embargos, Exporteinschränkungen oder dem Versuch einiger Erdöl-exportierender arabischer und nahöstlicher Staaten, ihre Kontrolle über das »Schwarze Gold« als Druckmittel zu nutzen, resultierten, erwächst die aktuelle Ölpreisentwicklung und die Besorgnis über die Sicherheit der Energieversorgung zum einen aus geopolitischen Gründen: die anhaltend gespannte Lage im Nahen Osten, die Irankrise, ethnische Konflikte in Nigeria, zum anderen aus der mangelnden Balance von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt sowie aus der zu erwartenden baldigen Verknappung der fossilen Energieträger.

Nach einem mittleren Anstieg von 1,54 Prozent im Zeitraum 1992 – 2002 wuchs die weltweite Nachfrage nach Erdöl 2003 um 1,93 Prozent und 2004 um 3,7 Prozent. Insgesamt nahm die Erdölnachfrage in den letzten drei Jahren um 5,5 Millionen Barrel pro Tag zu. Allein China erhöhte seine Nachfrage 2003 um 7,6 Prozent und 2004 nochmals um 15,8 Prozent. Inzwischen gehen viele Ölförderländer bis an die Grenzen ihrer Förderkapazität.²⁵

Aber auch die Transport- und Raffineriekapazitäten sind vielerorts voll ausgelastet und verteuern die Energiepreise.

Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur und des US-Energieministeriums (DoE) soll sich der weltweite Energieverbrauch in den nächsten 25 Jahren rasant erhöhen: Von 83,2 Millionen Barrel pro Tag 2005 auf 115,4 Millionen Barrel pro Tag 2030 (nach Angaben der IEAE) bzw. auf 131 Millionen Barrel pro Tag (nach Schätzungen des US-amerikanischen DoE).

²² Siehe BP Statistical Review of World Energy. Oil and Gas Journal. Washington 2006.

²⁵ Siehe ebenda.

Wie es in einem Werbetext von Chevron Texaco heißt, benötigte die Welt 125 Jahre, um die erste Billion. (=1000 Milliarden) Barrel Erdöl zu konsumieren. Aber für die zweite Billion wird sie nur noch 30 Jahre brauchen. Diese Menge entspricht den gesamten bis heute nachgewiesenen Erdölreserven der Welt.

Wie und zu welchen Preisen diese gewaltige Nachfrage nach Erdöl zu decken sein könnte, hängt mindestens von zwei Variablen ab: den tatsächlich vorhandenen Erdölreserven, über die in jüngster Zeit wieder viel spekuliert wird, und der Entwicklung der Förderkapazitäten.

Die Zweifel an den offiziellen Schätzungen der OPEC-Staaten begannen in der 2. Hälfte der 1980er Jahre, als die Golfstaaten eine spektakuläre Neubewertung ihrer Ölreserven vornahmen. Die Vereinigten Arabischen Emirate erhöhten ihre Schätzung der eigenen Reserven von 33,9 auf 97,2 Milliarden Barrel, Saudi-Arabien sprach statt von 169,6 von 254,9 Milliarden Barrel. Der Irak erhöhte die Schätzung seiner Ölreserven innerhalb von nur zwei Jahren 1981 bis 1983 von 32 Milliarden auf 65 Milliarden Barrel und 2001 weiter auf 115 Milliarden Barrel.²⁴

Dennoch sind Zweifel angebracht, zumal nahezu die gesamten geschätzten Vorkommen von staatlichen Ölgesellschaften kontrolliert werden, die keinerlei externe Überprüfung zulassen. Die offiziellen Schätzungen der »nachgewiesenen« OPEC-Ölreserven liegen um etwa 400 Milliarden Barrel über den Schätzungen unabhängiger Organisationen wie der Association for the Study of Peak Oil (ASPO). Das bedeutet nicht, dass die Zahlen der unabhängigen Institutionen stimmen müssen. Aber die Diskrepanz zeigt, wie komplex die technischen und ökonomischen Kriterien zur Erfassung der Ölreserven sind – und wie zweifelhaft die offiziellen Angaben.

Beunruhigend ist die Tatsache, dass seit gut 20 Jahren mehr Öl gefördert als neues entdeckt wurde.

In einigen Ländern geht die Ölproduktion absolut zurück, was zum Teil daran liegt, dass zu wenig Investitionen in neue Kapazitäten fließen. Als Folge der reduzierten Förderung und eines wachsenden Eigenbedarfs wird deshalb so mancher Nettoexporteur zum Nettoimporteur. Das gilt bereits für Indonesien, Ägypten, Tunesien und natürlich für die USA, in absehbarer Zeit auch für Gabun, Oman und Syrien. In Mexiko rechnet die

²⁴ Siehe Energy Information Administration (US Department of Energy). Annual Energy Review. Washington 2004.

staatliche Pemex mit einem viel schnelleren Rückgang der Förderung als bislang angenommen. In der Nordsee, wo 2002 noch 6,6 Millionen Barrel täglich gefördert wurden, erwartet die IEAE bis 2010 einen Rückgang auf 4,8 Millionen Barrel und bis 2020 auf nur noch 2,2 Millionen Barrel.

Ob der entstandene Ausfall von anderen Förderländern abgefangen werden kann, ist höchst ungewiss. Für den Nahen Osten, wo sich die Förderung bis 2025 verdoppeln soll, sind die Prognosen der IEAE und des US-Energieministeriums vollkommen unrealistisch. Nur Saudi-Arabien hat ein Programm zur Erhöhung der Fördermenge von heute 10,8 Millionen Barrel auf 12,5 Millionen Barrel pro Tag bis 2009 aufgelegt. Im Irak und Iran fehlt dagegen die Basis für eine gesteigerte Förderung. In Kuwait kommt die geplante Verdoppelung der Förderkapazitäten von 5 großen Ölfeldern seit 10 Jahren nicht voran, während die beiden wichtigsten Ölfelder Burgan und Randhatain, die zwei Drittel des kuwaitischen Öls liefern, erste Anzeichen von Erschöpfung signalisieren.²⁵

Für die Weltwirtschaft und die einzelnen Länder hat die stetig wachsende Diskrepanz zwischen steigendem Weltenergieverbrauch und sinkenden Ölreserven ernsthafte Konsequenzen, von denen die ungebremsste Preissteigerung des Rohöls auf dem Weltmarkt eine der substanziellsten ist. So überwand Ende Oktober 2007 das Barrel Rohöl-Nordsee-Sorte MTI erstmals die 95 US-Dollar-Grenze und Ende Dezember wurde Erdöl auf dem Weltmarkt für mehr als 100 Dollar je Barrel angeboten. Mitte 2008 waren es bereits 150 US-Dollar. Wenn Benzin sich derzeit vom Rohölpreis auch etwas abkoppelt, werden jedoch 2008 bereits Höchstpreise um die 1,50 Euro pro Liter verlangt. Verantwortlich für den Höhenflug des Erdölpreises sind zum einen spekulative Machenschaften führender internationaler Ölgesellschaften. Nach Schätzungen seriöser Fachkreise sind etwa 25 bis 30 Prozent des gegenwärtigen Rohölpreises diesen spekulativen Machenschaften geschuldet. Ausschlaggebend aber sind zum anderen objektive Faktoren physischen, technologischen, wirtschaftlichen, politischen u. a. Ursprungs, die dieser Preissteigerung zugrunde liegen. Von diesen sei hier auf einige hingewiesen:

Erstens ist das leicht und billig zu fördernde Rohöl (»easy oil«) weitgehend am Ende, weshalb zunehmend auf teure, nicht konventionelle fossile Potenziale zugegriffen wird.

²⁵ Siehe World Energy Outlook der Internationalen Energieagentur IEAE. Washington 2007.

Zweitens wirkt das ständig steigende Transportvolumen preissteigernd, weil das auf fossilen Brennstoffen beruhende Transportsystem immer stärker auf die Ausbeutung der letzten Nischenquellen angewiesen ist.

Drittens steigt der Weltbedarf einmal aufgrund der rasanten Entwicklung Chinas, Indiens, Japans und einiger wichtiger ölproduzierender Länder. Andererseits erhöht er sich infolge der Zunahme des Weltverkehrs, dessen Aufwendungen für technisch realisierbare Neuerungen die einsetzende Verknappung des Ölangebots nicht ausgleichen können.

Viertens nehmen die politischen Unsicherheiten und die Störanfälligkeit des überkommenen Energiesystems zu, deren logistische Hauptaufgabe darin besteht, mit Erdöl, Erdgas und Uran von weniger Förderplätzen und -ländern in langen Bereitstellungsketten die Energieversorgung der ganzen Welt zu sichern. Damit steigen die politischen und militärischen Überwachungskosten der Energiesicherheit, also die Aufwendungen, um strategische Energieversorgungslinien und -zentren vor so genannten terroristischen Angriffen zu schützen. Dieses Problem der Sicherung der Energieversorgung betrifft nicht mehr nur den Ölexport aus dem Nahen Osten, sondern das weltweite System von Förderung, Verarbeitung, Transport und Vermarktung von Erdöl und Erdgas.

Fünftens sind Kriege und ihre erheblichen Kosten zur Eroberung von Erdölquellen eine wachsende Belastung bei der Preisbildung des weltweit angebotenen Rohöls. So hat der US-Einmarsch in den Irak nicht etwa die Ölversorgung der USA, des größten und wichtigsten Erdölkonsumenten unserer Erde, gesichert. Im Gegenteil. Dieser Krieg hat zur weiteren Verknappung der Ölreserven wesentlich beigetragen und zum weiteren Rückgang der Ölförderung im Irak geführt, einem der größten und wichtigsten Nettoölexporture der Welt.

Sechstens bietet die gegenwärtig entstandene, historisch bislang tiefste Kluft zwischen steigender Nachfrage nach Rohöl und der abnehmenden Förderung einerseits die *idea1ste* Rahmenbedingung zum Preisanstieg auf dem Weltmarkt sowie zur Dynamisierung der einzelnen genannten Faktoren zur Preistreiberei und andererseits zum möglichen Ausbruch von so genannten Ölkrisen mitsamt ihrer gravierenden Schockwirkung für die gesamte Weltwirtschaft.

Lange Zeit entzog die Menschheit den Ökosystemen der Erde nur einen Bruchteil der verfügbaren Rohstoffe. Doch nach 50 Jahren atemberaubenden Wirtschaftswachstums ist deutlich geworden, dass die Eingriffe des Menschen die Natur überfordern. Dieses Wachstum gerät

unvermeidlich und wesentlich schneller als angenommen in Widerspruch zur Endlichkeit der Erdressourcen.

Dass Erdöl eines Tages erschöpft sein würde, war immer schon klar. Aber weil man nicht genau wusste, wann, hat man das Problem verdrängt. Der heutige Alarmismus von Staatsführern verrät, dass sie in den Tag hinein gelebt haben, während die Abhängigkeit ihrer Länder von den sich erschöpfenden Ressourcen immer größer wurde.

Bei den gegenwärtigen Wachstumsraten verdoppelt sich der Weltenergieverbrauch knapp alle 50 Jahre. Wie lange stehen uns noch welche Energieressourcen zur Verfügung? Wir können die geschätzten Vorräte einer Ressource mit dem gegenwärtigen Jahresverbrauch vergleichen. Die Berechnung ergibt, in wie viel Jahren die entsprechende Ressource spätestens erschöpft sein wird – spätestens, denn wir nehmen implizit an, dass der Verbrauch konstant bleibt. Je nachdem, ob die nachgewiesenen Reserven zugrunde liegen, werden Erdöl, Erdgas und Uran in 40 bis 120 Jahren verbraucht sein. Günstiger sieht es bei der Kohle aus, deren Verfügbarkeit zwischen 220 und 850 Jahren variiert.²⁶

Was die Verfügbarkeit der fossilen Brennstoffe Erdöl, Erdgas und Uran betrifft, ist es also bereits kurz vor ultimo. Wie ist dieser Countdown zu verlängern?

Das Entwicklungstempo kann gesenkt werden. Nullwachstum oder negatives Wachstum kann angesteuert werden. Daran kann wohl kein Weg vorbeiführen, auch wenn die Umsetzung im Weltmaßstab sehr schwer sein dürfte. Mit jedem Schritt in dieser Richtung ließe sich jedoch ein wenig Zeit gewinnen, bevor es endgültig keine fossilen Brennstoffe mehr gibt. Auch die verstärkte Nutzung von Wind- und Wasserkraft, Erd- und Meereswärme, Sonnen-, Wellen- und Gezeitenenergie (sowie Biomasse) würde die Erschöpfung fossiler Brennstoffe hinauszögern.

Die in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 weltweit ausgebrochene Systemkrise des Kapitalismus fand in der seitdem global grassierenden Finanzkrise eines ihrer schillerndsten Merkmale. Diese zog ihrerseits eine globale Wirtschaftskrise noch unbekanntem Ausmaßes nach sich, die sicherlich einen drastischen Rückgang der Wirtschaftsentwicklung verursachen und damit den steten Zuwachs des Weltenergieverbrauchs nur kurzfristig bremsen bzw. verlangsamen wird. Die OPEC hat in der

²⁶ Siehe Energy Information Administration (US Department of Energy). Petroleum Supply, Monthly. Washington Juni 2005.

sicheren Erwartung besserer Zeiten ihre Ölförderung den Krisenerfordernissen entsprechend zeitweilig gedrosselt. Auch die Rückkehr zu höheren Erdölpreisen ist nur eine Frage der Zeit.

KAPITEL II

Die Entwicklung erneuerbarer Energieträger als Alternative zur Verknappung der fossilen Energieträger. Die Gefahren des Klimawandels

1. Sonne im Aufwind

Sieht man von der Sonnenenergie einmal ab, so übersteigt das Potenzial der regenerierbaren Energieträger den derzeitigen Verbrauch nur um ein geringes Vielfaches. Wenn der Weltenergieverbrauch weiterhin so schnell wie bisher wächst, würden diese Energiequellen in absehbarer Zeit an die Grenzen ihrer Regenerationsfähigkeit stoßen. Dem Wachstum des menschlichen Energieverbrauchs sind also auch in diesem Fall Grenzen gesetzt, wobei die regenerierbaren Energieträger gegenüber den fossilen Brennstoffen immerhin den Vorteil haben, dass sie sich erneuern.

Demgegenüber empfängt die Erde von der Sonne ein Energiequantum, das den derzeitigen Energieverbrauch der Menschheit um das 15 000-fache übersteigt. Die Sonne scheint, weil sie heiß ist – die Oberflächentemperatur liegt bei 6000 Grad Celsius –, und strahlt in wenig mehr als einer Millionstel Sekunde mehr Energie ab, als der Mensch in einem ganzen Jahr erzeugt.²⁷

Die Sonne strahlt die imposante Leistung von $3,9 \times 10^{26}$ Watt aus, wovon die Erde mit $1,7 \times 10^{17}$ Watt nur die Hälfte eines Milliardstels empfängt. Zum Vergleich: Die Weltenergieerzeugung liegt bei rund $1,3 \times 10^{15}$ Watt, einem Tausendstel der auf der Erde eintreffenden Sonnenenergie.²⁸

Nach menschlichem Maß stellt dieser Stern, die Sonne, eine schier unerschöpfliche Energiequelle dar. Würde es gelingen, einen nennenswerten Teil dieser Energie aufzufangen, hätten wir es bei unseren Berechnungen mit ganz anderen Zeiträumen zu tun. Doch wie sollen wir das anstellen? Neben den traditionellen Methoden der Photovoltaik und der

²⁷ Roland Lehoucq: Sonne im Aufwind. In: Le Monde diplomatique. Berlin Januar 2005. S. 18.

²⁸ Ebenda.

Solarthermie weisen zwei ehrgeizige Projekte den Weg in die Zukunft. Das eine sieht den Bau eines gigantischen Solarturms vor und befindet sich im Versuchsstadium, das andere, die Platzierung von Solarstationen im erdnahen Weltraum, steckt noch in der Planungsphase.

Im Innern Australiens soll bis 2009 das höchste Bauwerk der Menschheitsgeschichte entstehen. Das australische Unternehmen Environ Mission plant dort die Errichtung eines gut 1000 Meter hohen Solarturms mit einer Leistung von 200 Megawatt.²⁹

Mit dem Forschungsprojekt Space Solar Power begann die US-amerikanische NASA ab 1995 mit den Vorstudien zu weltraumgestützten Sonnenkraftwerken, die eine Kapazität von mehreren hundert Megawatt bis zu einigen Gigawatt haben sollen. Großflächige Solardecke würden die Sonnenenergie in Strom umwandeln und als Mikrowellen im Zentimeterbereich zur Erde schicken.

Auf der Insel Réunion im Indischen Ozean wurde das Projekt bereits getestet, um die Bewohner eines unzugänglichen Teils mit Energie zu versorgen.³⁰

Andere Länder haben bereits Interesse angemeldet. Japan gab Anfang 2001 bekannt, das Land wolle bis 2040 ein erdnahes Sonnenkraftwerk in Betrieb nehmen. Der Satellit soll mit zwei 1x3 Kilometer messenden Sonnensegeln ausgestattet sein und rund 20 000 Tonnen wiegen.

Wenn das derzeitige Wachstum des Weltenergieverbrauchs auf lange Sicht anhält, wird nur die Sonne die nötigen Mengen zur Verfügung stellen können. Theoretisch freilich stößt auch dieser Ansatz irgendwann einmal an seine Grenzen – wenn der Verbrauch soweit steigt, dass zur Deckung die gesamte von der Sonne ausgestrahlte Energie nötig wäre. Dieser Zeitpunkt liegt gar nicht so weit in der Zukunft, wie man meinen könnte. Bei einem jährlichen Wachstum von einem Prozent wäre er in 3200 Jahren erreicht. Selbst die Sonne ist ein endliches System.

Neuerdings werden dank der Sonnenenergie Alternativen zur Erschöpfung der fossilen Energieträger entwickelt. So genannte netzunabhängige photovoltaische Inselanlagen werden gern als Wundermittel gegen den unhaltbaren Zustand angepriesen, dass trotz der ganzen Vielfalt

29 www.wentworth.nsw.gov.au/solartower. Der Turm mit einer Grundfläche von knapp der Größe eines Fußballfeldes befindet sich im Zentrum eines kreisrunden Solar-dachs mit einem Durchmesser von 14 Kilometern.

30 Siehe dazu Pierre Barthélemy: Des microondes pour alimenter une vallée encaissée de la Réunion. In: *Le Monde*. Paris 31.5.2001.

vorhandener sowohl fossiler als auch erneuerbarer Energieträger zwei Milliarden Menschen ohne elektrischen Strom auskommen müssen.

Doch innerhalb der letzten 20 Jahre hat die Photovoltaik trotz aller Subventionen gerade einmal 500 000 Menschen in den Entwicklungsländern elektrisches Licht und Radioempfang beschert. Die übrigen fast zwei Milliarden haben nach wie vor keinen Strom. Selbst wenn es mit der Photovoltaik hundertmal so schnell vorangehe wie bisher, würde es mindestens 400 Jahre dauern, um auch den restlichen fast zwei Milliarden Menschen zu helfen. Der Strom aus photovoltaischen Inselanlagen ist drei bis fünf Mal so teuer wie sein Konkurrent aus dem Dieselgenerator. Damit kann die Photovoltaik auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähig werden. Es sei denn, der Ölpreis klettert auf 200 Dollar pro Barrel, womit allerdings in den Ländern des Südens jegliche Hoffnung auf Entwicklung zunichte gemacht würde.

Es ist also nicht seriös, wenn der Eindruck entstünde, photovoltaische Inselanlagen könnten die Völker aus der Unterentwicklung herausführen. Schon heute ist es möglich, die erforderliche Energie mit konventionellen, billigen Methoden direkt vor Ort bereitzustellen. Aber Unternehmer und Regierungen der Industriestaaten haben natürlich eher ein Interesse daran, ihre Forschung auf dem Gebiet der Sonnenenergie von der Entwicklungshilfe finanzieren zu lassen, zumal sie sich dabei auf den Zuspruch der Öffentlichkeit verlassen können.

2. Energie aus dem Meer

Bestimmte Nutzungsarten des Meeres zur Gewinnung von Energie befinden sich noch im Entwicklungsstadium. Zum Beispiel ließen sich aus der Bewegung des Wassers – Wellen, Seegang, Strömungen – oder auch aus dem Temperaturunterschied zwischen dem warmen Wasser an der Oberfläche und dem kälteren in der Tiefe gigantische Energiemengen gewinnen. Die praktischen Ansätze dazu stecken jedoch, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, immer noch in der Versuchsphase. Gezeitenkraftwerke gibt es etwa in Frankreich (La Rance, seit 1966) und im Norden Russlands (seit 1968).

Die so genannten fossilen Energieträger im Meer gehören einer anderen Kategorie an, da sie nicht erneuerbar sind: Kohleflöze erstrecken sich manchmal vom Festland aus bis unter den Meeresboden. Außerdem gibt

es dort Öl- und Gasvorkommen, nach denen heute intensiver gesucht wird, aber auch Minerale und Erze.⁵¹

3. Atomkraft

Nur ein geringer Anteil des Weltenergieverbrauchs wird heute durch die Atomkraft abgedeckt. Die meisten Reaktoren sind über 20 Jahre alt, und kaum ein neues Kraftwerk nutzt die Kernenergie. Überdies zeigt sich an den Konflikten mit Iran und Nordkorea, wie schwer die scharfe Abgrenzung zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie ist. Zwar hat die Atomtechnologie von Anfang an militärischen Zwecken gedient, doch die größten Mengen an radioaktivem und waffenfähigem Material fallen heute bei der so genannten zivilen Nutzung an.

Als Energieträger spielt die Kernkraft im Weltmaßstab eine eher bescheidene und tendenziell sinkende Rolle. Wenn man die Transformations- und Leitungsverluste beim Strom einrechnet, deckt die Atomkraft keine zwei Prozent des Energiebedarfs. Anfang 2006 lieferten die in einunddreißig Ländern betriebenen 443 Reaktoren weltweit 16 Prozent der verkauften Elektrizität und 6 Prozent der Primärenergie.⁵²

Drei Viertel des Atomstroms stammen aus den sechs wichtigsten Atomenergieländern USA, Frankreich, Japan, Deutschland, Russland und Südkorea. Innerhalb der EU entfallen davon allein 45 Prozent auf Frankreich, wo 75 Prozent der Stromerzeugung aus Kernkraftwerken stammen.⁵³

51 Der größte Teil der Öl- und Gasvorkommen unter dem Meeresboden wird von Plattformen aus gefördert, die auf Festlandssockeln stehen, wo das Meer weniger als 200 Meter tief ist. Die steigenden Rohölpreise lassen es jedoch als denkbar erscheinen, dass man auch in Tiefen von 1500 bis 3000 Metern bohrt, allerdings auch dies in Küstennähe.

52 Das ist die Gesamtheit aller unraffinierten Energieerzeugnisse, die direkt verwendet oder importiert werden. Die wichtigsten Primärenergieträger sind: Rohöl, Ölschiefer, Erdgas, feste mineralische Brennstoffe, Biomasse, Sonnenstrahlung, Wasserkraft, Erdwärme und Atomenergie.

53 Siehe Die Atomkraft und ihre zivile und militärische Nutzung. In: Atlas der Globalisierung. Paris 2006. S. 18.

4. Der Übergang zum Biokraftstoff

Angesichts der drohenden Verknappung der fossilen Energiereserven beschwört seit gewisser Zeit der Ausdruck »Biokraftstoff« immer lautstärker das lebensspendende Bild von unerschöpflicher, erneuerbarer Energie – eine saubere, grüne, nachhaltige Bestätigung des frommen Glaubens an die Technologie und die Macht des Fortschritts. Damit können die Industrie und die Politiker, die Weltbank und die Internationale Expertengruppe zum Klimawandel die Herstellung von Kraftstoffen aus Mais, Zuckerrohr, Soja und anderen Agrarprodukten als nächsten Schritt eines allmählichen Paradigmenwechsels darstellen: von einer die Ölquellen maximal ausschöpfenden Strategie zu einer noch näher zu definierenden, auf nachwachsenden Kraftstoffen beruhenden Ökonomie.

Der Mythos eines angeblich unerschöpflichen Füllhorns namens Biokraftstoff lenkt von den mächtigen ökonomischen Interessen ab, die von diesem Übergang profitieren. Und er verschleiert die politisch-ökonomischen Zusammenhänge zwischen verfügbarem Land und den Menschen wie zwischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Der Ausdruck Biokraftstoff zeigt nur eine Seite der Medaille und behindert damit ein besseres Verständnis der tief greifenden Folgen, die sich aus der industriellen Transformation unserer Nahrungsmittel- und Kraftstoffsysteme ergeben.

Durch ehrgeizige Zielvorgaben für den Anteil nachwachsender Kraftstoffe am Energieverbrauch haben die Industrieländer einen regelrechten Boom auf das ausgelöst, was angemessener Agrokraftstoff heißen sollte. 2010 sollen erneuerbare Kraftstoffe in Europa 5,75 Prozent des Bedarfs an Transportkraftstoffen decken, 2020 sollen es bereits 10 Prozent sein. Die USA streben einen Absatz von 35 Milliarden Gallonen (1 Gallone = 4,546 Liter) Biosprit an.³⁴

Diese Ziele sind mit Hilfe der landwirtschaftlichen Kapazitäten des Nordens unvereinbar. Europa müsste 70 Prozent seines Ackerlandes für die Produktion von Biokraftstoffen verwenden und die USA müssten ihre gesamte Mais- und Sojaproduktion zu Ethanol und Biodiesel verarbeiten.

³⁴ George Monbiot: If we want to save the planet, we need a five year freeze on biofuils. In: The Guardian. London 27.3.2007.

Einen Großteil des landwirtschaftlich nutzbaren Landes zur Herstellung von Biokraftstoffen zu verwenden, hätte zudem verheerende Folgen für die Nahrungsmittelsysteme des Nordens. Deshalb richten die OECD-Länder ihren Blick gen Süden. Und viele Regierungen der südlichen Länder scheinen zu allem bereit. In Indonesien und Malaysia sind die Ölpalmpflanzungen derzeit um ein Vielfaches angewachsen. Am Ende sollen sie 20 Prozent des Biodieselbedarfs der EU decken. In Brasilien, wo der Anbau von Kraftstoffpflanzen bereits eine Fläche von der Größe der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Großbritanniens beansprucht, plant die Regierung eine Verfünffachung der Zuckerrohrflächen. 2025 will man 10 Prozent des Weltbenzinverbrauchs decken.⁵⁵

Der Prozess der Kapitalisierung und der Machtkonzentration in der Agrarstoffindustrie ist atemberaubend: In den letzten Jahren haben sich die so genannten Venture Capital Investitionen im Bereich der Biokraftstoffe verachtfacht. Die öffentlichen Forschungsinstitutionen werden von Privatinvestitionen überschüttet. Hinter den Kulissen – und unter den Augen der nationalen Kartellbehörden – schmieden riesige Öl-, Getreide-, Auto- und Gentechnologiekonzerne machtvolle Allianzen: ADM und Monsanto, Chevron und VW, BP, DuPont und Toyota. Diese Firmen vereinigen unter einem Riesendach die Erforschung, die Produktion, die Verarbeitung und die Vertriebsketten unserer Nahrungsmittel- und Kraftstoffsysteme.

Doch die enorme Marktmacht der Agrarkonzerne – in Kombination mit mangelndem Regulierungswillen seitens der Regierungen weckt erhebliche Zweifel an den idyllischen Szenarien, die die Befürworter der Biokraftstoffe unterbreiten, wonach die Energiepflanzen umweltfreundlich seien, sie die Klimaerwärmung verringerten und die ländliche Entwicklung förderten. Sie würden den Verbrauch fossiler Energieträger reduzieren, und die Photosynthese der Kraftstoffpflanzen würde der Atmosphäre Treibhausgase entziehen.⁵⁶

Betrachtet man jedoch den gesamten »Lebenszyklus« von Biostoffen von der Rodung bis zum Autotank, werden die moderaten Emissions-

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ CO₂ ist zwar nicht das einzige Gas, das zum Treibhauseffekt beiträgt, aber es ist das wichtigste, weil der Mensch es in großen Mengen freisetzt. Die Treibhauswirkung anderer Gase wird als CO₂-Äquivalent angegeben. Das Kyotoprotokoll nennt außer CO₂ folgende Gase: Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFC), halogenierte Kohlenwasserstoffe (HFC) sowie Schwefelhexafluorid (SF₆).

verringerungen mehr als aufgewogen, weil die Abholzung, Trockenlegung, Kultivierung und der Kohlendioxidverlust des Bodens weit größere Emissionen verursachen. Die Herstellung jeder Tonne Palmöl geht mit 33 Tonnen Kohlendioxidemission einher. Das ist zehn mal mehr als bei einer Tonne Rohöl. Die Rodung des tropischen Regenwaldes zum Anbau von Zuckerrohr für die Ethanolproduktion setzt 50 Prozent mehr Treibhausgas frei als die Produktion und der Verbrauch derselben Menge Benzins.³⁷

Die industrielle Gewinnung von Biokraftstoffen erfordert den Einsatz von Düngemitteln, die aus Erdöl gewonnen werden. Der globale Düngemittleinsatz – von derzeit 45 Millionen Tonnen pro Jahr – hat die Menge des biologisch gesunden Stickstoffs inzwischen mehr als verdoppelt und trägt damit erheblich zur Emission von Distickstoffoxid bei, das ein 300-mal aggressiveres Treibhausgas ist als Kohlendioxid.

In den Tropen, wo demnächst ein Großteil der Biokraftstoffe produziert wird, wirken sich chemische Düngemittel 10 bis 100-mal so stark auf die Klimaerwärmung aus wie in klimatisch gemäßigeren Breiten.³⁸

Die Herstellung von einem Liter Ethanol verbraucht 3 bis 5 Liter Wasser und verursacht bis zu 13 Liter Abwasser. Um diese Abwasser zu klären, brauchte man das Energieäquivalent von 113 Litern Erdgas, wobei freilich wahrscheinlicher ist, dass diese Abwasser ungeklärt in die Umwelt abgegeben werden und Flüsse, Bäche und Grundwasser verschmutzen.³⁹

Der intensive Anbau von Kraftstoffkulturen, insbesondere Soja, führt zu einer massiven Bodenerosion: In den USA gehen jährlich 6,5 Tonnen Erde pro Hektar verloren, in Brasilien und Argentinien sogar bis zu 12 Tonnen pro Hektar.

Die Befürworter von Biokraftstoffen behaupten, dass die Kultivierung von Kraftstoffpflanzen auf minderwertigem, erodiertem Boden der Umwelt nicht schadet, sondern nützt.

Soja liefert 40 Prozent des brasilianischen Biokraftstoffes. Die NASA hat festgestellt, dass zwischen der Zerstörung des Amazonas – Regenwaldes von derzeit rund 325 000 Hektar pro Jahr und dem Weltmarktpreis für Soja eine positive Relation besteht. Das zur Gewinnung von Biodiesel

37 The Washington Post vom 25.3.2007.

38 Siehe Miguel Altieri und Elisabeth Bravo: The ecological and social tragedy of biofuels. 5.1.2007, www.foodfirst.org.

39 The Ecologist. London Mai 2007.

hergestellte Palmöl, das man treffend auch »Kahlschlagdiesel« (Deforestation Diesel) nennt, ist heute die Ursache der Walderosion in Indonesien, einem der Länder mit der höchsten Abholzungsrate der Welt.

Bis 2030 werden sich die Ölpalmlantagen in Indonesien auf 16,5 Millionen Hektar, das entspricht der Größe von England und Wales, und damit auf die dreifache Fläche erweitert haben – um den Preis des Verlustes von 98 % des Waldbestandes.⁴⁰

In Malaysia, dem größten Palmölproduzenten, sind bereits 87 % der tropischen Regenwälder verschwunden, und beim Rest geht die Abholung mit einer Geschwindigkeit von 7 % pro Jahr weiter.⁴¹

In den Biokraftboom sind die großen Konzerne eingestiegen, mit den damit verbundenen Konzentrationseffekten und Größenvorteilen. Die großen Öl-, Getreide- und Gentechnikkonzerne machen sich zügig daran, die gesamte Wertschöpfungskette für Biokraftstoffe unter ihre Kontrolle zu bringen. Ihre Marktmacht ist atemberaubend: Cargill und ADM beherrschen 65 Prozent des weltweiten Getreidehandels, Monsanto und Syngenta ein Viertel der 60 Milliarden schweren Gentechnikindustrie. Diese Konzerne können sich die lukrativen und risikoärmsten Segmente der Wertschöpfungskette sichern, also Einkauf, Verarbeitung und Vertrieb. Die Rohstoffproduzenten geraten, was den Bezug von Saatgut, Einkauf, Service, Verarbeitung und Verkauf angeht, in immer stärkere Abhängigkeit von einem straff organisierten Firmenoligopol. Angesichts dessen werden keine großen Profite für die Produzenten übrig bleiben.⁴²

Kleinbauern dürften über kurz oder lang aus dem Markt und vom Land weggedrängt werden. In der »Sojarepublik«, einem 50 Millionen Hektar großen Gebiet, das sich von Südbrasilien über Nordargentinien und Paraguay bis Ostbolivien erstreckt, wurden bereits hunderttausende Bauernfamilien durch den Sojaanbau vertrieben.⁴³

Die sich dadurch vollziehende Verlagerung der Einkommen der Landwirtschaft in die Industrie, die Industrialisierung der Landwirtschaft und die weltweite Landflucht machen in der Summe jene »landwirtschaftli-

40 Ebenda.

41 Ebenda.

42 Annie Dufey: *International trade in biofuel: Good for development? and for environment?* International Institute for Environment and Development. London 2006.

43 Siehe Elisabeth Bravo: *Biocombustibles, cultivos energeticos y soberania alimentaria en America Latin: Encendiendo el debate sobre biocombustibles*. Accion Ecologica. Quito (Ecuador) 2006.

che Revolution« aus, die der weit weniger bekannte Zwillingsbruder der industriellen Revolution ist. Diese doppelte Revolution hat das Brennstoff- und das Nahrungsmittelsystem der Welt radikal verändert und das nicht erneuerbare Erdöl zum Instrument – zugleich auch zur Rechtfertigung – des heutigen agrarindustriellen Komplexes gemacht. Doch trotz der Tatsache, dass von 5 Dollar, die für Nahrungsmittel ausgegeben werden, 1 Dollar bei diesem Komplex landet, leiden neuerdings die Produzenten innerhalb dieses Komplexes unter einer Krankheit namens »Involution«; das heißt – trotz wachsender Investitionen in Agrochemie, Gentechnik und Maschinen – können diese die landwirtschaftliche Produktivität nicht mehr steigern. Der agrarindustrielle Komplex gibt also immer mehr aus, um weniger zu verdienen.

Biokraftstoffe sind die perfekte Antwort auf die so genannte Involution. Sie werden subventioniert, das Produktionsvolumen nimmt zu, während die Ölförderung abnimmt, und sie begünstigen die Konzentration der Marktmacht im Nahrungsmittel- und Biokraftstoffgeschäft.

Der Übergang zu Biokraftstoffen wird höchstwahrscheinlich wie die Agrarrevolution vor zweihundert Jahren zur Privatisierung der verbliebenen Wälder und Savannen dieser Welt führen. Er wird kleine Grundbesitzer, Bauernfamilien und Ureinwohner in die Städte treiben. Er wird die landwirtschaftlichen Ressourcen in Form von »Biomasse« in die Städte pumpen und damit enormen industriellen Reichtum schaffen.

Doch der Wechsel zum Biokraftstoff hat einen Geburtsfehler. Sein Zwillingsbruder, nämlich die industrielle Revolution, wird diesmal ausbleiben. Es gibt keinen expandierenden Industriesektor, der nur darauf wartet, entwurzelte Ureinwohner, Kleinbauern und Landarbeiter aufzunehmen; keine produktivitätssteigernden Erfindungen, die uns demnächst mit billigen Nahrungsmitteln überschwemmen würden; keinen neu entdeckten Kraftstoff, der billige Energie für die Landwirtschaft liefern könnte. Im Gegenteil: Brennstoff wird mit Nahrungsmitteln um Land, Wasser und andere Ressourcen konkurrieren.

Dennoch wird die Behauptung verbreitet, Biokraftstoffe würden keinen Hunger verursachen. Der FAO (engl. Abk. für »Food and Agriculture Organization of the United Nations«) zufolge gibt es genügend Nahrungsmittel auf der Welt, um jeden Menschen auf der Welt täglich mit einer 2200-Kalorien-Portion aus frischem Obst, Nüssen, Gemüse, Milchprodukten und Fleisch zu versorgen. Dennoch müssen über eine Milliarde Menschen Hunger leiden.

Zum Jahrtausendwechsel vor acht Jahren gelobten die Regierungschefs der Welt, die Anzahl der in extremer Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren. Fortschritte wurden seitdem kaum erzielt. Die Ärmsten der Welt geben bereits heute 50 bis 80 Prozent ihres gesamten Haushaltseinkommens für Nahrungsmittel aus. Aber genau sie sind die Leidtragenden, wenn steigende Kraftstoffpreise die Lebensmittelpreise in die Höhe treiben. Da Nahrungs- und Kraftstoffpflanzen um dieselben Anbauflächen konkurrieren, könnten jedoch umgekehrt auch hohe Nahrungsmittelpreise die Kraftstoffpreise in die Höhe treiben. Beide Kulturen wiederum erhöhen die Land- und Wasserpreise. Diese inflationäre Spirale führt dazu, dass Nahrungsmittel und die Ressourcen zu ihrer Herstellung für Arme unerschwinglich werden. Bilder von ersten Hungerrevolten in Haiti, Ägypten, Pakistan, Usbekistan, Kamerun, Burkina Faso gingen bereits im Frühjahr 2008 durch die Medien.

Laut Schätzung des International Food Policy Research Institute werden sich Grundnahrungsmittel bis 2010 um 20 bis 35 Prozent und bis 2020 um 26 bis 135 Prozent verteuern. Erfahrungsgemäß geht der Kalorienkonsum bei einer 10-prozentigen Preiserhöhung um 5 Prozent zurück. Mit jedem Prozent, um das die Nahrungsmittelpreise steigen, wird die Ernährung von 16 Millionen Menschen prekär. Wenn die derzeitige Entwicklung anhält, könnten im Jahr 2025 etwa 1,2 Milliarden Menschen chronisch Hunger leiden – 600 Millionen mehr als nach früheren Prognosen.⁴⁴

Die Welthungerhilfe wird dagegen sehr wahrscheinlich nicht viel ausrichten können, weil jeder Überschuss im Benzintank landet. Es ist obszön, aber die Hungerhilfe erhöht sich quantitativ nur dann, wenn die Nahrungsmittelpreise sinken. Statt auf wertvollem Ackerland Kraftstoff zu produzieren, sollten wir dringend einen massiven Transfer von Ressourcen zur Nahrungsmittelproduktion an die arme Landbevölkerung dieser Welt einleiten.

Aber das Gegenteil ist derzeit der Fall. Mit der Behauptung, dass der Biosprit einen klimafreundlichen Ersatz für die fossilen Energieträger darstelle, größere Energiesicherheit und neue Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft bedeute, werden immer mehr Nahrungs- und Futterpflanzen zu Ethanol oder Biodiesel verarbeitet.

44 Siehe C. Ford Runge und Benjamin Senaner: *How Biofuels Could Starve the Poor*. In: *Foreign Affairs* Mai/Juni 2007.

Der überwiegende Teil des Pflanzensprits entfällt in der Gegenwart mit 85 Prozent auf Ethanol. 2007 wurden weltweit 52 Milliarden Liter Ethanol und 10 Milliarden Liter Biodiesel hergestellt. Größte Produzenten sind die USA und Brasilien, die zusammen 90 Prozent der Ethanolproduktion tätigen. Bevorzugter Rohstoff dafür ist in den USA Mais, in Brasilien Zuckerrohr. Größter Produzent von Ethanol mit 60 Prozent der Weltproduktion ist die Europäische Union. Die wichtigsten Rohstoffe dafür sind die Öle von Raps, Soja, Sonnenblumen und Palmen.⁴⁵

Diese Branche wird jedoch nur dank staatlicher Maßnahmen am Leben gehalten. Dabei handelt es sich um obligatorische Beimischungsquoten, Steuererleichterungen und eine Reihe von groß angelegten Subventionen, die die notwendige Nachfrage garantieren und die Konkurrenzfähigkeit gegenüber fossilen Kraftstoffen, vor allem dem Erdöl gewährleisten. Der Staat schirmt die Branche gegen Marktrisiken ab, insbesondere gegen einen sinkenden Erdölpreis einerseits und steigende Energiepflanzenpreise andererseits.

So setzten die USA 2005 mit dem so genannten Renewable Fuel Standard eine staatlich verpflichtende Beimischung von Ethanol zu fossilem Benzin durch. Diese Quote wurde 2007 mit dem so genannten Energy Independence and Security Act trotz starker Proteste der Lebensmittelindustrie drastisch erhöht. Danach sind für das Jahr 2008 in den USA mindestens 9 Milliarden Gallonen Biosprit beizumischen. Bis zum Jahr 2022 soll diese Quote auf 36 Milliarden Gallonen steigen, d. h. sich vervierfachen. Hinzu kommen zusätzliche staatliche Steuererleichterungen und Subventionen. Allein im Jahr 2006 erreichte die staatliche Hilfeleistung 6,3 Milliarden Dollar. Jeder Liter Ethanol wird in den USA durchschnittlich mit 28 US-Cents, jeder Liter Biodiesel mit 55 US-Cents gestützt.⁴⁶

In der Europäischen Union sieht die staatliche Praxis zur Unterstützung der Biomasse nicht viel anders aus. Der Pflanzensprit soll bis 2010 einen Anteil von 5,75 Prozent am gesamten Treibstoffverbrauch erreichen. Diese Zielprojektion wurde bereits 2005 gesetzlich festgelegt. Aktuell wird an einer drastischen Erhöhung der Beimischungsquote gearbeitet. So soll bis 2020 in zwei Etappen die Quote auf 10 Prozent steigen. Die europäischen Pflanzenkraftstoffhersteller sollen von zahlreichen Subventionen profitieren, die 2006 3,7 Milliarden Euro erreichten. Jeder

45 FAO: The State of Food and Agriculture. Rom 2008.

46 Ebenda.

Liter Ethanol wird in der EU mit durchschnittlich 74 Cents, jeder Liter Biodiesel mit 50 Cents subventioniert.⁴⁷

Die gesetzlich obligatorischen Beimischungen verursachten in den USA 2008 die Verflüssigung von über 30 Prozent der Maisernte zu Ethanol. Im Jahr 2000 lag dieser Anteil noch bei 6 Prozent.⁴⁸

Elf Prozent der globalen Maisernte wandern bereits in den Tank.⁴⁹ Ähnlich verläuft auch die Entwicklung in der Europäischen Union, wo 2007 6,1 Millionen Tonnen Pflanzenöl zu Biodiesel verarbeitet wurden. 2001 waren es nur eine Million Tonnen. Allein 60 Prozent der Rapserte macht hier den Weg zum Biokraftstoff. Die EU-Rapsproduktion allein kann diese Mengen nicht bewältigen. 2007 erreichten die Pflanzenölimporte in der EU 6,9 Millionen Tonnen im Vergleich zu 4,4 Millionen Tonnen im Jahre 2000. Global landen 7 Prozent der Pflanzenölproduktion in Biodieselunternehmen.⁵⁰

Um das Potenzial der regenerativen Energien zu nutzen und einen möglichst großen Anteil des Weltenergiebedarfs durch sie decken zu lassen, müssten mehrere Leistungen vollbracht werden.

- Es spricht nichts dafür, die Möglichkeit nachhaltiger und gerechter Nahrungsmittel- und Kraftstoffsysteme einer industriellen Strategie zu opfern, die beides vereitelt. Es gibt heute schon zahlreiche erfolgreiche, lokale, energieeffiziente und auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmte alternative Formen der Nahrungsmittel- und Kraftstoffproduktion, die weder das Nahrungsmittelproblem verschärfen noch die Umwelt und die Lebensgrundlage der Menschen zerstören. Die Frage lautet nicht, ob Ethanol und Biodiesel in der Zukunft überhaupt einen Platz haben, sondern ob sich die Weltgemeinschaft von fünf, sechs Weltkonzernen in die Sackgasse des Biokraftstoffs treiben lässt.
- Damit man nicht in diese Falle geht, muss man sich von jenen Überflussmythen befreien, die noch aus Zeiten vermeintlich unerschöpflicher Ölreserven stammen. Erforderlich ist es, den Mut zu einem ökologischen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft zu finden, zu

47 Siehe Biofacts: At What Cost? Government support for ethanol and biodiesel in the European Union. Global Subsidies Initiative. Genf 2007.

48 Siehe Agricultural Markets Roundtable, Commodity Futures Trading Commission Presentation. Washington 22.4.2008.

49 Donald Mitchell: A note on Rising Food Prices Policy. Research Working Paper 4682. World Bank Washington. Juli 2008.

50 Ebenda.

einer Bodenreform, die der Landflucht entgegenwirkt und die zerfallenden ländlichen Gemeinschaften stabilisiert.

- Die Agrokraftindustrie braucht keine Anreize, sondern Schranken. Dem globalen Süden die Lasten des weltweiten exzessiven Kraftstoffverbrauchs aufzubürden, nur weil in den Tropen die Sonne länger scheint, mehr Regen fällt und fruchtbare Landstriche existieren, ist amoralisch und schlechterdings skandalös.
- Wenn die Produktion von Biokraftstoffen nicht zu Lasten der Wälder und der Ernährung gehen soll, müssen Getreide-, Zuckerrohr- und Palmölindustrie auf koordinierte Weise reguliert werden.
- Sparsamkeit mit Energie müsste zu einer allgemeinen und ernsthaften Priorität erhoben werden. Denn wenn der Energieverbrauch weiter unkontrolliert ansteigt, wird keine Energieerzeugung, ob regenerativ oder nicht, wirkungsvoll und schnell genug die Veränderung herbeiführen, die der Weltgemeinschaft die Klimakatastrophe und damit den Treibhauseffekt erspart.

5. Die Gefahren des Klimawandels

Hauptverursacher des Treibhauseffekts ist der CO₂-Ausstoß. Würde man nichts dagegen unternehmen, würde die Erdtemperatur bis 2050 mindestens zehnmals so schnell zunehmen wie im durchschnittlichen Rhythmus seit der letzten Eiszeit. Wenn der Verbrauch fossiler Energien weiter so stark ansteigt wie derzeit, werden sich – nach Aussagen der Internationalen Energieagentur IEAE – allein die daraus resultierenden CO₂-Emissionen im Jahr 2050 auf 40 Gigatonnen summieren – das wäre 55 Prozent mehr als 2004.⁵¹

Demnach könnte sich die Erde bis zum Ende des 21. Jahrhunderts um 2,4 bis 6,4 Grad erwärmt haben. So steht es im jüngsten Bericht des Weltklimarates IPCC, der den Eintritt in eine neue Klimaepoche prognostiziert, wobei die relativ große Bandbreite der Prognosen auf die unterschiedlichen Szenarien zurückgeht. Nach dem Szenario für einen weiterhin hohen Verbrauch von fossilen Energieträgern würde die Temperatur im günstigsten Fall (best estimate) bis 2099 gegenüber 1999 um 4 Grad

51 Climate Change 2007. Fourth Assessment Report: www.ipcc.ch.

Celsius ansteigen. Das entspricht etwa dem Temperaturanstieg am Ende der letzten Eiszeit.⁵²

Ein solcher Temperaturanstieg würde die Weltkarte stark verändern. Eine geographische Verschiebung der landwirtschaftlichen Anbauzonen, der Exodus der Küsten- und Inselbewohner und die Umsiedlung oder das Aussterben vieler Tier- und Pflanzenarten würden ganz sicher einen erheblichen Zivilisationswandel bedeuten.

In den USA versuchen Think-tanks, die von Exxon Mobil und anderen der Bush-Administration nahe stehenden Ölfirmen finanziert werden, das Ausmaß des Klimawandels kleinzureden und die Arbeit des Weltklimarates IPCC zu diskreditieren. Und bei einer Umfrage unter 279 Klimaforschern, die für die Bundesforschungsinstitute der USA arbeiten, gaben 58 Prozent der Befragten an, dass ihre Vorgesetzten ihre Arbeiten zensurieren oder sie drängen, in ihren Studien den Begriff »Klimawandel« zu vermeiden.⁵³

»Kein Grund zur Sorge«, lautete auch die Botschaft, als 2001 das Buch »Apocalypse No!« des Dänen Bjørn Lomberg erschien und eine breite Debatte über den Zustand unseres Planeten auslöste. Lomberg stellte die Behauptung auf, die Umweltbedingungen hätten sich in vieler Hinsicht eher verbessert als verschlechtert, und die Marktmechanismen könnten die zeitweiligen Schäden durchaus noch korrigieren. In seinem neuesten Buch legt er noch eins drauf und bestreitet das wahre Ausmaß der Erderwärmung.⁵⁴

Im Grunde fordert Lomberg die Weltgemeinschaft auf, keine ernsthaften Schritte zur Begrenzung des Klimawandels zu unternehmen. Schätzungen besagen, dass die Industrie 180 Milliarden Dollar pro Jahr ausgeben müsste, um die angepeilte Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen zu erreichen. Bei diesen Kosten, meint Lomberg, sollte man doch besser mit der Zerstörung des Planeten fortfahren, denn mit dem entsprechenden Wirtschaftswachstum würden automatisch neue Technologien entstehen, und die würden die Menschheit früher oder später schon retten.

⁵² Ebenda.

⁵³ Union of Concerned Scientists Government accountability Project. Atmosphere of Pressure. Political interference in Federal Climate Science. Februar 2007: www.ursusa.org/assets/documents/scientific-integrity/Atmosphere-of-Pressure.pdf

⁵⁴ Siehe Bjørn Lomberg: Cool It! Warum wir trotz Klimawandels einen kühlen Kopf bewahren sollen. DVA 2008.

Die Internationale Energieagentur weist eine solche Argumentation energisch zurück. Nach dem IEAE-Jahresbericht, dem World Energy Outlook 2006, sind Investitionen von 20 000 Milliarden Dollar erforderlich, um den wachsenden Energiehunger der Welt von 2006 bis 2030 zu befriedigen. Die IEAE hält es für »rentabel«, angesichts der Klima-Wandel-Szenarien möglichst schnell geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wie sie etwa im Kyoto-Protokoll vorgesehen sind.⁵⁵

Die Kosten einer solchen Politik würden durch die wirtschaftlichen Vorteile einer effizienteren Energieproduktion und -versorgung mehr als aufgewogen.⁵⁶

Diese Sichtweise wird bestätigt durch die breit diskutierte Studie des britischen Ökonomen Nicholas Stern, nach der die Klimaerwärmung die Weltwirtschaft 5500 Milliarden Dollar kosten würde.⁵⁷

Die Energieerzeugung – durch Raffinerien und Kraftwerke – ist für 49 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich und gehört zu den Industrien, die am stärksten die Umwelt beeinflussen.⁵⁸

Manche Länder haben dies verstanden und sich in den letzten Jahrzehnten für andere Energieformen eingesetzt. Zum Beispiel hat Dänemark seit den 1980er Jahren die Windenergie weiterentwickelt. Die Briten haben seit Ende der 1990er Jahre Forschungsprogramme zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf dem Meer aufgelegt. Darunter versteht man Wellenkraftwerke wie Pelamis (www.pelamiswave.com) oder Meeresströmungskraftwerke, die ähnlich wie Windkraftwerke funktionieren.

Die Stadt Barcelona verlangt seit 2000, Neubauten und renovierte Altbauten mit thermischen Sonnenkollektoren auszustatten. Diese Vorschrift wurde zunächst auf ganz Katalonien und dann sogar auf ganz Spanien ausgedehnt.

Deutschland verfolgt seit Jahren ähnliche Wege. So gab es Ende 2008 in Deutschland über 20 000 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von fast 24000 Megawatt.⁵⁹ Manche weisen allerdings mit spöttischem Unterton auf die Widersprüche der deutschen Politik hin: Einerseits werden die Emissionen reduziert und erneuerbare Energien gefordert, ande-

55 Siehe Studie: Saving Oil in a Hurry. www.iea.org.

56 Siehe World Energy Outlook 2006.

57 Siehe www.hm-treasury.gov.uk/independent-reviews/sternreview-economics-climate-change/stern-review-report.cfm.

58 Siehe www.manicore.com.

59 Siehe Neues Deutschland vom 28.1.2009. S. 10.

rerseits werden weiterhin Kohlekraftwerke gebaut, wird Atomstrom aus Frankreich importiert und erwogen, die Laufzeiten eigener Atommeiler zu verlängern.

Bei aller Kritik an solchen Widersprüchen darf man freilich nicht vergessen, dass Frankreich nicht einmal einen Bruchteil dessen tut, was seine deutschen und anderen Nachbarn geschafft haben, und dass sich in Deutschland tatsächlich ein »Kampf zweier Welten« abspielt, in dem sich die alte Welt der Kohle, des Atomstroms, des motorisierten Individualverkehrs gegen eine neue, dezentralisierte Welt verteidigt, die auf Energiesparen und erneuerbare Energien, auf öffentlichen Nahverkehr und Schutz vor Gesundheitsschäden setzt.

Der US-amerikanische Autor Richard Heinberg hat vor einigen Jahren ein Buch über Energie- und Umweltfragen unter dem von uns schon zitierten treffenden Titel »The Party's Over«⁶⁰ veröffentlicht. In der Tat: Die Party ist vorbei. Und danach kann die Herausforderung des Klimawandels der Menschheit auch eine Chance eröffnen. Wer den Autoverkehr reduziert, schafft ruhigere Städte. Wer auf eine zentrale Versorgung mit Nuklearenergie und fossilen Brennstoffen verzichtet, kann mit der Beteiligung der Bürger neue dezentralisierte Energiemodelle umsetzen. Wer den Güterverkehr rund um die Welt verringert, stärkt die lokale Wirtschaft und schafft neue Arbeitsplätze. Der Kampf gegen die Erderwärmung ist auch eine Chance, für eine bessere Welt einzutreten.

In demselben Maße, wie die kapitalistische Verbrennungskultur die fossilen Energiereserven erschöpft, tritt die Produktion von Biosprit in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Eine Tankfüllung Ethanol verschlingt den Jahresbedarf eines Menschen an Getreide. Aber der Profit ruft, und die Agrarindustrie schaltet auf »erneuerbare Energien« um, noch dazu mit dem Nimbus der »Klimafreundlichkeit.«⁶¹

60 Richard Heinberg: *The Party's Over*. München 2004.

61 Siehe Robert Kurz: *Hungern für den Biosprit*. In: *Neues Deutschland* vom 15.2.2008. S. 4.

KAPITEL III

Das Ringen der USA um die Kontrolle über die verbliebenen Öl- und Gasreserven der Welt

1. Die wachsende Abhängigkeit der USA vom Energieimport

Der Energiesektor ist der einzige, in dem die Vereinigten Staaten mehr als auf jedem anderen wirtschaftlich-strategischen Gebiet vom Weltmarkt abhängig sind. Die Beherrschung des globalen Ölmarktes ist deshalb für die USA seit 1945 von existentieller Bedeutung und gehört zu den Grundpfeilern ihrer weltweiten militärpolitischen und wirtschaftlichen Strategie. Die Kontrolle der Zulieferströme der Energie – und vor allem des Erdöls – ist die Voraussetzung, den USA nicht nur Wohlstand und Macht, sondern auch ihre beherrschende Stellung in der Weltwirtschaft sowie Weltpolitik zu gewährleisten. Während sie bis zum Zweiten Weltkrieg nicht auf Energieimporte angewiesen waren, sind die USA seitdem der größte Brennstoffkonsument und zugleich der größte Brennstoffimporteure der Welt. Mit 300 Millionen Einwohnern – das sind 4,6 Prozent der Weltbevölkerung – verbrauchen sie nahezu ein Viertel der globalen Energieressourcen und mehr als ein Viertel des weltweit geförderten Erdöls. Die starke und ständig wachsende Nachfrage nach Erdöl bestimmt die Beziehungen der USA zu den Hauptförderländern, allen voran zu Saudi-Arabien, dem wichtigsten Öllieferanten der Welt. Während die USA bei Kohle Nettoexporteur sind und die Versorgung mit Erdgas dank des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA gesichert ist – Hauptlieferant ist Kanada –, stieg die Abhängigkeit von Erdölimporten in den letzten 30 Jahren kontinuierlich an, und zwar von 55 Prozent 1973 auf 54,3 Prozent 2001. Bei der Annahme, dass die Nachfrage weiter um jährlich 1,3 Prozent zunimmt und die Ergiebigkeit der US-Erdölquellen um 0,7 Prozent sinkt, würde die Importabhängigkeit nach Prognosen des

US-Energieministeriums (DoE = Department of Energy) bis 2020 auf bis zu 67 Prozent ansteigen.⁶²

Das US-Department of Energy prognostiziert eine Zunahme des durchschnittlichen Tagesverbrauchs der USA von 19,5 Millionen Barrel pro Tag auf 25,8 Millionen Barrel, wovon 16 Millionen importiert werden müssten, gegenüber 11 Millionen im Jahre 2000, 8 Millionen 1999 und 6 Millionen 1974. Im Jahr 2000 stammten 23,8 Prozent der US-Erdöleinfuhren aus den Golf-Staaten des Nahen Ostens, darunter 15 Prozent allein aus Saudi-Arabien. Bis 2020 dürfte dieser Anteil weiter zunehmen.⁶³

Diese chronische Importabhängigkeit vom Erdöl macht die USA anfällig für Preis-Schocks auf dem globalen Ölmarkt, die von äußeren Ereignissen wie dem arabischen Ölembargo gegenüber den USA 1973, der iranischen Revolution von 1979 oder vom Golfkrieg von 1991 ausgehen. Wegen der wachsenden Amerikafeindlichkeit in mehreren Golfstaaten – seit 1990 auch in Saudi-Arabien –, müssen die USA ständig mit einer Unterbrechung der Lieferströme von Erdöl rechnen. Auch deshalb versuchen sie, ihre Lieferquellen zu diversifizieren – aus dem Kaspischen Meer, aus Lateinamerika sowie aus Afrika – und in der Golfregion ein für sie günstiges politisches Klima zu schaffen. Der Diversifizierungsstrategie sind jedoch hinsichtlich der verfügbaren Mengen wie der Lieferpreise enge Grenzen gesetzt. Das Kaspische Meer mit nachgewiesenen Vorkommen in Höhe von 16 bis 26 Milliarden Barrel wird bis 2020 bestenfalls 4,5 Millionen Barrel pro Tag liefern können. Und im Gegensatz zu Saudi-Arabien verfügen die anderen wichtigen Förderländer außerhalb von Russland und der Golfregion nur über begrenzte Ölvorräte.⁶⁴ Deshalb wird der Persische Golf noch eine Weile im Mittelpunkt der Energiepolitik der USA stehen.

In Anbetracht ihrer strukturellen Abhängigkeit versuchen die USA, den Erdölmarkt durch eine Mischung aus Kooperation und Gewalt zu regulieren. Auf der einen Seite knüpfen sie zu den Golfstaaten ein Netz gegenseitiger Abhängigkeit, auf der anderen Seite suchen sie mit militärischer Gewalt, die Entstehung so genannter feindlicher Regionalmächte zu verhindern, die das strategische Gleichgewicht und die US-Ölzufuhren bedrohen könnten. Auch deshalb haben die USA nach dem Golfkrieg

62 International Energy Outlook 2002. Washington 2002. S. 183-242.

63 Ebenda.

64 Siehe Le Monde diplomatique. Atlas der Globalisierung. Berlin Mai 2005. S. 96.

1991 in den konservativen Monarchien und Scheichtümern der Region eine ganze Reihe von Militärstützpunkten installiert.

Bis neue Technologien den Energiesektor revolutionieren – diese lassen bekanntlich auf sich warten – könnten die USA ihre Abhängigkeit von Erdölimporten hauptsächlich durch eine Einschränkung ihres Verbrauchs reduzieren, was nicht sehr wahrscheinlich, sogar völlig unwahrscheinlich ist, weil die Vereinigten Staaten ihren übermäßigen Konsum an Energie – und vor allem an Erdöl – durch ihre militärische Übermacht absichern können. Darauf wird die Außenpolitik der USA im 21. Jahrhundert immer stärker fokussiert.

2. Die ölfreiche Nahostregion – ein wichtiger strategischer Schwerpunkt der US-amerikanischen Außenpolitik

Bis zur Jahrhundertwende war die Außenpolitik der USA hauptsächlich auf Europa ausgerichtet. »Das begann im April 1917, als Präsident Woodrow Wilson eine Million Soldaten an die Westfront schickte, und reichte bis zur Intervention von 1999 im Kosovo, unter Präsident Clinton«, erklärte im April 2007 Nicholas Burns, Staatssekretär für politische Fragen im US-Außenministerium. Aber inzwischen habe sich das Interesse einer neuen Schwerpunktregion zugewandt. Was Europa für die US-Regierungen des 20. Jahrhunderts war, sei nun vor allem die Nahost-Region.⁶⁵

Seit dem 11. September 2001 ist das von Präsident George Bush »Greater Middle East« genannte Gebiet – eine nicht genau definierte Region, die sich von Marokko über das Horn von Afrika bis nach Pakistan erstreckt – zum wichtigsten Schauplatz eines Konflikts geworden, der für die USA ein globaler ist.

Wegen ihrer Energieressourcen, ihrer strategischen Bedeutung und der besonderen Rolle des Staates Israel richtete sich das Interesse der USA bereits seit 1956 auf die Region, als sich Frankreich und Großbritannien zurückzogen.

Die aktuelle Situation in dieser Region dürfte den Hoffnungen der USA auf eine dauerhafte Vormachtstellung in einem neu gestalteten Greater Middle East kaum entsprechen. Heute ist die Nahost-Region eine Zone

65 Nicholas Burns: Vortrag in Boston am 11.4.2007. Siehe boston-review.net/BR32.5/burns.html.

erbitterter Kriege. Hier werden zahlreiche blutige Konflikte gleichzeitig ausgetragen, und in viele sind westliche Streitkräfte unmittelbar verwickelt. In Afghanistan konnten die Truppen der USA und der NATO nicht verhindern, dass sich die Ordnung im Lande auflöst. Im Irak haben der Widerstand gegen die Besatzung und die Kämpfe zwischen verfeindeten Ethnien und Religionsgruppen bereits hunderttausende von Opfern gefordert – womöglich mehr als beim Genozid in Ruanda.

Im Libanon führen die Regierungskräfte unter Ministerpräsident Fuad Siniora, die Hisbollah und die »Freie Patriotische Bewegung«(FPM) von General Michel Aoun einen verdeckten Bürgerkrieg.

In Palästina haben die illegale Siedlungstätigkeit und die militärische Präsenz Israels als Besatzungsmacht zur Fragmentierung der Palästiniensergebiete geführt. Zudem zerfällt die palästinensische Zivilgesellschaft, und die nationale Bewegung ist möglicherweise unwiderruflich gespalten.

Somalia hat nach dem von den USA unterstützten Einmarsch Äthiopiens im Dezember 2006 das fragwürdige Privileg, als »neue Front im Kampf gegen den Terrorismus« zu gelten. Und dazu kommen noch Darfur, die Konflikte in Pakistan, die »terroristische Bedrohung« in den Magrebstaaten, die Gefahr neuer Kriegshandlungen zwischen Israel und Syrien, zwischen Israel und Iran, zwischen der Türkei und dem irakischen Kurdistan.

Jeder dieser Konflikte hat seine Geschichte und seine lokalen Ursachen, aber sie werden allesamt von der Nahost-Strategie der USA vereinnahmt, um ihnen einen neuen »Sinn« zu verleihen. Für die USA gibt es heute kein Palästina-Problem, keine Staatskrise in Somalia und keine konfessionellen Auseinandersetzungen im Libanon, sondern nur noch den globalen Kampf zwischen Gut und Böse.

Noch nie haben einzelne bewaffnete Gruppen eine so entscheidende Rolle in den Verhandlungen über die Zukunft eines Landes gespielt. In Afghanistan wie im Irak und Somalia sind sie die bestimmenden Faktoren; im Libanon gab die Hisbollah lange Zeit den Ton an, im Gazastreifen liegt die territoriale Souveränität bei der Hamas. Solche Organisationen sind »beängstigend« stark geworden. Im Irak halten sie die mächtigste Armee der Welt in Schach, in Afghanistan sind sie durch die Allianz von USA und NATO nicht zu besiegen. Und im Libanon konnte die Hisbollah 2006 nicht nur 33 Tage der israelischen Invasion standhalten, sondern

sogar den Spieß umdrehen. Zum ersten Mal seit 1948/49 mussten viele Israelis fliehen, weil ihre Wohnorte angegriffen wurden.

Bei alledem wird ein Prinzip der US-amerikanischen Politik im Nahen Osten immer deutlicher. Nach diesem Prinzip zerfällt die Region in eine Vielzahl »Minoritäten« – jeder Einzelne soll sich seiner Gemeinschaft zuordnen, nationale (oder andere) Zugehörigkeiten spielen keine Rolle mehr.

Diese Politik der Fragmentierung destabilisiert alle Staaten der Region und kann unabsehbare Konflikte stiften: heute im Irak, morgen in Syrien oder im Iran. Sie ermutigt überdies alle ausländischen wie regionalen Mächte zur Einmischung: Jeder kann sich eine Gruppierung vor Ort suchen, in deren Namen er interveniert.

Seit dem 11. September 2001 entsteht tatsächlich ein »Neuer Naher Osten«. Doch mit den Vorstellungen der US-Strategen hat er wenig zu tun, vielmehr ist er zu einem stabilen Unsicherheitsfaktor in der Weltpolitik geworden.

Die Durchführung des globalen »Feldzugs gegen den Terror« ist nicht das einzige und keineswegs das primäre außenpolitische Anliegen der USA. Mit gleicher Intensität werden zwei weitere Prioritäten verfolgt: Zum einen die Modernisierung und Erweiterung des militärischen Potentials der USA, zum anderen der Import zusätzlicher Rohölmengen. Beide Ziele waren ursprünglich zwar voneinander unabhängig, doch inzwischen sind sie mit einander verflochten, so dass daraus ein einheitliches strategisches Konzept der US-amerikanischen Außenpolitik geworden ist.

Die USA sind entschlossen, eine Gefährdung der kontinuierlichen Ölversorgung aus der Golfregion auf keinen Fall zuzulassen. Zum anderen wollten die US-Strategen sicherstellen, dass die riesigen Ölvorkommen nicht von russischen, chinesischen und europäischen Konzernen kontrolliert werden.

3. Die Öl- und Gasreichtümer Zentralasiens, des Kaukasus und Afrikas im Visier der USA

Eine weitere wichtige Erdölregion für die USA ist Zentralasien und der Kaukasus. Die Verlegung von US-Truppen in diese Region nach dem 11. September 2001 diente nicht allein, wie damals behauptet wurde, dem

Ziel, die militärischen Operationen gegen die Taliban in Afghanistan zu unterstützen, sondern erfüllt noch andere Funktionen. Angesichts des erklärten Interesses der USA, einen Zugang zu den riesigen Energievorkommen der Gegend um das Kaspische Meer zu gewinnen, dürfte eine der Funktionen die sein, die Pipelines zu schützen, die das von dort geförderte Erdöl und Erdgas zu den westlichen Märkten bringen. Für diese Einschätzung sprechen auch zwei andere Entwicklungen: Zum einen haben die USA nach dem 11.9. Militärberater in Georgien stationiert, das ein wichtiges Durchgangsland für die Öl- und Gaspipelines zwischen Kaspischem Meer und Schwarzem bzw. Mittelmeer ist. Zum anderen versuchten die USA, eine ehemalige Luftwaffenbasis an der Küste des Kaspischen Meeres in Kasachstan wieder in Betrieb zu nehmen.

Das wachsende strategische Interesse der USA für das Öl Afrikas ist ein offenes Geheimnis. Genauso wie die dabei wachsende Konkurrenz mit China auf dem Energie-Weltmarkt. Bei seiner ersten Afrikareise 2003 hatte Präsident Bush eine Verbindung seiner Reise mit Ölinteressen als eine der absurdesten Verschwörungstheorien, die er je gehört habe, abgetan. Das Hauptaugenmerk seiner zweiten Reise im Februar 2008 galt nichtsdestotrotz den reichen Rohstoffvorkommen Afrikas. Bekanntlich beherbergt Afrika ca. 90 Prozent der Weltreserven an Platin, 60 Prozent der Diamanten sowie bedeutende Anteile bei Gold, Kobalt, Mangan, Chrom, Bauxit, Nickel, Kupfer, Kohle und Uran. Nach Prognosen der Internationalen Energieagentur soll schon 2010 jedes fünfte Barrel Öl auf dem Weltmarkt aus Afrika – vorwiegend aus Nigeria und Angola – stammen. In den letzten 10 Jahren ist das Volumen der neuentdeckten Ölvorkommen in Afrika um 30 Prozent gestiegen. Hier tobt seit einigen Jahren ein Wettlauf um die begehrten afrikanischen Förderlizenzen für Öl mit China – dem global größten Erdölimporteur – mit den höchsten Wachstumsraten – zugleich dem starken Rivalen der USA. Derzeit importieren die USA knapp 4 Millionen Barrel pro Tag aus Afrika, während China bei 2 Millionen Barrel pro Tag angelangt ist. Prognosen besagen, dass 2015 der Anteil Afrikas an den Ölimporten der USA auf 25 Prozent steigen könnte. Heute sind es bereits 18 Prozent.⁶⁶

⁶⁶Siehe Martin Ling: Rohstoffsicherung im Zentrum der Interessen. Wettlauf mit China um Ölreserven und sonstige Reichtümer. In: Neues Deutschland vom 15.2.2008.

4. Die energetische Strategie der USA

Die Zielsetzung der Energiepolitik der USA wurde erstmals in einem am 16. Mai 2001 von der National Energy Policy Development Group vorgelegten Bericht formuliert. Zentraler Inhalt dieses nach seinem Hauptverfasser so genannten Cheney-Report ist ein umfassendes Konzept zur Sicherung des wachsenden Erdölbedarfs der USA über die nächsten 25 Jahre. Die meisten Vorschläge des Cheney-Reports zielen darauf ab, die Energieimporte in die Vereinigten Staaten insgesamt auszuweiten. Das drohende Energiedefizit der USA soll durch wesentlich erhöhte Öllieferungen aus dem Ausland ausgeglichen werden.

Dem Report zufolge wird der Anteil des importierten Rohöls am Gesamtverbrauch der USA von 2001 bis 2020 von 52 auf schätzungsweise 66 Prozent steigen.⁶⁷

Da in diesem Zeitraum der Gesamtverbrauch an Erdöl ebenfalls absolut zunehmen wird, werden somit die Ölimporte der USA im Jahr 2020 um 60 Prozent höher liegen als 2001. In absoluten Zahlen werden die US-Ölimporte von rund 10 Millionen Barrel pro Tag bis 2020 auf schätzungsweise 16,7 Millionen Barrel pro Tag ansteigen.⁶⁸

Diese Steigerung setzt freilich voraus, dass man die ausländischen Öllieferanten dazu bringen kann, ihre Produktion zu steigern und einen größeren Anteil ihrer Förderungen an die USA zu verkaufen. Nun ist es eher so, dass vielen Öllieferländern das Kapital fehlt, um die dafür notwendigen Investitionen in ihre Produktionsanlagen zu tätigen. Aus dieser Problematik folgert der Cheney-Report, das Weiße Haus müsse das Streben nach erhöhten Ölimporten zu »einer Priorität unserer Handels- und Außenpolitik« machen.⁶⁹

Zum einen gelte es, die Ölimporte aus den Ländern der Golf-Region zu erhöhen, die zusammen über rund zwei Drittel der bekannten Ölreserven der Welt verfügen. Es werden entschlossene diplomatische Bemühungen der USA empfohlen, um zu erreichen, dass die Regierungen Saudi-Arabiens und anderer Ölförderländer den amerikanischen Unter-

67 Siehe National Energy Policy, vorgelegt von der National Energy Policy Development Group. Washington D.C. Mai 2001. Kapitel 8. S. 3.

68 US Department of Energy. Energy Information Administration (Hg.): International Energy Outlook 2002. Washington D.C. 2002. S. 185 und 242.

69 Ebenda. National Energy Policy. Kapitel 8. S. 4.

nehmen massive zusätzliche Investitionen in der Infrastruktur ihrer Länder gestatten.

Zum anderen gehe es darum, die Ölimporte der USA geographisch so weit wie möglich zu diversifizieren. Damit soll das ökonomische Risiko reduziert werden, falls es in Zukunft einmal zu einer Unterbrechung der Öl-Einfuhr aus dem notorisch unruhigen Nahen Osten kommen sollte. Dazu im Report wörtlich: »Die Konzentration der Weltölproduktion in einer einzigen Region der Welt trägt potenziell zur Instabilität der Märkte bei«; deshalb müsse man auf »eine größere Diversifizierung der Weltölproduktion hinarbeiten«.70

Um diese Diversifizierung zu verstärken, wird im Report empfohlen, die Ölimporte aus der Kaspischen Region – insbesondere aus Aserbaidschan, Kasachstan, aus Afrika – insbesondere aus Angola und Nigeria – und aus Lateinamerika – insbesondere aus Kolumbien, Mexiko, Venezuela – zu steigern.71

Im Cheney-Report wird nicht offen ausgesprochen, was jeder informierte Leser aus diesem Dokument herauslesen kann: In praktisch allen Gebieten, die als potenzielle Herkunftsregionen zusätzlicher Öllieferungen bekannt werden, herrschen seit längerem entweder politisch instabile Verhältnisse oder ein ausgeprägter Antiamerikanismus – oder beides.

5. Die militärische Komponente der US-Energiepolitik

Eine Energiepolitik, die den verstärkten Zugriff der USA in chronisch instabilen Gebieten befürwortet, wirkt weitaus realistischer, wenn sie von einer militärischen Komponente flankiert ist, die darauf abzielt, das US-amerikanische Potential zum militärischen Einsatz in diesen Gebieten erheblich aufzustoeken.

70 Ebenda. S. 6.

71 Bis vor kurzem diente das militärische Engagement der USA in Kolumbien angeblich nur der Bekämpfung des illegalen Drogenhandels. Doch neuerlich hat das Weiße Haus zwei weitere Ziele des US-Hilfsprogramms für Kolumbien bekanntgegeben: Erstens den Kampf gegen politische Gewalt und terroristische Aktivitäten der wichtigsten kolumbianischen Guerillaorganisationen; zweitens den Schutz der Pipelines, die das Rohöl von den Fördergebieten im Landesinneren zu den Ölterminals und Raffinerien an der Küste Kolumbiens transportieren.

Dieser Dialektik der Hegemonie entsprechend, unterhalten die USA mindestens 725 Militärstützpunkte in anderen Ländern. Der US-Politologe Chalmers Johnson, der einst der CIA als Berater diente und beinahe deren Chef geworden wäre, nennt das US-Imperium darum auch »ein Imperium der Militärbasen«, die USA seien »nicht das, was sie zu sein vorgeben, sie sind in Wahrheit ein militärischer Moloch, der sich die Welt unterwerfen will«. ⁷²

Zbigniew Brzezinski, der Nestor der amerikanischen Diplomatie, wird in seinem 1997 veröffentlichten Buch »Die einzige Weltmacht« noch gesprächiger: »Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere ... Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf«, der gesamte Kontinent ist außerdem »von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären«. ⁷³

Unmittelbar vor der Invasion in den Irak im März 2003 erklärte Pentagon-Berater James Woolsey, der von 1995 bis 1994 Direktor der CIA war, öffentlich und bar jeder Zurückhaltung: »Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwanne wegnehmen.« Dazu brauche man »eine langfristige Strategie« und »wir fangen jetzt mit dem Irak an«. ⁷⁴

Im unmittelbaren Zusammenhang mit der bevorstehenden Invasion der USA gegen den Irak hat es in den deutschen konservativen Medien eine historisch beispiellose, oft geradezu euphorische Anbetung der US-Hegemonie gegeben, die die oben zitierte These von Brzezinski von so genannten »amerikanischen Vasallen« bestätigt. In seinem Beitrag unter dem Titel »Wir brauchen das Imperium Americanum« schreibt A. Schuller: Die Menschheit müsse sich »auf die Suche nach dem Hegemon begeben, dem einen, dem – möglichst – guten ... Irak ist nur der erste Schritt auf diesem langen, verantwortungsvollen und vielleicht auch blutigen Weg. Dieser Hegemon kann, wenn überhaupt, nur eine einzige Macht

⁷² Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. München 1998. S. 360 und 286.

⁷³ Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Weinheim / Berlin 1997. S. 6ff.

⁷⁴ James Woolsey: Interview. In: Der Spiegel. Nr. 4/2003. Hamburg. S. 109.

sein: Die Vereinigten Staaten ... Das Imperium Americanum ist unsere Chance. Eine andere haben wir nicht.«⁷⁵

Christian Hacke, lange an der Bundeswehruniversität Hamburg tätig und inzwischen an der Universität Bonn lehrend, brachte es sogar fertig, den Weltfrieden allein von der Anerkennung der Hegemonie der USA und ihrer Kriegsstrategie abhängig zu machen: »Wer Krieg verhindern will, muss letztlich bereit sein, ihn zu führen. Darin besteht das Abschreckungsmoment, darauf beruht die Krisendiplomatie der Stärke, welche die Vereinigten Staaten als Vor-, Hegemonial-, Imperial- oder Ordnungsmacht (wie immer man sie bezeichnen mag) auch in Zukunft praktizieren werden ... Wer von der amerikanischen Hegemonie nichts wissen will, der kann die Hoffnung auf Weltfrieden begraben.«⁷⁶

Die von Brzezinski, Schuller, Hacke u. a.m. gepriesene amerikanische Hegemonie bzw. der Weltherrschaftsanspruch der USA wurde schon klar vom Pentagon bereits 1992 in der Studie »No-Rivals-Plan« formuliert. Darin heißt es: »Wir müssen verhüten, dass irgend eine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen – unter gefestigter Kontrolle – ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. Solche Regionen sind Westeuropa, Ostasien, das Gebiet der früheren Sowjetunion und Südwestasien ... Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen.«⁷⁷

Nach der »Quadriennial Defense Review« habe man sich in der Zeit nach 2015 auf Großmachtkonflikte einzustellen, »fast regionale Großmächte, die mit den USA in Konkurrenz um den Vorrang in der Weltpolitik eintreten.« Als mögliche Konkurrenten werden vor allem Russland und China genannt.⁷⁸

Dass es vor allem um Russland und China, die wichtigsten Staaten Eurasiens, geht, deren »Zusammenschluss es zu verhindern gilt«, unterstreicht Brzezinski eindeutig: »Es ist an der Zeit, dass Amerika eine einheitliche, umfassende und langfristige Geostrategie für Eurasien als

75 A. Schuller: Wir brauchen das Imperium Americanum. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 9.5.2005. S. 11.

76 Christian Hacke: Deutschland, Europa und der Irakkonflikt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zu Das Parlament. Berlin Nr.24-25/2005. 10.6.2005. S. 16.

77 Willi Gerns: Die Shanghai-Kooperationsorganisation. In: Marxistische Blätter. Nr.4/2007. Zitiert nach isw-Report 40. Welt-Sheriff NATO.

78 Ebenda.

Ganzes formuliert und verfolgt. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem Zusammenwirken zweier grundlegender Faktoren: Amerika ist heute die einzige Supermacht auf der Welt und Eurasien ist der zentrale Schauplatz. Von daher ist die Frage, wie die Macht auf dem eurasischen Kontinent verteilt wird, für die globale Vormachtstellung und das historische Vermächtnis Amerikas von entscheidender Bedeutung.⁷⁹

Russland als das zentrale eurasische Land müsse nach Brzezinski unter allen Umständen daran gehindert werden, wieder zu einem eurasischen Imperium aufzusteigen. Das müsse und könne von drei »Brückenköpfen aus geschehen: Im Westen durch die Erweiterung von NATO und EU; im Osten durch einen Block aus Japan, Korea und Taiwan »und im Süden durch Eingriffe in das, was Brzezinski den »eurasischen Balkan« nennt: Iran, Irak, Afghanistan und die kaspisch-kaukasische Region. In dieser Region gelte es für Amerika, sich »die Filetstücke« der globalen Energie-Ressourcen herauszuschneiden.⁸⁰

Die Entwicklung seit dem Erscheinen des Buches von Brzezinski – 1997 – macht deutlich, dass die USA genau nach dieser Regieanweisung handelten. Mit welchem Ergebnis? Brzezinski hat sich zehn Jahre nach Erscheinen seines Buches »Die einzige Weltmacht« zwar einer anderen Sprache bedient, aber doch selbst vor dem US-Senat 2007 die Antwort darauf gegeben.

In einer sehr weitgehenden Kritik an der Kriegspolitik der Bush-Administration sagte er: »Es wird Zeit, dass das Weiße Haus zwei wesentliche Realitäten akzeptiert: Der Krieg im Irak ist eine historische, strategische und moralische Katastrophe. Unter falschen Annahmen geführt, untergräbt er Amerikas globale Legitimität. Von mannichäischen Impulsen und imperialer Anmaßung getrieben, verstärkt er die regionale Instabilität. Nur eine politische Strategie, die historisch relevant ist, statt an koloniale Bevormundung zu erinnern, kann den Krieg im Irak und die zunehmenden regionalen Spannungen beenden«. Weiter formuliert er: »Die Vereinigten Staaten müssen deutlich und unmissverständlich ihren Willen beteuern, den Irak in einer vertretbar kurzen Zeitspanne zu verlassen ... Mehr noch, eine öffentliche Erklärung ist nötig, um die Ängste im Mittleren Osten vor einer neuen und anhaltenden imperialen Hegemonie zu zerstreuen.«⁸¹

79 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. S. 64.

80 Ebenda. S. 67ff.

81 Zbigniew Brzezinski. In: Freitag. Nr. 10. Berlin 9.3.2007. S. 8.

Was für einen Kredit eine solche öffentliche Erklärung bei den Völkern des Nahen Ostens genießen würde, ist mehr als fragwürdig. Das Pentagon, das US-Außenministerium, Präsident Bush und andere führende Mitglieder seines Kabinetts haben der Welt doch so viele Unwahrheiten versucht als bare Münze zu verkaufen.

Der ehemalige US-Präsident Carter formuliert in zynisch-lakonischer und zugleich gradliniger Art die Hintergründe des internationalen Ansehensverlustes der Vereinigten Staaten von Amerika: »Unsere Nation hat ihre Unabhängigkeit von den Zwängen internationaler Organisationen erklärt und ist von vielen langfristigen weltweiten Vereinbarungen abgerückt, dazu gehören Grundsätze des Völkerrechts, Atomwaffenverträge, Vereinbarungen zur Kontrolle biologischer Waffen, Umweltschutzmaßnahmen, die internationale Strafgerichtsbarkeit und die menschliche Behandlung von Gefangenen. Einige verantwortliche Politiker streben offen danach, ein weltbeherrschendes amerikanisches Imperium zu errichten, koste es, was es wolle.«⁸²

Allein der Irakkrieg hat den US-amerikanischen Steuerzahler mehr als drei bis vier Billionen Dollar gekostet und jeder weitere Tag kostet 275 Millionen Dollar. Die Hoffnung der Bush-Administration hat sich bislang nicht erfüllt, dass die »zusätzlichen Militärausgaben« durch die Erträge aus dem irakischen Öl fortlaufend gegenfinanziert werden könnten. Sollte irgendwann das Geld ausgehen, so hatte man im Pentagon am Anfang des Irakkrieges angenommen, brauchte man nur die Hähne der Pipelines im Irak aufzudrehen. Doch als die Sache genau durchgerechnet werden musste, machte man einige höchst unangenehme Entdeckungen, darunter die, dass die Ausweitung der irakischen Ölförderung nicht nur ein zeitaufwendiges, sondern auch ein sehr kostspieliges Unterfangen werden würde. Diese Hoffnung bleibt trotzdem weiterhin bestehen. Denn die amerikanische Erdölstrategie ist stärker denn je darauf fokussiert, das alleinige Sagen beim irakischen Erdöl zu erlangen.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert führen die USA nunmehr offene und verdeckte Interventionen um das Öl der Nahostregion. Das Erdöl als der weltweit wichtigste ökonomische und strategische Rohstoff bleibt jedoch trotz dieser Politik weiterhin die Achilles-Ferse des US-Imperiums. Als größter Erdölkonsument der Welt verfügen sie über

82 James Carter: Unsere gefährdeten Werte. Amerikas moralische Krise. München / Zürich 2006. S. 10.

keine nennenswerten Ölreserven. Deshalb sind sie den Kapriolen des Öl-Weltmarktes ausgeliefert und auf den Öl-Import aus dem Nahen Osten stärker denn je angewiesen.

Zum großen Unmut der US-amerikanischen und anderen führenden Ölkonzerne der westlichen Welt sind die Ölreichtümer des Nahen Ostens fast ausschließlich Staatseigentum. Der in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts global einsetzende Entkolonialisierungsprozess hatte es vermocht, der Alleinmacht der internationalen Ölmultis in dieser Region Schritt um Schritt Positionen streitig zu machen. Dem gescheiterten Versuch der demokratisch gewählten Regierung des Iran unter Ministerpräsident Mossadegh, der es gewagt hatte, 1951 als erster Regierungschef in dieser Region die Erdölreichtümer seines Landes den westlichen Ölkonzernen zu entziehen und sie in Staatseigentum zu überführen, folgte die erfolgreiche Verstaatlichung des Eigentums der britisch-französischen Suez-Kanal-Gesellschaft in Ägypten 1956. Der Nationalisierung der Erdölindustrie in Libyen 1969 schloss sich die Verstaatlichung der Erdölquellen des Irak 1972 an. Dem iranischen Schah sowie den Herrschenden Saudi-Arabiens gelang es an der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren, sich aus den Knebelverträgen mit den Ölmultis der USA und Großbritanniens zu lösen, indem sie das Öl verstaatlichten und so noch zu Nutznießern des globalen Entkolonialisierungsprozesses wurden.

Die saudiarabische Saudi-Aramco-Ölgesellschaft ist inzwischen mit einem Wert von 781 Milliarden US-Dollar größtes – staatliches – Unternehmen der Welt und besitzt fast das Doppelte des gegenwärtigen Marktwertes von Exxon am 26.2.2007 mit einem notierten Marktwert von 438,7 Milliarden Dollar – dem reichsten privatkapitalistischen Unternehmen der Welt.⁸⁵

Das Zentralorgan des internationalen Finanzkapitals »Financial Times« kann nicht umhin zu konstatieren: »Zwölf der dreizehn größten Unternehmen der Welt sind staatliche Organisationen aus Entwicklungsländern. Solche Unternehmen in Staatseigentum kontrollieren drei Viertel der Ölressourcen der Welt.«⁸⁴

Die aus vormals sieben (den »alten« Seven Sisters) – den damals führenden sieben großen Ölkonzernen der Welt – zu nunmehr vier führenden Gesellschaften zusammengeschlossene Gruppe – produziere nur

85 Verborgener Wert: Wie nicht börsenorientierte Unternehmen den Aktienmarkt in den Schatten stellen. In: Financial Times. London Dezember 2006.

84 Ebenda.

noch etwa 10 Prozent des weltweiten Anteils an Erdöl und Erdgas und besitze gerade einmal 3 Prozent der weltweiten Reserven. Die neuen sieben Giganten sind, so die »Financial Times« – Saudi Aramco, Russlands Gazprom, Petrochina (China), NIOC (National Iranian Oil Company), PDVSA (Petroles de Venecuela), Petrobras sowie Petronas (Malaysia).⁸⁵

6. Der amerikanische Krieg um das irakische Öl

Nach Angaben der »Financial Times« betragen die Förderkosten des Erdöls in der Golfregion zum Teil nur 2 Dollar pro Barrel. Bei Ölpreisen, die in den letzten zwei Jahren zwischen 90 und 140 Dollar pro Barrel lagen, kann man als Durchschnittsrentenanteil für jedes in der Golfregion geförderte Barrel Erdöl gut 100 US-Dollar ansetzen. Die in der Nahostregion förderbaren Mengen werden derzeit auf 650 Milliarden Barrel geschätzt. Multipliziert man die gesamte nachgewiesene Menge mit dem angenommenen Rentenanteil, so erhält man einen Betrag von 65 000 Milliarden US-Dollar. Auf etwa 65 Billionen US-Dollar lässt sich also derzeit das virtuelle Rentenvolumen der Ölreserven der Golfregion beziffern, – abgesehen von Ausnahmesituationen – mit der Tendenz eher steigend.

Dass der Irakkrieg den US-Steuerzahler bisher mehr als 3 Billionen Dollar gekostet habe, mag als eine Bagatelle erscheinen im Vergleich zu dem auf 65 Billionen US-Dollar bezifferten Rentenschatz. Diesen Rentenschatz wollen die US-amerikanischen Machthaber mit ihrem Juniorpartner aus Großbritannien möglichst weitgehend für sich allein realisieren. Dafür müssten noch als potente militärische Mächte in der Region Iran und Syrien ausgeschaltet bzw. neutralisiert werden, damit die US-Geostrategie aufgehen kann. Die Übernahme der Öl-Reserven in Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten wäre dann nach den Pentagon-Strategen zunächst militärisch – nur noch eine vergleichbar leichtere Aufgabe. Davor müsste das irakische Erdöl erstmal noch in sicheren US-amerikanischen Besitz übergehen!

Dieser Strategie folgend, setzte die dem Erdöl-Clan zugehörige Bush-Administration unter der Losung »Krieg gegen den Terror« einen Ressourcen-Krieg im Irak zur Sicherung der Ölversorgung der Weltmacht USA in Gang, der bis heute unerbittlich weitergeführt wird. Das US-En-

85 Ebenda.

ergieministerium rechnet, dass die geschätzte Gesamtmenge der irakischen Ölvorräte ausreichen würde, die Öl-Einfuhren der USA auf ihrem heutigen Niveau mindestens 95 Jahre lang zu decken.

Im Aggressionskrieg gegen den Irak bündeln sich kurzfristige und präzise definierte Zielsetzungen mit langfristigen strategischen. Zu den kurzfristigen gehört die Rückeroberung der in den 1970er Jahren (am 1.Juni 1972) durch die Verstaatlichung des irakischen Erdöls verloren gegangene Monopolstellung der US-amerikanischen Ölkonzerne im Zweistromland. Zu den langfristigen Zielsetzungen der USA in diesem Krieg gehört die Rückführung dieser erdölkreichen Region der Welt in einen Kolonialstatus, ihre Rekolonialisierung und damit die Umkehrung des historischen Prozesses der Entkolonialisierung des 20.Jahrhunderts. Die Entwicklung in Regionen, deren Bewohner erfolgreich versucht hatten, die Verfügungsmacht über Ressourcen des eigenen Landes zu gewinnen, soll nach dem Willen der Supermacht zurückgedreht werden. Es soll Enteignung stattfinden zugunsten der US-amerikanischen Ölmultis. Deshalb ist auch dieser Irak-Krieg, wie fast alle Kriege ein Enteignungsdelikt. Unverblümt hieß es bei Brzezinski kurz und bündig: »Wir müssen dem Nahen Osten die Ölwanne wegnehmen«. Dazu braucht man »eine langfristige Strategie«. Und »wir fangen jetzt mit dem Irak an ...«⁸⁶

Die Privatisierung der irakischen Ölreichtümer stand für die Bush-Administration im März 2003 seit Anfang der Aggression auf der Tagesordnung. Die Ölfelder von Basra im Süden Iraks und die Verladeanlagen der Hafenstadt Um Qasr gehörten zu den ersten »befreiten Gebieten« des Irak, in denen Eliteeinheiten der Invasionstruppen postiert wurden. Während das Regierungsviertel am westlichen Tigrisufer in Schutt und Asche gebombt wurde, blieb das irakische Ölministerium verschont. Und als am 8.März 2003 die US-Truppen in Bagdad einmarschierten, wurde es sorgfältig abgeriegelt und mit »Experten« des Konzerns Halliburton besetzt, der im US-Ölgeschäft führend ist. Oberste Priorität erlangte der Wiederaufbau der Ölindustrie. Man wollte die Ölproduktion innerhalb von 18 Monaten auf 3,5 Millionen Barrel pro Tag erhöhen, und in wenigen Jahren sollte sie 6 Millionen Barrel pro Tag erreichen.

Unter starkem US-Druck nahm die irakische Regierung am 18.Januar 2007 ein Gesetz zur Privatisierung der Ölförderung an, das seit Februar 2007 dem Parlament zur Annahme vorliegt. Dieses Gesetz , das darüber

86 Zbigniew Brzezinski: Interview. In: Der Spiegel. Nr.4/2003. Hamburg. S. 109.

entscheiden soll, wer in Zukunft Herr der irakischen Erdölindustrie wird, hat das Beratungsunternehmen Bearing Point im Auftrag der US-amerikanischen Regierung ausgearbeitet. Ihr stand mit Rat und Tat kein anderer als der US-Vizepräsident Dick Cheney zur Seite, nämlich der Vater der so genannten neuen US-Energiestrategie und führende Mann der im US-Ölgeschäft führenden Halliburton-Dynastie. Dieses Gesetz sieht vor, dass der Irak die Kontrolle der irakischen Ölreserven internationalen, vor allem jedoch US-amerikanischen Ölfirmen abtreten und ihnen 30 Jahre lang 70 Prozent ihrer Produktion überlassen soll. Ausgenommen sind lediglich 17 der 2007 produzierenden ca. 80 Ölfelder des Irak, die insgesamt 40 Prozent der bekannten Ölreserven des Landes ausmachen. Die ausländischen – vor allem US-amerikanischen – Ölmultis müssen die Gewinne nicht in die irakische Wirtschaft investieren, schrieb die Ölexpertin Antonia Juhasz im März 2007, nachdem der Inhalt des Gesetzentwurfs durchgesickert war.⁸⁷

Damit würde der Irak den Großteil der Erdöleinnahmen verlieren, die in den letzten zwei Jahren den Hauptteil seiner Einkünfte ausmachten. Vielerlei Interpretationen und Spekulationen sind dadurch entstanden, dass das irakische Parlament seit Februar 2007 keine Zeit gefunden hat, dieses Privatisierungsgesetz des irakischen Erdöls anzunehmen.

Fakt ist, dass Geheimdiplomatie, Konspiration und Korruption das Schicksal dieses Ölgesetzes im Parlament begleiten. Aufmerksamen Beobachtern ist es nicht entgangen, dass seit Februar 2007 eine regelrechte Häufung von Irak-Besuchen hochrangiger US-amerikanischer Politiker zu verzeichnen war. Vermutet werden etwaiger Druck und Erpressungsversuche auf hochrangige irakische Politiker zur beschleunigten Annahme dieses Gesetzes. Die Rede ist von groß angelegter Bestechung wichtiger Repräsentanten der regierenden korrupten Oberschicht des Irak, um deren Widerstand gegen das Gesetz zu brechen. Die Besitzer scheuen sich in dieser Angelegenheit nicht, interreligiöse Feindschaften zu schüren, erdölarmer Regionen zu diffamieren und mit ölreichen Gebieten des Irak zu paktieren, um das »verflixte Gesetz« durchzusetzen. Würde man das Gesetz endlich unter Dach und Fach bringen können, wäre damit ermöglicht, im Nachhinein doch noch reiche Früchte eines schon verloren geglaubten Krieges einheimen zu können ... Man würde einen großen Teil der nachgewiesenen 115 Milliarden Barrel Öl des Irak

87 Antonia Juhasz : Whose Oil is it. Anyway. In: New York Times vom 13.5.2007.

– mehr als fünfmal soviel wie die USA zu Hause besitzen – das Eigene nennen können. Der Irakkrieg würde im Nachhinein doch noch seine »Berechtigung« erlangen. Dann würde man schwerlich die gängige Meinung über die Lage im Irak als »Fiasko«, als »ein einziger Morast«, ein »nicht gewinnbarer Krieg« weiter aufrecht erhalten können. Es würde dann »gute Gründe« geben für die Annahme, dass sich die Sache aus der Perspektive von Präsident Bush und Vizepräsident Cheney ganz anders darstellt. Dass nämlich die USA im Irak in dem »Morast« stecken, in dem Präsident Bush und andere sie haben wollten. Was im übrigen auch erklären würde, warum es keine »Ausstiegsstrategie« der USA aus dem Irak – noch besser und deutlicher – aus dem Irakkrieg gibt. Warum sollten die USA auch aus einem Land aussteigen, das prädestiniert ist, ihren Hunger nach Öl jahrzehntelang zu stillen? Nicht verwunderlich ist deshalb auch, dass man den Appetit auf die Beute noch steigern möchte mit neuen Schätzungen des Council for Foreign Relations in Washington, wonach im Irak noch unentdeckte Ölreserven in Höhe von 220 Milliarden Barrel lagern würden und eine andere Studie diese Reserven sogar auf 300 Milliarden Barrel schätzt.⁸⁸ Noch appetitlicher wird die Beute, wenn man weiß, dass es im ganzen Irak nur 2000 Bohrlöcher gibt, allein in Texas hingegen eine Million.⁸⁹ Was für ein Produktivitätsunterschied!

Wenn all diese Schätzungen auch nur einigermaßen realistisch sind, sitzen die USA-Truppen im Irak auf einem Viertel der globalen Ölreserven. Die Kardinalfrage für sie lautet nun: Wie wollen sie ihren Zugriff auf das irakische Öl auch tatsächlich sichern? Indem sie eine dauerhafte Militärpräsenz im Irak installieren. Man erfährt so beiläufig, dass dafür fünf so genannte autonome »Superbasen« bereits im Bau sind oder der Vollendung entgegengehen. Sie alle liegen in gebührender Entfernung von den städtischen Zonen, wo sich die meisten tödlichen Attentate ereignen. Über diese Militärbasen findet man nur ganz wenige Berichte in den Printmedien der USA, deren Korrespondenten sich wegen der gefährlichen Arbeitsbedingungen nicht frei im Lande bewegen können. Thomas Ricks hat in der »Washington Post« eine solche Militärbasis beschrieben: »Die Balad Air Base liegt 40 Kilometer nördlich von Bagdad wie ein stark befestigter Klotz inmitten der irakischen Wüste, mit Fast-food-Läden, einem Miniatur-Golfplatz, einem Football-Feld, einem Kino und separa-

⁸⁸ Siehe Michael T. Klare: Das Öl der Saudis reicht nicht. In: *Le Monde diplomatique*. Berlin März 2006.

⁸⁹ Ebenda.

ten Wohnsiedlungen. Eine von ihnen nennt sich KBR-Land, nach dem Tochterunternehmen von Halliburton, das sich die meisten Bauaufträge auf der Air Base gesichert hat. Obwohl von den 20 000 US-Soldaten, die auf der Balad Air Base stationiert sind, nur wenige mit Irakern in Berührung kommen, herrscht ein dichter Start- und Landebetrieb als auf den meisten Flughäfen der Welt. Nur in Heathrow [Londoner Flughafen Einfügung S. L.] ist mehr los.«⁹⁰

Das US-Verteidigungsministerium gab sich mit Informationen über diese Militärbasen in den ersten Jahren nach der Invasion sehr zurückhaltend. 2003 hatte der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld noch behauptet: »Ich habe, so weit ich mich erinnern kann, in keiner Besprechung mitbekommen, dass das Thema eines permanenten Militärstützpunktes im Irak diskutiert worden war.« Doch seit Sommer 2007 hat die Bush-Regierung begonnen, ganz offen darüber zu sprechen, dass man US-Truppen im Irak auf Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte hinaus stationieren wird. Mehrere Gesprächspartner mit Zugang zum Weißen Haus bestätigten der »New York Times«, dass der Präsident selbst sich immer stärker für das »Korea-Modell« begeistert.⁹¹

Als das Repräsentantenhaus dann gegen die Finanzierung von »permanent bases« im Irak votierte, erfand man die neue Bezeichnung »enduring bases« – als seien drei oder vier Jahrzehnte nicht tatsächlich eine Ewigkeit.

Aber werden die USA in der Lage sein, eine militärische Präsenz im Irak auf unbegrenzte Zeit aufrecht zu erhalten? Washington wird wohl auf die plausible Begründung zurückgreifen, dass seine Truppen so lange im Irak bleiben müssen, bis der inner-irakische Konflikt ganz erloschen ist oder bis die letzte Splittergruppe, die sich den Namen »Al Qaida« zugelegt hat, endgültig vernichtet ist. Der Bürgerkrieg dürfte in dem Maße an Intensität verlieren, in dem sich Schiiten, Sunniten und Kurden in separaten Gebieten ansiedeln (womit die Reibungsflächen sektiererischer Konflikte kleiner würden) und die Warlords ihre örtlichen Machtpositionen konsolidieren.

Am Ende wird ein faktisch geteilter Irak entstehen. Eine solche De-facto-Teilung kann jedoch niemals zum De-jure-Zustand werden. Denn

⁹⁰ Thomas Ricks: Biggest Base in Iraq has Small-Town Feel. In: Washington Post vom 4.2.2006.

⁹¹ David Sanger: With Korea as Model, Bush Team Ponders Long Support Role in Iraq. In: The New York Times vom 3.6.2007.

ein unabhängiges Kurdistan im Norden könnte die Türkei gegen sich aufbringen; eine unabhängige Schiitenregion im Osten könnte zum Sattellitenstaat des Iran werden; und ein unabhängiges Sunnitengebiet im Westen könnte Al-Qaida Zuflucht bieten. Die formelle Oberhoheit über einen »balkanisierten« Irak wird dann eine schwache Zentralregierung ausüben, gepöppelt und beaufsichtigt von der US-Botschaft, deren neue Gebäude fertig gestellt worden sind, eine gewaltige Anlage, eine graue Zone innerhalb von Bagdads Grüner Zone.

Was die Anzahl der dauerhaft stationierten US-Soldaten betrifft, so erklärte Verteidigungsminister Robert Gates Ende September 2007 gegenüber dem Kongress, »in seinem Kopf« umfasse diese Truppe fünf Kampfbrigaden.⁹² Das macht zusammen mit dem notwendigen Unterstützungspersonal immerhin 35 000 Mann, würde also 25 Prozent der aktuellen Truppenstärke entsprechen. Hinzu käme wahrscheinlich noch einmal dieselbe Zahl von Soldaten privater Sicherheitsfirmen. Diese Schätzung dürfte aber zu bescheiden ausfallen, denn jede der fünf Superbasen bietet Platz für 10 000 bis 20 000 Soldaten. Diese Truppen werden ab und zu aus ihren Stützpunkten ausrücken, um bewaffnete Konflikte zwischen politischen Fraktionen zu beenden. Mit dieser Taktik soll zugleich die Zahl der Toten und Verwundeten minimiert werden.⁹³

Ein hoher US-Regierungsvertreter erklärte im Juni 2007 gegenüber der New York Times, alle diese dauerhaften Militärbasen seien Orte, wo unsere Flugzeuge landen und starten könnten, ohne dass wir an jeder Straßenecke einen Amerikaner aufstellen müssen. Aber die Hauptaufgabe der US-Stützpunkte wird darin bestehen, die Infrastruktur der Ölförderung zu schützen.⁹⁴

Am 28. November 2007 verständigten sich Präsident Bush und der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki auf Leitlinien für die Verhandlungen über Umfang und Qualität der US-Streitkräfte, die auf lange Sicht im Irak stationiert bleiben sollen. Damit sollte »die grundlegende Botschaft klar sein«, kommentierte Generalleutnant Douglas Lut als stellvertretender Sicherheitsberater des Präsidenten: »Der Irak ist immer mehr in der Lage, auf eigenen Füßen zu stehen, und das ist eine sehr gute

92 Siehe New York Times vom 26.9.2007.

93 Im Jahre 2006 waren im Irak 822 US-Soldaten ums Leben gekommen. Im Jahre 2007 waren es 900. Seit Beginn der Invasion im März 2003 starben im Irak nach offiziellen Angaben des Verteidigungsministeriums mehr als 4000 US-Soldaten.

94 Siehe David E. Sanger: With Koreas Model.

Nachricht. Aber er wird dabei nicht auf sich selbst gestellt sein müssen«. Das stimmt schon deshalb, weil die USA die unbestrittene Kontrolle des irakischen Luftraums ausüben werden: Die irakische Luftwaffe verfügt über kein einziges Kampfflugzeug, und das wird auf Jahre hinaus auch so bleiben.⁹⁵

Am 29.Juni 2008 wusste die »New York Times« unter der Überschrift: »Abmachungen mit dem Irak werden die Öligiganten ins Geschäft zurückbringen« zu berichten, dass als Einstieg für profitsuchende westliche Konzerne ungewöhnliche Lizenzen dienen, die ohne Ausschreibungen vergeben werden. Der Journalist Andrew Kramer schrieb dazu: »Exxon Mobil, Total und BP führen wie Chevron und einige kleinere Ölfirmen Gespräche mit dem irakischen Ölministerium über Lizenzen für die Ausbeutung der größten irakischen Ölfelder«. Am 30.Juni 2008 zitiert Kramer dann in einem weiteren »New York Times«-Artikel einen Mitarbeiter der US-Regierung: »Eine Gruppe amerikanischer Berater unter Führung eines kleinen Teams des Außenministeriums war maßgeblich an der Abfassung von Verträgen zwischen der irakischen Regierung und fünf großen westlichen Ölunternehmen beteiligt«. ⁹⁶ Inzwischen wurde bekannt gegeben, dass Shell am 22 .September 2008 mit dem irakischen Ölministerium einen Vertrag unterzeichnet hat, den Experten auf einen Wert von mindestens 4 Milliarden Dollar schätzen. Es handelt sich um die Lizenz für die Produktion von Flüssiggas (LNG) durch ein Joint Venture, das die irakische Firma South Gas mit dem britisch-holländischen Konzern bildet, wobei Shell mit einem Anteil von 49 Prozent formell der Juniorpartner ist.⁹⁷

Der frühere irakische Ölminister Issam al-Chalabi geht davon aus, dass dieser Vertrag für Shell in 20 Jahren bis zu 40 Milliarden Dollar wert sein könnte. Die britische NGO Plattform bemängelt die geheimen Verhandlungen und die Lizenzvergabe ohne offizielle Ausschreibung und stellt fest: »Hier setzt ein besetztes Land eine Energiepolitik um, die westliche Unternehmen begünstigt«. ⁹⁸

So stellt sich in Wahrheit das »Fiasko« dar, das die Bush-Cheney-Regierung im Irak ihren Nachfolgern hinterlassen wird. Und wenn die näch-

⁹⁵ Siehe New York Times vom 29.11.2007.

⁹⁶ Siehe New York Times vom 19.6.2008 und 30.6.2008.

⁹⁷ Siehe The Guardian. London vom 24.9.2008. www.guardian.co.uk/business/2008/sp/24/royaldutchshell.iraq/print.

⁹⁸ Siehe www.carbonweb.org.

ste Regierung von den Demokraten gestellt wird? Werden dann die Militärbasen demontiert und die US-Truppen vollständig abgezogen? Denkt man an all die Kräfte und Interessenten – das ganze Beziehungsgeflecht zwischen irakischer Regierung, Bush-Administration, US-Verteidigungsministerium und den Ölkonzernen – die von der anhaltenden Besetzung des Irak und von der Ausbeutung der irakischen Ölvorkommen profitieren, erscheint eine solche Wende der US-amerikanischen Außenpolitik eher unwahrscheinlich.

Nutznieser eines »Weiter so« der US-amerikanischen Strategie im Irak wären nämlich nicht nur Dienstleister der Ölindustrie wie Halliburton und das US-Verteidigungsministerium als der größte Energieverbraucher der Welt, sondern auch die Ölkonzerne selbst, die fantastische Profite weiter machen würden. Zu den »Gewinnern« würden auch die amerikanischen Wähler zählen, denen stabile Benzinpreise garantiert werden könnten; so dann die europäischen Länder und Japan, die von der Kontrolle des Westens über einen großen Teil der Weltreserven profitieren, weshalb ihre Politiker einer permanenten US-Besetzung des Irak stillschweigend zustimmen würden.

Das so genannte Truppenabzugsabkommen SOFA (Status of Forces Agreement), das mit der irakischen Regierung ausgehandelt wurde, hat einen genauen Zeitplan für den vollständigen Rückzug der US-Streitkräfte aus dem Irak festgelegt. Iraks Ministerpräsident al-Maliki gelang es, die Bush-Administration zu zwingen, bis Ende 2011 nicht nur den Rückzug ihrer Kampftruppen, sondern auch all ihrer nicht kämpfenden Einheiten zuzusagen. Seitdem wird dieser Rückzugstermin allerdings durch das Pentagon in Frage gestellt. So erklärte der Kommandeur der US-Truppen im Irak, General Raymond Odierno, der Rückzug seiner Truppen müsse »auf langsame, überlegte Weise erfolgen, damit wir das Erreichte nicht wieder verlieren.«⁹⁹ Bushs Generalstabschef Admiral Michael Mallen beharrte darauf, dass die schrittweise Reduzierung der Truppen »von den Umständen vor Ort abhängig gemacht werden müsse«.¹⁰⁰ Die Pentagon-

99 www.whitehouse.gov/infocus/iraq/SE-SOFA.pdf.

100 Siehe Tom Engelhardt: Materialschlacht nach dem Krieg. In: *Le Monde diplomatique*. Berlin Dezember 2008.

Strategen wollen bis zu 70 000 US-Soldaten noch »für einen längeren Zeitraum und sogar über 2011 hinaus »im Irak stationiert lassen.«¹⁰¹

Alan Greenspan, Exchef der US-Notenbank, gibt auf die Frage, warum die USA den Irak angegriffen haben, die Antwort: »Es macht mich traurig«, schreibt er in seinen kürzlich erschienenen Memoiren, »dass es politisch unziemlich ist, etwas zuzugeben, was alle wissen: Der Irakkrieg ging vor allem ums Öl.«¹⁰² Die Annahme liegt nicht fern, dass die Strategie der Irakinvasion mit dem Ziel, die Ölvorkommen unter Kontrolle zu bekommen, von der energiepolitischen Arbeitsgruppe entworfen wurde, die Vizepräsident Dick Cheney ins Leben gerufen hatte. Genauer weiß man nicht, denn die Erörterungen dieser Gruppe, in der vor allem Manager von Öl- und Energiekonzernen saßen, hält die Regierung unter Berufung auf ihr »executiv-privilege« immer noch unter Verschluss.

Auf den ersten Blick mag die Okkupation des Irak als ein Fiasko, als eine völlige Pleite erscheinen. Auf den zweiten Blick jedoch ist die sorglose Art und Weise, mit der die USA die so genannte nation building betrieben haben, fast schon eine Garantie dafür, dass der Irak auf Jahrzehnte hinaus ein US-amerikanisches Protektorat bleiben wird. Das wiederum ist eine notwendige Bedingung für die Aneignung des irakischen Ölreichtums. Die Kosten dieser Strategie, nämlich ein paar Milliarden Dollar pro Monat plus ein paar Dutzend toter US-Soldaten sind nicht der Rede wert, wenn man sie mit den gigantischen Ölreserven vergleicht, die den USA die geopolitische Überlegenheit und den amerikanischen Wählern billiges Benzin sichern. Die Ölreserven der gesamten Golfregion für die amerikanischen Ölkonzerne zu erobern, bleibt faktisch ohne Alternative. Das Gerede von Abzug und Ersatzlösungen ist nichts als zynische Vernebelung.

101 Auch der vom Oberkommandierenden der US-Truppen im Irak David Petraeus und vom Kommandeur der US-Truppen im Irak, General Raymond Odierno, Mitte Dezember 2008 vorgelegte Plan für einen Rückzug umgeht die Vorgaben des SOFA. Siehe Generals Propose a Timetable for Iraq. In: New York Times vom 18.12.2008.

102 Alan Greenspan: Mein Leben für die Wirtschaft. Autobiographie. Frankfurt a. M. 2007.

7. Ist nun der Iran an der Reihe?

Auf kurze Sicht hat der Iran aus dem Irakkrieg erheblichen Nutzen gezogen. Die schiitische Koalition, die im Irak regiert, wird derzeit von einer Teheran-freundlichen Fraktion beherrscht, und die USA haben nolens volens die Elemente des irakischen Militärs bewaffnet und ausgebildet, die ausgeprägt proiranisch sind.

Was die umstrittene iranische Urananreicherung betrifft, so ist sie derzeit wahrscheinlich weder durch Luftangriffe noch durch Verhandlungen zu stoppen. Die Öleinnahmen des Iran, die 70 Prozent des Staatshaushaltes ausmachen, reichen aus, um finanziell unabhängig zu sein gegenüber dem Westen.

Der abrupte Preissturz des Öls auf dem Weltmarkt, der aus der seit Sommer 2008 grassierenden globalen Finanzkrise resultiert, hat dem iranischen Regime allerdings einen wichtigen Teil seiner hauptsächlichen Finanzeinnahmen entzogen. Mit dieser neuen Situation aber müssen nicht allein der Iran, sondern auch alle anderen Öl-exportierenden Länder eine ungewisse Zeitlang fertig werden. Es ist unumstritten, dass dadurch eine Schwächung der iranischen Position in der Golfregion vor- statten gegangen ist, in Sonderheit auch im Verhältnis zu den USA. Dies tangiert u. a. auch das Problem des Verbleibs der Militärpräsenz in der Region und vor allem im Irak.

Das militärische Verbleiben der USA im Irak und eine mögliche militärische Aggression gegen den Iran gehören unauflöslich zusammen. Sie bilden zusammen einen wesentlichen Teil der einheitlichen Strategie zur Eroberung der Ölressourcen des Persischen Golfes.

Die USA werfen dem Iran *erstens* vor, dass er nach Massenvernichtungswaffen (WMD) – insbesondere Atomwaffen strebt, dass er dafür Urananreicherung in Natans betreibt und über Mittelstreckenraketen verfügt.

Zweitens übe der Iran negativen Einfluss im Irak aus, indem er Waffen an Aufständische liefere.

Drittens sei der Iran erklärter Gegner Israels und Holocaust-Leugner, er unterstütze die »terroristischen« Organisationen Hisbollah und Hamas.

Viertens sei der Iran eine bedrohliche Hegemonialmacht in der Nahostregion in Konkurrenz zu Saudi-Arabien.

Fünftens sei der Iran als Land der Menschenrechtsverstöße – insbesondere in Bezug auf die Rechte der Frauen und Demokratiedefizite bekannt und

Sechstens sei der Iran ein Spielverderber für die freie Entfaltung der internationalen Ölgeschäfte, insbesondere in der ölfreichsten Persischen Golfregion.

Die Islamische Republik Iran ist in die unmittelbare Phase aktiver Kriegsvorbereitungen des Pentagons geraten. US-Streitkräfte sind mit zwei Flugzeugträgerverbänden und 17 000 Mann Besatzung vor der iranischen Küste präsent und in Bereitschaft für einen militärischen Einsatz. Israel ist neuerlich von den USA mit 100 bunkerbrechenden Bomben für einen solchen Einsatz gegen den Iran ausgerüstet worden. Dass US-Kampfflugzeuge wiederholt in Überschallgeschwindigkeit die iranische Ölprovinz Khusistan überflogen, ist an der Tagesordnung. Eine Arbeitsgruppe im Pentagon ist eingerichtet worden unter Abram Shulsky – wie schon vor dem Irakkrieg – mit der Aufgabe, Gründe für den Krieg gegen den Iran auszuhecken. Diesmal soll nach Spezialisten die »böartige Einmischung« des Iran im Irak als Kriegsauslöser fungieren, da die Administration dann unter Umgehung des Kongresses losschlagen könnte unter dem Vorwand, es handle sich um eine unmittelbare Fortsetzung des parlamentarisch genehmigten Irakkrieges.

Die USA benötigen zur Durchführung ihrer Kriegspläne gegen den Iran Verbündete: zusätzlich zum Bündniskern mit Großbritannien, Israel und Australien sollen idealerweise das Alte Europa und Japan hinzugewonnen werden.

Es bleibt abzuwarten, wie Russland auf die US-amerikanische Finte des in Europa (Tschechien und Polen) geplanten Raketenabwehrsystems reagiert, mit dem es in die US-Golfstrategie eingebunden werden soll. Wenn Russland sich weiter an seinen eigenen Interessen orientiert – dies ist bislang immer deutlicher geworden –, dann ginge es auf Distanz zum US-Kurs. Ähnliches gilt für China.

Russland pflegt enge politische Kontakte nicht nur mit dem Iran oder mit Syrien, sondern auch mit Ländern wie Saudi-Arabien, Ägypten und der Türkei, die seit langem zu den Verbündeten der USA in der Golfregion zählen. Zweifelsohne spielen wirtschaftliche Interessen eine wichtige Rolle, vor allem im Energiesektor. Nichtsdestoweniger sind strategische Interessen Russlands durch die Gefahr einer US-Intervention gegen den Iran tangiert. Ein Angriff gegen den Iran käme für Russland einer

Katastrophe gleich – sowohl für die internationalen Beziehungen mit unberechenbaren negativen Folgen für die benachbarte Persische Golfregion als auch für mehrere frühere Sowjetrepubliken und das russische Territorium selbst. Nicht zuletzt diese Sichtweise erklärt auch die komplexen und schwierigen Beziehungen Russlands zum Iran. Geopolitisch gilt der Iran freilich als Partner Russlands. Iran ist der drittgrößte Abnehmer russischer Rüstungsgüter hinter China und Indien. Iran gilt auch als das russische Paradebeispiel für die kontrollierte Weitergabe von ziviler Nukleartechnologie. Sicher hat Russland keinerlei Interessen daran, dass das sich in seiner unmittelbaren Nähe befindliche Land Iran Atomwaffen baut. Fest steht jedoch auch, dass für Russland eine Atommacht Iran immer noch eher zu ertragen wäre als die destabilisierende Wirkung eines US-amerikanischen Angriffs auf den Iran mit all seinen unabsehbaren Folgen für die Golfregion und die Weltpolitik. Am liebsten wäre Russland natürlich die Variante, der neue US-Präsident Barack Obama würde sich entscheiden, von den Planungen des Pentagons unter Präsident Bush Abstand zu nehmen.

Für die feindselige Haltung der USA gegenüber dem Iran gibt es mindestens zwei handfeste Gründe: Der eine ist die geostrategische Bedeutung des Iran. Ein unabhängiger und wirtschaftlich bedeutender Staat mit 70 Millionen Einwohnern, der Militärabkommen mit Russland und China geschlossen hat und eine Rolle als Regionalmacht beansprucht, muss den USA wie die letzte Bastion gegen ihre dauerhafte Vormachtstellung im Nahen Osten ein Dorn im Auge sein.

Der andere Grund ist, dass nach US-amerikanischer Auslegung die Islamische Republik Iran zudem als der letzte regionale Verbündete von Staaten und Organisationen auftritt, die nach wie vor den Kampf gegen Israel führen. Libanons Hisbollah und Syrien, die Hamas und einige palästinensische Gruppen hätten jede regionale und internationale Rückendeckung verloren und würden ohne Beistand aus dem Iran gegen die Militärmacht Israel praktisch auf verlorenem Posten stehen.

Der Iran ist trotz seiner umfangreichen Öl- und Gasvorkommen, wie übrigens auch die USA, Frankreich, Großbritannien, China, Deutschland u. a. gezwungen, neue Energiequellen wie Atomenergie zu erschließen, um den künftig wachsenden Energiebedarf zu sichern. Nach der iranischen Energiebehörde wäre der Iran ohne den Bau von 20 Atomkraftwerken bis 2025 gezwungen, fast seine gesamte Öl- und Gasproduktion für den eigenen Energiebedarf einzusetzen. Die Folge wäre, dass die ge-

genwärtig wichtigsten und hohen Deviseneinnahmen des Iran aus dem Öl- und Gasexport auf Null sinken würden. Um die benötigte enorme Kraftwerkskapazität zu schaffen, setzt der Iran auf sein souveränes und international gesichertes Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie, auf die Entwicklung eines eigenständigen iranischen Brennstoffkreislaufs, d. h. auf die eigene Urananreicherung. Nur so könne laut iranischer Energiebehörde langfristig die eigene energiepolitische Unabhängigkeit und Sicherheit gewährleistet werden. Bei der Entwicklung seiner Atomreaktoren verspricht der Iran, uneingeschränkt an seinen Verpflichtungen im Rahmen des Internationalen Atomenergievertrages – zu dessen ersten Unterzeichnern er gehört – festzuhalten. Iran wirft den USA und der EU vor, unter dem Vorwand der Nichtverbreitung von Atomwaffen und entgegen den Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages zwei Klassen von Staaten mit unterschiedlichen Rechten schaffen zu wollen. Einerseits die Industriestaaten, allen voran die USA, mit allen rechtlichen Möglichkeiten der Produktion und des weltweiten Exports von Atomkraftwerken. Andererseits die Länder des Südens, denen die Rolle zugewiesen wird, die Atomkraftwerke importieren zu dürfen und damit von der Nuklearindustrie der Industrieländer de facto langfristig abhängig zu werden. Iran lehnt eine solche Abhängigkeit kategorisch ab und setzt auf eigene Urananreicherung als sicherste Grundlage für die selbstständige friedliche Nutzung der Atomenergie. Bislang gibt es keine eindeutigen Beweise dafür, dass der Iran Atombomben anstrebt. Zu diesem Schluss kamen Mitte 2007 die US-amerikanischen Geheimdienste, wonach der Iran seit 2003 kein Atombombenprogramm betrieben hat.

Wenn im Augenblick die Zügelung der nuklearen Ambitionen des Iran für die USA scheinbar den Vorrang hat, langfristig bleibt ihr Hauptziel in der Nahost-Region das gleiche wie 1979: das Ende der Islamischen Republik Iran, die nach der Zerschlagung des US-freundlichen Schah-Regimes durch die iranische Revolution im Jahre 1979 entstand. Iran war bis dato unter dem Schah nach Israel der engste und zuverlässigste Verbündete der USA in der Region. Der Schah sorgte als »Gendarm« am Persischen Golf für Ruhe und Ordnung und sicherte die freie Energiezufuhr im Sinne des Westens – vor allem aber der USA. Mit seinen unmittlerbaren langen Grenzen zur Sowjetunion diente der Iran damals als Bollwerk gegen die Weltmacht Sowjetunion. So gesehen, hat der Sturz der iranischen Schahdynastie die gesamte Machtkonstellation im Nahen Osten durcheinander gewirbelt und ein Regime hervorgebracht, das si-

cherheitspolitisch sowie ideologisch-religiös zu dem weltweit ernstesten Kontrahenten der USA mutierte. In diesem Kontext ist die Phobie der USA gegenüber den Islamisten Irans zu erklären.

8. Die amerikanische Nahoststrategie dem Scheitern nahe

Seit ihrem Sieg im Kalten Krieg haben die USA mit ihren Verbündeten rund um die Welt bislang vier völkerrechtswidrige Kriege zur Durchsetzung ihrer »Neuen Weltordnung« inszeniert: 1991 gegen den Irak, 1999 gegen Jugoslawien, 2001 gegen Afghanistan und 2003 erneut gegen den Irak. Ununterbrochen drohen Washington und das Pentagon mit neuen ähnlichen Kriegen – neuerdings gegen den Iran. Diese Kriege sind imperiale Instrumente, um die Ergebnisse des Befreiungskampfes der Kolonialvölker im 20. Jahrhundert rückgängig zu machen, mit dem Ziel, einem dem gegenwärtigen Globalisierungsprozess adäquaten neuen Kolonialismus den Weg zu ebnen.

Den Historiker Eric J. Hobsbawm erinnern die »Protektorate eines neuen Kolonialismus« auf dem Balkan und in Afghanistan sehr an die Zeit nach 1918, da »neue Kolonien als Völkerbundmandate getarnt wurden.«¹⁰⁵

Tatsächlich ist die US-Strategie gescheitert, die die koloniale Neuordnung des Nahen Ostens als Ganzes einleiten sollte. Interessant hört sich das Eingeständnis mancher imperialer Strategen über die Grenzen imperialer Hegemonie an. So erklärte Samuel P. Huntington: »Vor dem Irakkrieg sagte ich voraus, dass wir Saddam Hussein schnell beseitigen würden und dass wir uns dann in einem zweiten Krieg gegen das irakische Volk wieder finden würden, den wir niemals gewinnen könnten.«¹⁰⁴

Robert Cooper, Bürochef Javier Solanas, gesteht seinerseits: »Soll ein gewaltsam herbeigeführter Regierungswechsel gesichert werden, so endet es meist als Imperium ... Das Problem ist nur, dass Imperien heutzutage nicht mehr funktionieren. Ein Jahrhundert nationaler Befrei-

¹⁰⁵ Eric J. Hobsbawm: Interview in der Zeitung Freitag Nr. 44 vom 26.10.2001. S. 5.

¹⁰⁴ Zitiert nach D. Lohaus : Zur US-Strategie am Golf. In: Marxistische Blätter. Nr.4/2004. S. 72.

ungsbewegungen und nationaler Selbstbestimmung kann nicht einfach rückgängig gemacht werden.«¹⁰⁵

Bereits vor dem Irakkrieg charakterisierte Samuel P.Huntington den gravierenden Ansehensverlust der USA folgendermaßen: »Während die Vereinigten Staaten regelmäßig mehrere Länder als Schurkenstaaten brandmarken, werden sie selbst in den Augen vieler Länder zur Schurken-Weltmacht.«¹⁰⁶

Zur möglichst langen Aufrechterhaltung der von dieser »Schurken-Weltmacht« beanspruchten »Hegemonie neuen Typs« fordert Brzezinski in seinem Werk »Die einzige Weltmacht« explizit die Einhaltung von »drei großen Imperativen imperialistischer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Souveränität zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die Barbaren -Völker sich nicht zusammenschließen.«¹⁰⁷

Mit Vasallen sind offenbar die NATO-»Partner« gemeint. Bei den tributpflichtigen Staaten dürfte es sich um die neokoloniale Ausbeutung unterworfenen Länder handeln. Und bei den »Barbaren«-Völkern geht es um die von der Bush-Administration »Schurkenstaaten« bezeichneten Länder, mehr noch aber wohl um Staaten wie Russland, China u. a., die weder Vasallen der USA, noch ihnen tributpflichtig sein wollen.

Doch bevor wir uns den sicherheitsstrategischen und wirtschaftlichen Vorstellungen Russlands und Chinas im großen Spiel um die Energieressourcen der Welt widmen, werfen wir noch einen kurzen Blick auf die Positionierung der NATO-Partner der USA, der Europäischen Union, zum hegemonialen Anspruch ihres Partners in der immer prekärer werdenden globalen Energiepolitik.

105 Robert Cooper: Neue Staaten zerfallen, droht Terror. In: Die Zeit. Hamburg. Nr. 5. 22.1.2004. S. 17.

106 Samuel P. Huntington: Die einsame Supermacht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn. Nr.5/1999. S. 553.

107 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Weinheim / Berlin 1997. S. 64.

9. Die EU-Position zum hegemonialen Anspruch der USA in der globalen Energiepolitik

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts herrschten die europäischen Hegemonialmächte über den Rest der Welt. Ihre Vormachtstellung war, wie die moderne Geschichtsschreibung gezeigt hat, Folge einer spezifischen Konjunktur, die u. a. auf den Vorteilen basierte, die die Agrarrevolution und die industrielle Revolution, die Eroberung Amerikas und die Weltwirtschaft mit sich gebracht hatten. Daraus ergab sich eine militärische Dominanz, die den rivalisierenden Großmächten der Alten Welt erlaubte, den Planeten unter das Joch der Kolonialherrschaft zu bringen.

Europa suchte diese Herrschaft zu legitimieren, indem es auf die traditionelle Überlegenheit seiner eigenen Werte und Ideen pochte. Alle anderen Kulturen wurden missachtet und galten als »barbarisch«. Heute greifen die USA und auch manche »Europäer« diese ausgedienten Vorurteile wieder auf. Die Wirklichkeit wird sie immer wieder mit der Tatsache konfrontieren, dass das 20. Jahrhundert nicht nur die Auflösung des »sozialistischen Lagers«, sondern auch das Ende der Kolonialreiche besiegelt hat.

Bei den EU-Größen – wen könnte man heute allerdings ungeteilt dazu rechnen? – ist trotz pragmatischer Abgrenzung von Untaten wie Guantanamo und Abu Ghoreib ein Alternativkonzept weniger denn je erkennbar. Ein Geltendmachen der EU-Interessen bei Zerfall der US-Hegemonie erscheint kaum vorstellbar. Das Gegenteil ist der Fall: Der EU erscheint grundsätzlich eine Unterstützung der USA notwendiger als je zuvor. Frankreich liefert dafür mit seiner Nahost-Strategie das geeignete Beispiel: Die französische Nahostpolitik hat die Politik Israels lange gestützt. Der Hintergrund war die Erinnerung an die eigene Mitschuld am Völkermord der Nazis, aber dann auch der eigene Kampf gegen den arabischen Nationalismus und gegen den Nasserismus im Suezkrieg von 1956. Doch nach dem Sechstagekrieg Israels im Juni 1967 vollzog Präsident De Gaulle eine radikale Wende. In seiner berühmt gewordenen Pressekonferenz vom 27. November 1967 formulierte er hellsehtig, die Besetzung der eroberten Gebiete durch Israel werde »von Unterdrückung, Repression und Vertreibung begleitet« sein; das werde dann zwangsläufig

fig Widerstand auslösen, »den man dann als Terrorismus bezeichnen wird«,¹⁰⁸

Nach De Gaulle hielten sich Georges Pompidou, Valéry Giscard d'Estaing und auch François Mitterand an diese neue »Araberpolitik«. Sie waren überzeugt, dass sich der gordische Knoten in der Region nur durch das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser lösen lasse.

So hielt es zunächst auch der langjährige französische Staatspräsident Jacques Chirac, ehe er ab dem Jahr 2005 seine Haltung änderte. Das erste Anzeichen war der rote Teppich, den man im Juli 2005 für den bis dato unbeliebten Ministerpräsidenten Ariel Sharon ausrollte. Ein Jahr danach wird in Paris die Repression in Palästina stillschweigend übergangen, während man mit der israelischen Regierung immer enger zusammenarbeitet.

Chiracs Kehrtwende beschränkt sich nicht auf die Nahostpolitik. Seit 2005 macht er auch in anderen Bereichen – vor allem in Afrika – die Politik der Bush-Administration mit oder nimmt sie – wie im Fall des Libanon oder Syriens – sogar vorweg.

Vermutlich ist diese Wende in der geopolitischen Orientierung Frankreichs auch durch ein parteipolitisches Kalkül bestimmt. Ganz deutlich wird zum Beispiel, dass die stets auf Wahltermine schielenden französischen Politiker auf die Argumentation reagieren, die jedwede Kritik an der Politik Israels als antisemitisch denunziert.

Im Zusammenhang mit Chiracs Kehrtwende vor allem in der Nahost- und Afrikapolitik und als Fingerzeig für die kommende Ausrichtung der französischen Außenpolitik dürfte die Berichterstattung zu den Präsidentschaftswahlen 2007 in den französischen Medien stehen, dass mit Sarkozy »L' Américain« (deutsch: der Amerikaner) den Sieg davon trug.

Ähnlich ist leider auch die Entwicklung in Deutschland. Die vom damaligen Präsidenten Wladimir Putin anvisierte energiepolitische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und Russland hatte unter Kanzler Gerhard Schröder und Präsident Chirac klare Konturen angenommen. Nicht nur Putin, auch Chirac und Schröder distanzieren sich immer deutlicher von der US-amerikanischen Dominanz im Energiebereich. Der Energiesektor wurde damals zum Ausgangspunkt für intensivere Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union.

108 Siehe *Le Monde diplomatique*. Paris Mai 2004.

Mit Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy bestimmen heute zwei ausgewiesene 'Atlantiker' die Richtung der EU-Außenpolitik. Dies wurde aus Anlass der so genannten Unabhängigkeitserklärung des Kosovo einmal mehr demonstriert: Das Gros der Europäischen Union hat dem Washingtoner Diktat partnerschaftliche Gefolgschaft erwiesen – trotz mancher Irritationen in einigen EU-Ländern, in denen die Kritik an den inneren Widersprüchen dieser Politik immer lauter wird. Europa beginnt vorsichtig, aber bestimmt, sich gegen die regionale Kriegspolitik der USA zu stemmen und mehr oder weniger konsequent nach sicherheitspolitischen Alternativen auch und vor allem im ehemaligen sowjetischen Süden zu suchen.

Die Direktive der US-amerikanischen konservativen Denkfabrik Heritage Foundation wird dennoch zum Leitfaden in Deutschland und Frankreich: Die *Verhinderung* einer dauerhaften französisch-deutsch-russischen Allianz, die als Gegengewicht gegen die USA-Hegemonie hätte wirken können, muss als ein vorrangig amerikanisches Sicherheitsinteresse berücksichtigt werden.

Russlands Aufstieg zu einer global führenden Energiemacht

1. Anfängliche Defizite in Russlands Energiepolitik im postsowjetischen Reich

Russland hat als weltweit wichtigster Lieferant für Gas und zweitgrößter für Erdöl eine Monopolstellung in der Welt inne. Mit dem Erdöl und Erdgas kann es den größten Teil der Ausfuhrerlöse und einen beträchtlichen Teil der Staatseinnahmen sichern.

Der größte Teil der reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen der ehemaligen Sowjetunion, die sehr ungleich verteilt sind, befindet sich in Russland und den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Das Interesse Russlands für den energiereichen kaspischen Raum ist zu einem gewissen Grade dadurch bestimmt, dass sich die UdSSR bei der Nutzung der eigenen Energieressourcen hauptsächlich auf die Ausbeute der westsibirischen Energiequellen orientierte und den kaspischen Raum fast ausschließlich als »Reserve« betrachtete. Aus dieser Konstellation resultierte für Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion eine sehr prekäre Situation: Innerhalb der Grenzen der Russischen Föderation blieb zwar die hauptsächlich frühere sowjetische Förderbasis des Erdöls samt Verarbeitungskapazität. Aber fast die gesamte frühere sowjetische Transportinfrastruktur der Energie befand sich auf den Territorien der von Russland unabhängig gewordenen früheren Sowjetrepubliken. Hieraus erwuchs die bittere Notwendigkeit für Russland, sich in dieser neuen Energiekonstellation im nachsowjetischen Raum zurechtzufinden. Zumal die hier entstandenen neuen Staaten in ihrer energetischen Politik eigene Interessen wahrnahmen, wenngleich ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis – ein objektives Aufeinanderangewiesensein – zwischen ihnen und Russland auf energetischem Gebiet nicht zu übersehen war.

So waren einige dieser Länder, wie die Ukraine, Weißrussland und die baltischen Staaten dank ihrer geographischen Lage prädestiniert, den Transit des russischen Erdöl- und Erdgasexportes nach Westeur-

opa durch ihr Territorium zu gewährleisten, sich selbst mit russischen Energielieferungen abzusichern und ihre Produktionskapazitäten in der Energieverarbeitung und der Petrochemie auszulasten. So genießt Georgien z.B. eine Sonderstellung, da es das einzige Land im Kaukasus und im benachbarten Zentralasien ist, das unmittelbaren Zugang zum offenen Schwarzen Meer hat. Die Ukraine ihrerseits erhält Zutritt zum kaspischen Raum durch ihre Schwarzmeerhäfen und ihre aus der Sowjetzeit ererbte Pipelinelogistik, denen beim Transport des kaspischen Öls zu den offenen Meeren und nach Westeuropa ein hervorragender Platz sicher ist.

Sowohl Georgien als auch die Ukraine erlangen sogar eine einmalige Exklusivität in all den Projekten, die eine Umgehung Russlands und der russischen Pipelinelogistik bei der Beförderung des kaspischen Öls zum Weltmarkt vorsehen.

Andere Staaten des kaspischen Raumes wie Kasachstan und Turkmenistan sind ihrerseits von der russischen energetischen Transportinfrastruktur beim Export der eigenen Energieressourcen abhängig. Sie sind aber zugleich im postsowjetischen Raum zu Konkurrenten Russlands herangewachsen mit ihren riesigen Erdöl- und Erdgasressourcen und wachsenden Exportkapazitäten.

Mit insgesamt 30 bis 50 Milliarden Barrel ist der kaspische Raum ein im Weltmaßstab bedeutendes Ölfördergebiet. Nach Schätzungen des Genfer »Petroconsultants«, der führend bei Daten und Analysen der weltweiten Öl- und Gasexploration wie Forschung und bekannt für seine Verlässlichkeit und Unabhängigkeit ist, betragen die erwiesenen Erdölvorräte Aserbaidshans 7,2 Milliarden Barrel (davon 2,2 Milliarden Barrel auflandig und 5 Milliarden zu Wasser), von Turkmenistan 4,7 Milliarden Barrel (mehrheitlich auflandig) und von Kasachstan 19,9 Milliarden Barrel. Bei Erdgas bezifferte »Petroconsultants« die sicheren Ressourcen Aserbaidshans mit 291 Milliarden m³ (davon 68,6 Milliarden m³ auflandig und 222,5 Milliarden m³ zu Wasser), Turkmenistans mit 2,63 Billionen m³ (davon 57,14 Milliarden m³ auflandig und 2,57 Billionen m³ zu Wasser) und Kasachstans mit 2,05 Billionen m³.¹⁰⁹

Russland betrachtet die Stärkung der eigenen Position in diesem Raum als lebenswichtig. Denn der Transit der Energie aus dem kaspischen

109 Onnic Marashian: Düstere Aussichten für das kaspische Öl. In: Deutsch-Armenische Korrespondenz. 4/1998. Frankfurt a. M. S. 4.

schen Raum durch russisches Territorium zum Weltmarkt, vor allem nach Europa, sichert Russland riesige Einnahmen. Auch die Beteiligung Russlands an der Ausbeute der Energieressourcen dieses Raumes wirft bedeutende Gewinne ab, und die Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit hilft, die zwischenstaatlichen Beziehungen in diesem von Konflikten zerrissenen Raum zu normalisieren sowie die vorhandenen Konflikte zu entspannen.

Russlands Bemühungen, sich den im postsowjetischen Raum entstandenen Veränderungen zu stellen, wurden und werden durch westliche Staaten und vor allem die USA entschieden bekämpft. Das schließt jedoch nicht aus, dass eigene Defizite Russlands diesem Vorgehen der westlichen Länder günstige Bedingungen schufen. So sind seit Mitte der 1990er Jahre viele der neuen unabhängigen Staaten der Region auf dem Wege grundlegender wirtschaftlicher Reformen, wobei sie auf Unterstützung durch den Westen hoffen. Einige dieser Länder sind gewillt, unter Inanspruchnahme der westlichen Hilfe in die Lage zu gelangen, zu ihrer früheren Schutzmacht Russland neue Beziehungen als gleichberechtigte Partner herzustellen. Diesen Bestrebungen stand Russland zunächst, an die Vorteile seiner jahrhundertelangen Herrschaft gewöhnt, abweisend gegenüber. Im Rahmen bilateraler Beziehungen oder innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) betrieb Russland unter Präsident Jelzin diesen Staaten gegenüber eine Politik, die aus einem Gemisch von Drohung, Destabilisierung und Versprechungen bestand.

Dieser russischen Politik gegenüber stellten die offiziellen Richtlinien der amerikanischen Außenpolitik im Verhältnis zu den nach dem Zerfall der Sowjetunion unabhängig gewordenen Staaten des Kaukasus und Zentralasiens folgende Hauptinteressen heraus: erstens die Unterstützung der Souveränität der jungen und noch nicht gefestigten Staaten, zweitens die Bildung »demokratischer« Institutionen und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Entwicklung in ihnen, drittens die Unterstützung marktwirtschaftlicher Reformen, viertens die Förderung der zwischenstaatlichen Kooperation und regionalen Integration sowie fünftens eine international »verantwortungsbewusste« Sicherheitspolitik, die Nonproliferation, Terrorismusbekämpfung, Unterbindung von Drogenhandel u. a. einschließt.¹¹⁰

110 Stephen Sestanovich : U.S. Policy toward Central Asia. Ambassador Stephen Sestanovich before the Asia-Pacific Subcommittee of the House of International Relations Committee, am 17.3.1999. In: Central Asia Monitor. 2/1999. S. 25ff.

Bei all ihren Bemühungen, die Souveränität der kaukasischen und zentralasiatischen Staaten gegenüber Russland zu stärken, hielten die westlichen Staaten und vor allem die USA in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion an ihrem Vorsatz fest, eine offene Konfrontation mit Russland zu vermeiden. Sie waren nicht bereit, irgendeine Form radikaler Opposition gegen Russlands Anwesenheit in diesem Raum zu unterstützen. Russlands Integration in internationale Rahmenwerke der Zusammenarbeit war ihnen damals wichtiger als der Versuch ehemaliger Sowjetrepubliken, ihre äußere Souveränität dadurch zu stärken, dass sie alle Verbindungen zu Russland abbrachen.

Die Clinton-Administration war Mitte der 1990er Jahre sehr darum bemüht, Russland in seinem »nahen Ausland«, d. h. in der früheren sowjetischen Staatengemeinschaft – nicht zu provozieren. Überhaupt schienen bis 1991 die USA und ihre Partner in der NATO ihren politischen Interessen im kaspischen Raum mehr Bedeutung beizumessen als ihren Wirtschaftsinteressen.

Die US-amerikanischen Erdölgesellschaften hatten sich für den kaspischen Raum allerdings viel früher interessiert, als die amerikanische Administration in der Lage gewesen war, eine kohärente Politik in diesem Raum zu artikulieren. Unmittelbar nach dem Abschluss der ersten imposanten Erdölverträge Aserbaidshans mit einer enormen anfänglichen Summe von 10 bis 15 Milliarden Dollar haben die USA ihr direktes Engagement im kaspischen Raum kundgetan. Sie begannen den Raum als eine attraktive zusätzliche Quelle von Energie wahrzunehmen, die jederzeit in der Lage wäre, bei einer Gefährdung des Zuflusses des Erdöls aus dem Persischen Golf die entstehende Lücke für den USA-Industrie – und Militärgiganten zu schließen. Wie der »US-Botschafter in der GUS (Ambassador to the CIS) « Stephen Sestanovich 1998 betonte, erschöpfe sich die USA-Politik bei weitem nicht in der »Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen, sondern treffe Entscheidungen 'from a strategic standpoint' (von einem strategischen Standpunkt aus)«. ¹¹¹

Die Gesamtheit der Formen des amerikanischen Engagements im kaspischen Raum ist nach amerikanischen Beobachtern und Kommentatoren vor allem darauf gerichtet, »das Monopol Russlands in diesem Raum zu brechen, die Machtprojektionsfähigkeit der USA zu demonstrieren, die

111 Siehe Stephen Blank: Every shark east of Suez: Great Power interests, policies and tactics of the transcaspian energy wars. In: Central Asia Survey. New York 18.2.1999. S. 149.

Region über das Programm Partnerschaft für den Frieden mit dem Westen zu verbinden, die lokalen Militärkapazitäten zur Selbstverteidigung zu erhöhen, ihre militärische Abhängigkeit von Russland zu vermeiden und lokale Präsenz für die Behauptung unserer Energieressourcen zu zementieren«. ¹¹²

Diese Revision der geopolitischen Strategie der damaligen amerikanischen Administration gegenüber dem kaspischen Raum mit den noch unerschlossenen imposanten Erdöl- und Erdgasreichtümern wird zu Recht auch in Zusammenhang gebracht mit der Gegnerschaft der USA zu solchen Ländern wie Iran, Libyen und Irak. Nach Aussagen des stellvertretenden amerikanischen Energiesekretärs Bill White sollten zukünftige Ölimporte nicht aus Ländern kommen, die den USA feindlich gegenüberstehen oder wo Ölbohrungen aus ökologischen Gründen vermieden werden sollten wie im Amazonasgebiet oder in der Arktis, sondern aus Regionen wie Zentralasien oder dem Kaukasus. ¹¹³

Als weiterer wichtiger Grund für die stärkere Hinwendung der amerikanischen geopolitischen Strategie zur kaspischen Region wird die Perzeption von Befürchtungen amerikanischerseits ausgewiesen, die gesamte kaspisch-kaukasische Region könnte in ein Schlachtfeld verwandelt werden. Deshalb sei »die Lösung der Konflikte für die amerikanische Politik in dieser Region Aufgabe Nr.1«. ¹¹⁴

Anfänglich hatte sich die amerikanische Administration für die Inanspruchnahme ihrer Interessen in diesem Raum der Dienste des NATO-Partners Türkei versichert und sich für den Export des »türkischen Modells« entschieden, um die russische Präsenz zu schwächen und eine mögliche Expansion des iranischen Einflusses zu blockieren. Es hat sich aber schnell herauskristallisiert, dass Russland nicht bereit war, sich dem türkischen Druck zu beugen, und die Türkei sich als unfähig erwies, irgendwelche Lösungen für die Konflikte des Raums und die Probleme der neuen unabhängigen Staaten im postsowjetischen Raum anzubieten.

Mit ihrem »verspäteten« direkten Engagement und ihrer unmittelbaren Präsenz im kaukasisch-zentralasiatischen Raum versuchten die USA

¹¹² Ebenda.

¹¹³ Bruno Cappieters: Westliche Sicherheitspolitik und der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien. In: Berichte des BiOst. 12/1999. Köln. S. 11.

¹¹⁴ Siehe Strobe Talbott: A Farewell to Flashman: American Policy in the Caucasus and Central Asia. Rede des stellvertretenden Außenministers an der John Hopkins School of Advanced International Studies am 21.7.1997.

nunmehr, sowohl auf ökonomischem als auch auf politisch-militärischem Gebiet die Lostrennung der früheren Sowjetrepubliken von Russland zu beschleunigen, den Raum in eine eigene Einflussphäre zu verwandeln, die Bildung einer neuen Union unter russischer Führung zum Scheitern zu bringen sowie die Expansion des iranischen Einflusses, die nach dem Zerfall der Sowjetunion hier einsetzte, zu stoppen.

Russlands Führung hat unter Präsident Jelzin das Ausmaß des geopolitischen Wandels nach dem Kalten Krieg erst spät begriffen. Dies betrifft auch die Entschlossenheit der USA, das Schwinden des russischen Einflusses zu nutzen, um sich strategische Positionen zu sichern.

So erhöhten die USA ihren Druck auf das geschwächte Russland, indem sie Militärstützpunkte in Usbekistan, Kirgisien und Tadschikistan errichteten und zuverlässige Verbündete in Georgien und Aserbaidshan fanden. Dabei agierten sie *zunächst* unter dem Vorwand, den Zugang zu den Ölvorkommen im Kaspischen Meer sichern zu wollen und später dann im Zuge der »Antiterrorismusoperationen« in Afghanistan und im Irak. Diese Strategie, die das Ziel verfolgte, Russland innerhalb seiner traditionellen Einflussphäre dauerhaft zu schwächen, wurde ergänzt durch die Unterstützung der politischen »Revolutionen« in Georgien Ende 2003 und in der Ukraine Ende 2004, in geringerem Umfang auch in Moldawien und Kirgisien. Die Vorgehensweisen reichten von der Tätigkeit US-amerikanischer NGOs und protestantischer Kirchen, die den amerikanischen »way of life« verbreiteten oder die entstandenen neuen Eliten in diesen Ländern zu gewinnen versuchten, bis zu offiziellen politischen Vereinbarungen und Wirtschaftsabkommen. Ins Visier des Interesses gerieten dabei vor allem größere Erdöl- und Erdgasvorkommen, strategische Rohstoffe wie Diamanten und Edelmetalle sowie die Kontrolle über die Wege zu solchen Ressourcen, seien es wichtige Häfen, Eisenbahnbrücken oder Pipelines.

Bereits Ende der 1980er Jahre hatte der große Ölkonzern der USA Chevron ein begehrlisches Auge auf die Ölvorkommen von Tangis, einem der weltweit größten Ölfelder im Westen Kasachstans geworfen. 1993 erwarb Chevron 50 Prozent der Anteile. Auf der gegenüberliegenden Seite des Kaspischen Meeres unterzeichnete Aserbaidshan einen »Jahrhundertvertrag« mit ausländischen – vor allem US-amerikanischen Ölkonzernen zur Ausbeutung der Felder Aseri-Tschirag-Güneshli. Russland war hoch erzürnt, weil das kaspische Öl seiner Kontrolle zu entgleiten begann. Daraufhin einigten sich Russland und Aserbaidshan, dass der

russische Ölkonzern Lukoil 10 Prozent der Anteile an dem Konsortium Aseri-Tschirag-Güneschli erhielt. Damals begann die unmittelbare Konkurrenz zwischen Russland und dem Westen – vor allem den USA – um die Ölreichtümer der kaspischen Region, die nach zuverlässigen Schätzungen 50 Milliarden Barrel Öl und 9,1 Trillionen Kubikmeter Gas ausmachen. Das entspricht 4 bis 5 Prozent der globalen Reserven.¹¹⁵

Der 11. September 2001 spitzte die Konkurrenz zwischen Russland und den USA um Einflussphären in der kaspischen Region erheblich zu. Mit dem Segen des geschwächten Russland¹¹⁶ installierten die USA Militärbasen in der Region mit der Zusicherung, man werde wieder abziehen, sobald das »islamistische Krebsgeschwür« beseitigt sei. Seitdem befindet sich das so genannte »Great Game« (das Große Spiel) um Öl und Gas sowie um ihre Transportwege in der kaspischen Region und dem kaukasischen Raum in vollem Gange. Daran beteiligen sich immer mehr auch die früheren Sowjetrepubliken der eurasischen Region, die gleich beim Zusammenbruch der Sowjetunion erkannt hatten, dass Erdöl und Erdgas Mittel darstellen, um ihre Staatskassen zu füllen und ihre Unabhängigkeit gegenüber Russland sowie ihre Handlungsfähigkeit gegenüber dem Westen zu stärken.

Dem US-Blatt »The Nation« ist zwar zuzustimmen, Präsident Bush habe die militärische Präsenz der USA in Zentralasien dazu genutzt, den Sieg über Russland im Kalten Krieg abzusichern, den Einfluss Chinas einzudämmen und den Iran umklammert zu halten.¹¹⁷ Aber Fakt bleibt zugleich, dass unter Jelzins Präsidentschaft Russland selbst zunehmend

115 [www.iea.org/Textbase/press/press detail- asp?Press-REL-ID=163](http://www.iea.org/Textbase/press/press%20detail-asp?Press-REL-ID=163).

116 Der damalige Präsident Russlands, Wladimir Putin, beschreibt diese »Schwächephase Russlands« folgendermaßen: »Die Armee war demoralisiert und nicht kampfbereit ... Die Technik war überaltert. Der militärische Verteidigungskomplex erstickte in Schulden, man verlor Kader und die industrielle Basis. Russland selbst war in Teile zerfallen und stand wie ein Land von »Bettlern« da ... Ein bedeutender Teil der Wirtschaft wurde von Oligarchen oder offen kriminellen Strukturen kontrolliert. In der tiefsten Krise befand sich die Landwirtschaft. Die Finanzen des Landes lagen danieder, der Staat hing praktisch vollständig von ausländischen Kreditgebern ab. Und das hatte in letzter Konsequenz zur Zahlungsunfähigkeit im Jahre 1998 geführt, was die Schließung vieler Fabriken, den Anstieg der Arbeitslosigkeit und Armut nach sich zog«. Siehe Wladimir Putin: Entwicklungsstrategie Russlands bis zum Jahre 2020. Rede des russischen Präsidenten auf der erweiterten Sitzung des Staatsrates am 8.2.2008. In: Rossijskaja Gazeta. Moskau. 9.2.2008. Deutsch dokumentiert in: Junge Welt vom 5./6.4.2008. S. 11.

117 Oil and the New Great Game. In: The Nation. New York vom 16.2.2004.

an politischem und ökonomischem Einfluss in seinem damaligen Hinterhof verlor. Es verlor zugleich im Kampf um die Energiestrategie in der Region einen seiner solidesten Vorteile: Seine Monopolstellung als alleiniger Herr sämtlicher Leitungen, durch die die GUS-Staaten ihr Erdöl und Erdgas transportierten. Hier wurden nach dem Zerfall der UdSSR ein halbes Dutzend Öl- und Gasleitungen gebaut, deren Kommandozentrale nicht mehr in Moskau ist und die nicht über das Gebiet Russlands verlaufen.

2. Russlands Besinnung auf die Macht aus eigenen Energiereichtümern

Das Jahr 2003 wurde zu einem entscheidenden Wendepunkt in der bis dato schwächelnden und orientierungslosen russischen Wirtschaftspolitik. Präsident Putin legte zu Beginn seiner zweiten Amtszeit den strategisch wichtigen Erdöl- und Erdgassektor in die Hände von Staatsunternehmen seiner Wahl. Das Nachsehen hatten die Oligarchen, die den Sektor in der Jelzin-Ära zum Freundschaftspreis erworben hatten.

Präsident Putin hat jedoch weder die von manchen als »kriminell« bezeichneten Privatisierungen unter Präsident Jelzin rückgängig gemacht noch die Schlüsselsektoren der Volkswirtschaft im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft verstaatlicht. Oligarchen hatten und haben von ihm nichts zu befürchten, sofern sie keine politischen Ambitionen hegen. Die im Jahr 2000 von Präsident Putin angekündigte »Liquidierung der Oligarchen als Klasse« wurde nicht verwirklicht. In strategisch wichtigen Wirtschaftsbranchen sind freilich Bemühungen sichtbar, die Kontrolle des Staates wieder auszubauen. Das betrifft vor allem die Förderung und den Transport von Erdöl und Erdgas, den Militär-Industrie-Komplex, die Atomwirtschaft, den Flugzeug- und Schiffbau.

In der neuen Wirtschaftsstrategie unter Präsident Putin hat sich auch eine andere Linie in der Politik gegenüber den GUS-Staaten und dem Westen als zu Jelzinzeiten durchgesetzt. Präsident Putin weckte berechtigte Hoffnungen einer Korrektur der teils überheblichen und teils unberechenbaren Haltung Russlands gegenüber den Staaten des kaspischen Raumes und des Kaukasus, die andere, eigene geostrategische Interessen verfolgten als Russland. »Ohne irgendwen oder irgendwas innerhalb unserer Zone strategischer Interessen hervorzuheben, sollten wir jedem dieser Staaten eine strategische Partnerschaft anbieten«, sagte er: »Wir

wissen, dass westliche Staaten derzeit sehr viel Mühe darauf verwenden, dies zu tun. Sie versuchen, einige GUS-Staaten von Russland wegzuziehen ... Gerade hinsichtlich der Ereignisse der letzten Monate – in Kirgistan, in Usbekistan und in einigen anderen Staaten – muss für jeden klar geworden sein, dass die ehemaligen Sowjetrepubliken natürliche Verbündete im exsowjetischen Raum sind ... Russland muss mit diesen Staaten ohne Ambitionen und auf der Grundlage der Gleichberechtigung zusammenarbeiten«. ¹¹⁸

»Falls es Moskau gelingt, ihn zu erobern«, formulierte der Ex-US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger den amerikanischen Standpunkt zum kaspischen Raum, »wäre ein solcher Sieg wichtiger als die Erweiterung der NATO für den Westen«. ¹¹⁹

Im kaspischen Raum ist eine bipolare Bündnisstruktur entstanden, die besonders im Kaukasus zu beobachten ist, in der Armenien weitere Unterstützung von Seiten Russlands und des Iran erhält, während Aserbaidshan und Georgien sich auf die USA und die Türkei stützen. »Da überkreuzen sich konträre strategische Interessenachsen – ›Washington-Ankara-Baku-Tiflis‹ versus ›Moskau-Eriwan-Teheran‹ auf einem ›geostrategischen Vulkan«. ¹²⁰

Die ersten Gebietsstreitigkeiten waren im Kaukasus bereits Ende der 1980er Jahre entstanden. Die einen Volksgruppen forderten ihre Angliederung an den Nachbarstaat – die Armenier der Karabach-Region an Armenien, die Südosseten an Russland-, andere forderten ihre Unabhängigkeit – Abchasien und Tschetschenien. Die Konflikte entluden sich in bewaffneten Auseinandersetzungen: inzwischen hat das Blutbad im Kaukasus fast 2 Millionen Menschen in die Flucht getrieben und Tausende das Leben gekostet. Nach dem Eingreifen der GUS und der OSZE wurde zwar im Südkaukasus ein Waffenstillstand ausgehandelt, doch die Konflikte sind nicht gelöst. So verharrt die Region in einem Zustand »zwischen Krieg und Frieden«. Die Zielsetzung des Westens, alle drei südkaukasischen Staaten dem russischen Einflussbereich zu entziehen, spielt bei der Krisenentwicklung im Kaukasus eine immer bedeutsamere

118 Wladimir Putin im NTV. Moskau 15.12.1999. SWB S 4 /5720 B/6 (16). 17.12.1999.

119 Siehe Vicken Chaterian: Face-à Face americano-russe autour de la Caspienne en Transcaucasie. »Grand jeu« pétrolier en Transcaucasie. In: Le Monde diplomatique (Paris). 22.10.1997. S. 22ff.

120 Gennadij Kuliev: Geopolitičeskije kollizii Kavkaza. In: Central'naja Azija i Kavkaz. Moskau 1999. S. 267.

Rolle. Die westlichen energetischen Infrastrukturprojekte – die Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan, die europäischen Programme für Transportwege nach Zentralasien – aber auch der Druck auf den russischen Verbündeten Armenien, den man auf die Vorschläge des Westens zur Beilegung des Karabach-Konflikts festzulegen versucht – machen deutlich, dass vor allem die USA den Russen die Initiative im energiereichen kaspischen Raum nicht überlassen wollen.

Nicht anders interpretiert werden muss auch der Plan des langjährigen Präsidenten Aserbaidshans Hajdar Aliew, der 1994 westlichen Ölkonzernen vorschlug, sich an der Ausbeutung der Eröl- und Erdgasvorkommen der kaspischen Region zu beteiligen. Die Spannungen haben hier auch wegen der strategischen Bedeutung der Region als Öl- und Gas-Transitregion weiter zugenommen. Russland ist es zwar gelungen, nach dem russisch-tschetschenischen Waffenstillstandsabkommen von Schasawjurt 1996 die Pipeline Baku-Noworossijsk wiederzueröffnen sowie die Pipeline Nordkasachstan-Noworossijsk 2001 wieder in Betrieb zu nehmen. Aserbaidshan gelang es aber mit Rückendeckung der USA und ihrer großzügigen Finanzunterstützung zu verhindern, dass das aserische Erdöl durch Russland nach Noworossijsk fließt. Ein erster Abschnitt der 2005 fertiggestellten Pipeline Baku-Tiflis-Ceyhan zwischen Baku und dem georgischen Schwarzmeerhafen Supsa wurde schon im April 1999 als Teilstück der BTC eingeweiht. Die Fertigstellung des Pipeline-Projekts Baku-Tiflis-Ceyhan (BTC) demonstrierte die Entschlossenheit Washingtons, die Schwächung des russischen Einflusses im kaspischen Raum zu nutzen, um sich strategische Schlüsselpositionen zu sichern – sowohl im Raum zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer als auch an der Südflanke Russlands, vom Kaukasus bis Zentralasien. Diese Schwächung Russlands wurde vollends deutlich, als nach der Integration der baltischen Staaten in die EU und die NATO in mehreren der neuen unabhängigen Staaten Politiker an die Macht gelangten, die sich strikt gegen die Abhängigkeit von Russland wandten. Präsident Putin stellte im März 2005 in einer Rede in Jerewan fest, dass man die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) 1991 geschaffen hatte, um den früheren Sowjetrepubliken nur »eine gütliche Trennung« zu ermöglichen. Doch in der Folge hat die russische Politik gegenüber den früheren Sowjetrepubliken gezeigt, dass diese Trennung eine Benachteiligung der früheren Partner und eine wirtschaftliche Begünstigung Russlands darstellte. Die neuen Republiken sahen sich nach ihrer Unabhängigkeit gezwungen, russische

Güter mit Devisen zu bezahlen. Diese Devisenpflicht traf sie besonders hart bei den Rohstoffen – vor allem Öl und Erdgas, deren wichtigste Vorkommen in der Russischen Föderation lagen.

Da die neuen unabhängigen Staaten sich in die weltweiten Handelsbeziehungen einfädeln wollten, während sie zugleich die wirtschaftlichen Vorteile ihrer früheren Bindung zu Russland einbüßten, hatten sie es eilig, nach Ersatzlösungen jenseits der ehemaligen UdSSR zu suchen.

Russland hingegen entwickelte unter Präsident Jelzin eine ambivalente Strategie: Man bot die Lieferung von fossilen Brennstoffen zu Preisen weit unterhalb des Weltmarktniveaus, wollte sich damit aber auch die Kontrolle der strategisch wichtigen Wirtschaftssektoren der Nachbarstaaten erkaufen. Das aber schürte berechtigte Ängste innerhalb der GUS, die immer eine schwache Organisation geblieben und im Übrigen nie über das Stadium frommer Wünsche hinausgekommen ist. Dies wiederum lieferte den USA ein zentrales Argument, als sie 1999 die Gründung des GUAM-Bündnisses betrieben, dem die aufsässigen GUS-Mitgliedsstaaten Georgien, Ukraine, Aserbaidshan und Moldawien sowie von 1999 bis 2005 auch Usbekistan beitraten.

Paradoxerweise trug die tiefe russische Finanzkrise von 1999 dazu bei, dass Russlands Volkswirtschaft zu wachsen begann. Sie profitierte dabei nicht nur von einem die nationale Industrie begünstigenden und Importe aus dem Westen verteuernenden Wechselkurs, sondern auch vom selbstbewussten Auftreten des Zentralstaates gegenüber den Regionen wie gegenüber den Oligarchen und in der Folge von den weltweit steigenden Mineralölpreisen.

Dem Energiesektor kam unter diesen Bedingungen die Rolle zu, Retter in höchster Not einer Wirtschaft zu werden, die bald Opfer eines Kollapses geworden wäre. Für Moskau wurde der Energiesektor zu wichtig, als dass man ihn allein den Kräften des freien Marktes überlassen durfte. Dies hat Präsident Putin besonders deutlich in dem seit Juni 2003 schwelenden Konflikt zwischen dem Kreml und dem Ölmagnaten Chodorkowski demonstriert. Der Ausgang dieses Konflikts hat wesentlich darüber mitentschieden, wer Russland im kommenden Jahrzehnt regieren wird. Wladimir Putin hat die Initiative ergriffen, denn zugleich stand die Privatisierung staatlicher Monopolunternehmen bevor – unter anderem und vor allem von Gazprom -, zum anderen liefen ausländische – vor allem US-amerikanische – Großinvestitionen in strategischen Sektoren – vor allem im Energiesektor – an. Putin hat nicht zugelassen, dass die Olig-

archen ihre ökonomischen Machtpositionen weiter ausbauen und allein entscheiden, zu welchen Bedingungen die multinationalen Konzerne in Russland Fuß fassen. Der Energiegigant Gazprom – eine russische Kreation Putinscher Prägung – ist seitdem zur Inkarnation global führender Energiemacht geworden.

Gazprom ist das mächtigste russische Unternehmen. Neben seinem Monopol in der Gasindustrie erstrecken sich seine Aktivitäten auf die Bereiche Chemie und Erdöl (Gesellschaft Sibur), Metallindustrie (Gesellschaft Gazmetall), Bankwesen (Gazprombank) und Medien (namentlich der Fernsehsender NTV). Der geschätzte Marktwert von Gazprom beläuft sich auf 300 Milliarden Dollar. Er besitzt ein Pipelinennetz allein in Russland von 465 000 Kilometern Länge, Kraftwerke, Versicherungsgesellschaften, Fluglinien, bewaffnete Sicherheitsdienste u. v. a. m. Gazprom unterhält enge Beziehungen zur staatlichen russischen Ölgesellschaft Rosneft und zu deren Großgläubiger Meshprombank, die lange Zeit von Putin-Freund Sergej Putaschow geleitet wurde. Obwohl Gazprom teilweise Eigenschaften eines Staatsbetriebes besitzt, folgt der Konzern eher einer Logik kurzfristigen Eigenprofits: Er führt wenig an den Staat ab und investiert kaum.

Gazprom kommt die Aufgabe zu, langfristig die russischen Energiereserven zu sichern und sich zugleich möglichst an der gesamten Vermarktungskette zu beteiligen, also auch am internationalen – nicht zuletzt auch am europäischen – Verteilungsnetz, mit dem sich die höchsten Profite erzielen lassen. In den Führungsetagen von Gazprom ist man davon überzeugt, dass die GUS-Staaten, je weiter ihre ökonomische Entwicklung voranschreitet, desto weniger auf die Zusammenarbeit – vor allem im Energiesektor – mit Russland verzichten können. Tatsächlich hat es Moskau gar nicht nötig, diese Staaten zur Wahl zwischen Russland und dem Westen zu zwingen. Russische Energie ist doch bei vielen Abnehmern in der Welt so begehrt. Unter anderem bei einer Wirtschaftsmacht wie China, die gewillt ist, teures Geld zu bezahlen, um seine Energieversorgung für die Zukunft zu sichern. Im Übrigen gehen westliche Energieexperten davon aus, dass Russland seinen Rückstand beim technischen know how schon bald aufgeholt haben wird. Dann wird es die europäischen und US-amerikanischen Firmen nur noch als Subunternehmen brauchen, und der gesamte Öl- und Gassektor kann in ausschließlich russischen Händen bleiben.

Im Unterschied zu den deprimierenden 1990er Chaosjahren gilt Russland im neuen Jahrhundert als gestärkt. Die Auslandsschulden konnten inzwischen beglichen werden. Das Land ist nicht mehr auf westliche Finanzhilfe angewiesen, der Außenhandel boomt, die anhaltend hohen Öl- und Gaspreise bescheren seit Jahren beträchtliche Haushaltsüberschüsse. Nach Wladimir Putin betrug die Fondsanlagen im Jahr 1999 60 Milliarden Dollar, im Jahr 2007 bereits eine Billion 330 Milliarden US-Dollar.¹²¹

Die weltweite Finanzkrise hat seitdem auch Russland in Mitleidenschaft gezogen, doch die vollzogene Sanierung seiner Finanzen seit 1999 nicht in Frage stellen können. In Expertenkreisen wird von einem pauschalen Verlust von ca. 70 Milliarden Dollar gesprochen, der hauptsächlich aus dem Preissturz des Öls auf dem Weltmarkt resultiert.

3. Die russische Formel »Partner und Konkurrent des Westens«

Ermutigt durch das wirtschaftliche Wachstum und im Wissen um den noch vorhandenen Rückstand gegenüber der westlichen Welt, reflektiert Russland im neuen Jahrhundert nicht mehr auf eine Integration in die westliche Gemeinschaft. Es versteht sich als Partner und zugleich als Konkurrent des Westens. Der Kern der Formel »Partner und Konkurrent« besteht einerseits in der Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme und andererseits in der Bekämpfung des westlichen Einflusses sowohl innerhalb Russlands als auch in dem Raum, den Russland als seine Einflussphäre ansieht. Aus russischer Sicht gibt es existentielle Gründe, die eine Anbindung des Landes allein als Partner des Westens unmöglich machen. Erstens ist die russische politische Klasse nicht bereit, die Hegemonie der Vereinigten Staaten von Amerika zu akzeptieren, die Russland weiterhin nur die Rolle des Juniorpartners zugestehen würden. Wladimir Putin unterstrich dies unmissverständlich auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007, indem er den Begriff »monopolare Welt« aus seiner Sicht erläuterte: »Wie dieser Begriff auch immer ausgeschmückt werden mag – im Endeffekt bedeutet er in der Praxis nur eins: Ein Zentrum der Macht, ein Zentrum der Kraft und ein Zentrum der Beschlussfassung. Das ist die Welt eines Herrschers, eines Souveräns

121 Wladimir Putin: Entwicklungsstrategie Russlands bis zum Jahre 2020. S. 11.

... Ich glaube, dass das monopolare Modell für die heutige Welt nicht nur unannehmbar, sondern überhaupt unmöglich ist.¹²²

Russland will andererseits auf dem postsowjetischen Territorium dominieren – und nach russischer Auffassung ist das nur natürlich – wenn man berücksichtigt, dass dieser Einfluss zu seinem historisch gewachsenen Selbstverständnis gehört.

Russland betont auch den Faktor des Territoriums, der Macht und der Souveränität und verwirft das europäische Integrationsprojekt. Es betrachtet die Bewegung einiger neuer unabhängiger Staaten in Richtung auf Europa und NATO als antirussische Herausforderung. Mit dem Verweis auf Russlands Machtpotenziale – Raum, Ressourcen (vor allem Erdöl und Erdgas) und Raketen – träumen manche in Russland vom Wiederaufstehen des Imperiums, zumindest von einem engen Bündnis der GUS-Staaten unter russischer Vorherrschaft. Von beinahe schwärmerischen Vorstellungen, die an Gorbatschows Wunsch nach einem Gemeinsamen Haus Europa erinnern, ist heute in Moskau nichts mehr zu hören. Russlands Platz wird irgendwo zwischen Regionalmacht und Weltmacht verortet. Man spricht sich für eine multipolare Außenpolitik aus, die Russlands Handlungsfreiheit in allen Richtungen ermögliche, lehnt jedoch ein Aufgehen in europäischen Strukturen strikt ab. Russland solle eine unabhängige Rolle in der Weltpolitik spielen. Es solle zwar in globalen Vertragssystemen wie den Vereinten Nationen (UNO), G-8 und dementsprechend in der Welthandelsorganisation (WTO) und OECD agieren, sich jedoch nicht gänzlich in übergeordnete Regime wie NATO und Europäische Union integrieren, sondern seine Souveränität bewahren. Russland solle mit den anderen Weltmächten auf gleichberechtigter Basis verkehren und sich an seinem eigenen Nutzen und am Prinzip des Mächtegleichgewichts orientieren.

Die alternative Vorstellung von einer europäischen Orientierung Russlands wird dagegen nur von einer kleinen Zahl russischer Analysten geteilt. Man sollte sich im Westen über zwei Dinge im Klaren sein: Erstens darf man Russland nicht im Zerrspiegel alter Ängste und Vorurteile sehen. Und zweitens sollte man sich dessen bewusst werden, dass man es mit einem Land zu tun hat, das sich jeglicher politisch-sozialen Einmischung widersetzt und das sich nur von innen heraus reformie-

¹²² Zitiert nach dem von der russischen Agentur NOVOSTI veröffentlichten vollständigen Wortlaut der Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10.2.2007.

ren wird. Das können eher nur *russische* Politiker leisten, die mindestens zwei Bedingungen erfüllen: Sie dürfen nicht durch eine übermäßige Unterstützung »aus dem Ausland« diskreditiert sein und sie müssen ein eigenständiges nationales Projekt verfolgen. Der überwältigende Sieg der Putin-Partei bei den letzten Duma-Wahlen ist dafür eine endgültige Bestätigung.

4. Russlands Suche nach Verbündeten in Zentralasien

Erst unter Putins Präsidentschaft hat Russland echte Bemühungen unternommen, die unter Präsident Jelzin gegenüber den energiereichen GUS-Staaten betriebene Politik aus einem Gemisch imperialer Drohung, Destabilisierung und Feindseligkeit einer grundlegenden Reform zu unterziehen. Berechtigte Hoffnungen weckte Putin bei seinen Nachbarn, indem er tatsächlich begann, reale Korrekturen in der unter Jelzin üblichen unberechenbaren Haltung Russlands gegenüber diesen Ländern durchzusetzen. Fortan hieß die Maxime Russlands, dass die ehemaligen Sowjetrepubliken natürliche Verbündete im exsowjetischen Raum sind ... Russland muss mit diesen Staaten ohne Ambitionen und auf der Grundlage der Gleichberechtigung zusammenarbeiten¹²⁵

Mit diesem Bekenntnis Putins hatte zugleich eine neue Etappe in der Auseinandersetzung zwischen dem Westen – vor allem den USA und Russland um die Eroberung des kaspischen Raums sowohl in strategischer als auch ökonomisch-energetischer Hinsicht begonnen. Gazprom unterzeichnete im September 2006 mit Turkmenistan einen Vertrag, in dem sich das Land für den Zeitraum von 2007 bis 2009 verpflichtet, vier Fünftel seiner Gasförderung an Russland- zu 100 Dollar pro 1000 Kubikmeter zu verkaufen. Erst fünf Monate zuvor hatte Turkmenistan mit China ein Abkommen unterzeichnet, nach dem Turkmenistan ab 2009 China 30 Jahre lang je 30 Milliarden Kubikmeter Gas liefern und zu diesem Zwecke eine 2000 Kilometer lange Gasleitung nach China bauen wird. Damit war klar, was Gazprom bewogen hatte, Turkmenistan ein günstiges Preisangebot zu offerieren. Präsident Putin unterzeichnete am 12. Mai 2007 mit Kasachstan und Turkmenistan einen Vertrag über den Bau einer Gaspipeline von Turkmenistan nach Russland, nachdem er am 15. März

125 Wladimir Putin im NTV, Moskau 15.12.1999.

2007 ein Abkommen mit Bulgarien und Griechenland – beide NATO – und EU-Staaten – abgeschlossen hatte über den Bau einer Ölpipeline von der bulgarischen Hafenstadt Burgas nach Alexandropolis (BAP). Diese ist eine ernstzunehmende Konkurrenz für die bereits funktionierende Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline (BTC) auf europäischem EU-Gebiet.

Mit dem Bau einer Pipeline vom bulgarischen Burgas am Schwarzen Meer zum griechischen Ägäishafen Alexandropolis geht auch ein Traum in Erfüllung, den die Zaren Russlands ebenso wie die sowjetischen Führer über mehr als zwei Jahrhunderte geträumt hatten. Die Meerengen des Bosphorus und der Dardanellen kommen zwar nicht, wie einst erträumt, unter russische Kontrolle, dafür kann man sie nun umgehen. Die 280 Kilometer lange Pipeline, für die eine Bauzeit von 18 Monaten angenommen wird, zieht sich in einem weiten Bogen um den türkischen Teil Thrakiens herum. Dabei beginnt sie in einem Hafen unweit der bulgarisch-türkischen Grenze und endet in einem Hafen genau an der griechisch-türkischen Grenze. Dass das Ganze vor allem eine auf die Türkei bezogene Bypass-Operation ist, ist schon von der Geografie her eindeutig. Es mag auch eine kleine Revanche für die Bypass-Operation sein, die die Türkei mit Hilfe der USA und Großbritanniens mit dem Bau der Pipeline von Baku am Kaspischen Meer über die georgische Hauptstadt Tbilissi und quer durch die Türkei zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan gegen Russland – und auch Armenien – unternommen hat. Danach hätte die Türkei auch noch gern die russischen Erdölexporte aus Noworossijsk über eigenes Gebiet geleitet. Vom Schwarzmeerhafen Noworossijsk aus wird bekanntlich vor allem Öl aus Kasachstan auf Tanker verladen. Diese fahren dann durch den Bosphorus und die Dardanellen an der Türkei vorbei ins Mittelmeer. Die Türkei darf nämlich den Bosphorus nur für Kriegsschiffe sperren!

Wie ersichtlich, fließt heute aserbaidshanisches Öl durch die 1740 Kilometer langen Rohre der BTC, und auch Gas gelangt durch die Gasleitung Baku-Tiflis-Erzurum (BTE) in die Türkei. Die Schlagader des westlichen Einflusses auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR hat zu funktionieren begonnen, wenn auch der russischen Konkurrenz Gleichgewichtiges im westlichen Einflussgebiet gelungen ist. Und das hat Folgen: Durch die Inbetriebnahme der BTE-Gaspipeline ist seit 2007 der Westen nicht mehr *total* von russischen Gaslieferungen abhängig. So haben die drastischen Preissteigerungen, die Russland Tiflis aufzwang – innerhalb von zwei Jahren stieg der Preis von 55 auf 230 Dollar je 1000 Kubikmeter

Gas – der georgischen Wirtschaft nicht so sehr geschadet, wie Russland gehofft hatte, denn Georgien hat reichliche Einnahmen erzielt durch den Gastransfer über sein Territorium in Richtung Ost nach Westen. Es darf auch nicht übersehen werden, dass die Öl- und Gasleitungen aus dem Territorium der früheren UdSSR nach dem Westen den westlichen Öl- und Gaskonzernen die Möglichkeit eröffnen, mit weiteren Projekten ihre Energieversorgung zu diversifizieren und einige GUS-Staaten in ihre politische Einflussosphäre einzubinden.

Zwei Vorhaben des Westens scheinen dabei von vorrangiger Bedeutung zu sein: Erstens das Kasachstan-Caspian-Transportation-System (KCTS), das die Ausbeutung der Ölfelder von Kashagan ermöglichen soll, des weltweit größten Vorkommens, das in den letzten 50 Jahren entdeckt wurde. Ab 2010 sollen die Aktionäre der Betreibergesellschaft, ein Konsortium aus großen westlichen Ölmultis, täglich 1,2 bis 1,5 Millionen Barrel über das Kaspische Meer transportieren. Wegen russischen und iranischen Widerstandes kommt allerdings eine Unterwasserpipeline dafür nicht in Betracht. Stattdessen soll eine Tankerflotte zwischen Kasachstan und Aserbaidschan pendeln, wo das Öl in einem neuen Terminal in die BTC eingespeist werden soll. Deren Kapazität soll sich, dank zusätzlicher Pumpstationen und dem Einsatz von durchlaufbeschleunigenden Mitteln von 1 Million auf 1,8 Millionen Barrel je Tag erhöhen. Die Anteilhaber des geplanten Antreibersystems sind neben Eni aus Italien mit 18,52 % ; Exxon Mobil (USA) mit 18,52 %; Shell, Total, Conocophillips u. a.m. Kazhunay Gas (Kasachstan) mit 8,3 %.

Zweitens spielt das europäische NABUCCO-Projekt in der Konfrontation zwischen Russland und dem Westen im »Great Game« eine kaum zu unterschätzende Rolle, zumal die Meinungen in Europa über die Gestaltung der Energiekooperation mit Russland von Anfang an geteilt sind. Bereits 1995 hatte sich die Europäische Union in einer Stellungnahme der Europäischen Kommission klar positioniert: »Die EU muss sicherstellen, dass sie in den Verhandlungen zur Erschließung der riesigen Ölvorkommen [der transkaukasischen Republiken – Einf. S. L.] eine Schlüsselrolle spielt, ebenso bei der Bestimmung der Pipelinerouten ...«¹²⁴

Aus dem 113. Bergedorfer Gesprächskreis 1998 zur Energie- und Geostrategie im kaspischen Raum war zur Gestaltung der Energiekoope-

124 Commission Communication. Towards a European Union Strategy for Relations with the Transcaucasian Republics. Brüssel 1995. S. 17.

ration mit Russland zu entnehmen: »Wir Europäer haben ein nachhaltiges Interesse an einer Zusammenarbeit mit Russland in diesem Bereich, und ohne Russland werden auch die kaspischen und zentralasiatischen Staaten nicht aus ihrer Isolation herauskommen.«¹²⁵

5. Russlands neues Selbstbewusstsein in seiner Energiepolitik gegenüber Europa

In Deutschland, wohin seine allererste Reise als Staatschef nach Zielen in Kasachstan und China führte, erklärte Dmitri Medwedjew: Russland kehre derzeit nach fast einem Jahrhundert der Isolation und der Selbstisolation in die Weltökonomie zurück. Es bemühe sich, als Staat »kompatibel« mit dem Rest Europas zu werden. Aber Europas gegenwärtige Architektur trage noch den Stempel einer Ideologie der Vergangenheit ..., man müsse die Politik der vollendeten Tatsachen stoppen und einfach eine »Atempause« einlegen, bevor man über so wichtige Angelegenheiten wie Kosovo, NATO- Erweiterung oder Raketenabwehr entscheide. Ansonsten werde »der Preis hoch« sein.¹²⁶

Unmittelbar vor seinem Reiseantritt nach Deutschland hatte Medwedjew auf einem internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg mit einem Seitenblick auf Berlin erklärt: Das heutige System der globalen Regulierungsinstitute – gemeint sind vor allem die Weltbank und der Internationale Währungsfonds – sei den Herausforderungen nicht mehr gewachsen. Während sich andere Länder dem Biotreibstoff gewidmet hätten und damit die weltweite Nahrungskrise verschärfen, liberalisiere Russland seinen Gasmarkt und kurbele die Ölproduktion wieder an ... Russland trage mit seinen Maßnahmen zu einer »Stabilisierung der weltweiten Energiemärkte« bei.¹²⁷

Adressat dieser Zusicherung Medwedjews, dass Russland für die Stabilisierung der weltweiten Energiemärkte – Europa eingeschlossen – Sorge trage, sind all jene in der Welt und insbesondere in Europa, die seinem

¹²⁵ Alexander Rohr. In: 115. Bergedorfer Gesprächskreis: Energie- und Geostrategie im kaspischen Raum. Akteure, Interessen, Konfliktpotentiale vom 27.-28.6.1998 in Baku. Protokoll Nr. 115. S. 25.

¹²⁶ Siehe Detlef D. Pries : Medwedjew und der deutsche Zeigefinger. In: Neues Deutschland vom 7./8.6.2008. S. 8.

¹²⁷ Siehe russische Nachrichtenagentur NOVOSTI. Moskau 9.6.2008.

Land anders lautende Absichten unterstellen. Dies ist auch eine Absage an all jene, die den europäischen Flirt mit Zentralasien gegen Russland betreiben, indem sie den Bau von Gasleitungen unter Umgehung Russlands favorisieren und die EU in eine Sackgasse führen, denn damit allein wird die EU kein neues Gas bekommen. Das Energieproblem zwischen Russland und Europa hat vielerlei Facetten. Das Thema stand auch in Chanty-Mansijsk ganz oben auf der Tagesordnung der Verhandlungen zwischen Russland und der EU im Juni 2008. Zankapfel sind vor allem die Zusatzprotokolle zu der 1994 verabschiedeten Energie-Charta zwischen beiden Partnern, deren Ratifizierung Moskau ablehnt. Denn sie würden das russische Durchleitungsmonopol für Erdöl und Erdgas aus Zentralasien beenden, worauf die EU seit langem drängt.

Die für Zentralasien, den Transkaukasus und andere Regionen der GUS entwickelten Programme der EU leiden unter den Prämissen der Widerspruchsdynamik russisch-europäischer Energiekooperation. Dies gilt sowohl für die von der EU entwickelten TACIS-Programme, die u. a. auf die Verbesserung der Verkehrsstrukturen -Straßennetz, Eisenbahn, Häfen und Flughäfen - und auf eine Diversifizierung der europäischen Energieversorgung vor allem mit Erdöl und Erdgas zielen. Dafür wird ein Transportnetz durch Zentralasien, den Transkaukasus und die Ukraine bis nach Mittel- und Westeuropa entwickelt.

So sehr auch behauptet wird, dass diese Projekte ausschließlich das Ziel verfolgen, die Staaten des Kaukasus und Zentralasiens dem Weltmarkt zu öffnen, wird immer deutlicher, dass das TACIS-Programm auch »Sonderprojekte« umfasst mit deutlich politischem Inhalt, soweit Energiesicherheit als ein politisches Thema aufgefasst werden kann.¹²⁸

In diesem Sinne erscheint das NABUCCO-Projekt der Europäischen Union unter einem spezifischen Blickwinkel suspekt: Die vorgesehene 3300 Kilometer lange riesige Pipeline, die 2025 10 bis 15 Prozent des Gasbedarfs der EU decken soll, läuft letztlich auf eine Isolierung Russlands, Irans und Armeniens hinaus und wird die Scharnierrolle Aserbaidshans, Georgiens und der Türkei bei der Versorgung des Westens mit kaspischer Energie verstärken. Die kaukasischen und zentralasiatischen Gasvorkommen sollen dadurch dem bislang herrschenden exklusiven russischen Zugriff entzogen werden. Des Weiteren soll das Gasleitungsmono-

128 Bruno Cappieters: Westliche Sicherheitspolitik und der Konflikt zwischen Georgien und Abchasien. In: Berichte des BiOst. 12/1999. Köln. S. 12.

nopol Russlands im kaspischen Raum gebrochen sowie Armenien durch Umgehung in der beabsichtigten Linienführung der Pipeline noch mehr isoliert werden. Vom Ausgangspunkt Aserbaidshan soll die Pipeline-trasse, Armenien umgehend, entlang der Türkei, Rumäniens, Bulgariens, Ungarns bis nach Österreich verlaufen.

Fragt man nach den Gründen der bewussten Ausklammerung Armeniens vom NABUCCO-Projekt, so ist für den Westen – vor allem die politische, wirtschaftliche und militärische Kooperation Armeniens mit Russland und dem Iran ein Dorn im Auge. Auch bei der Bewältigung seiner Energieprobleme ist Armenien auf Russland angewiesen. Kürzlich unterzeichneten beide Staaten ein Abkommen, demzufolge die Russische Eisenbahn in den nächsten dreißig Jahren das armenische Schienennetz verwalten und erneuern wird. Sehr beunruhigt zeigen sich Brüssel und Washington überdies angesichts der gutnachbarlichen Beziehungen Armeniens zu Iran. Vom neuen armenischen Präsidenten Serge Sarkisjan wird erwartet, dass er den russland- und iranfreundlichen Kurs seines Vorgängers Kotscharjan fortsetzt.

Der Bau des NABUCCO-Vorhabens soll 2009 starten. Ob das Projekt aber tatsächlich wie geplant realisiert wird, bleibt bislang unsicher. Nur vordergründig nämlich scheint das Projekt vernünftig, da es die Abhängigkeit und damit die politische Erpressbarkeit Europas verringern soll. Wie wichtig das Argument der Sicherstellung der Energielieferungen für die EU ist, hat sich durch den zwischen der Ukraine und Russland Ende 2008/Anfang 2009 entbrannten Streit um die Preise des von Russland gelieferten Gases und die von der Ukraine beanspruchten Transitgebühren bestätigt. Auf den zweiten Blick offenbaren sich freilich auch Nachteile. Der Entscheidende: Bislang leidet NABUCCO an ungenügender Liefergarantie der ins Auge gefassten Exportländer, um die geplante Kapazität der zukünftigen Gasleitung von rund 30 Milliarden Kubikmetern pro Jahr auslasten zu können. Das einzige Land, das sich zur Lieferung von Gas an NABUCCO bereit erklärt hat, ist ausgerechnet der Iran, was die Versuche besonders der USA erklärt, NABUCCO zu Fall zu bringen.

Die mangelnden Exportzusagen für NABUCCO sind kein Zufall: Während Westeuropa NABUCCO plant, hat der russische Riesenkonzern Gazprom bereits gehandelt – mit dem Abschluss von Lieferverträgen mit Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan. Vor allem aber mit dem Bau der so genannten Südtrasse (Southstream) hat NABUCCO sehr prominente Konkurrenz bekommen. Eine russisch-italienische Erdgaspipeline, die

auf dem Grund des Schwarzen Meeres verlaufen und dabei die russische Hafenstadt Noworossijsk mit der bulgarischen Hafenstadt Warna verbinden und danach nach Italien und Österreich verlängert werden soll. Partner des Projektes sind Gazprom und der italienische Energieriese Eni. Kostenpunkt: 10 Milliarden Euro.

Das Gerangel um die Öl- und Gasfelder der Region um das Kaspische Meer hat zusätzlich Härte auch dadurch erlangt, dass Russland unter Präsident Medwedjew eine neue Strategie zu verfolgen gedenkt, nämlich auf Teile der Erlöse aus Energieexporten verzichten zu wollen, was es sich durchaus leisten kann – zugunsten geopolitischer Vorteile. Nachdem sich Russland den größten Teil der kasachischen und turkmenischen Gaslieferungen Anfang des 21. Jahrhunderts bis zum Jahre 2025 zu Spottpreisen gesichert hatte, zeigt es sich nun bereit, ab 2009 an beide Staaten und Usbekistan für die Lieferungen Weltmarktpreise zu zahlen. Ein analoges Angebot von Gazprom liegt auch an Aserbaidshan vor. Moskau bekäme damit kurzfristig gute Karten, politisch verlorenen Boden im Transkaukasus zurück zu gewinnen. Nicht zuletzt würde dadurch das NABUCCO-Pipelineprojekt der EU endgültig überflüssig werden.

Was die Chancen des NABUCCO-Projekts anbelangt, dürften sie auch angesichts der Tatsache in Zweifel gezogen werden, dass dieses Projekt voraussichtlich doppelt so teuer wie geplant werden könnte. Statt mit Investitionen von ursprünglich 4,4 Milliarden Euro rechne das Projekt-Konsortium, dem auch der deutsche Energiekonzern RWE angehört, nun mit 7,9 Milliarden Euro.

Andererseits erlangt die angestrebte Realisierung des NABUCCO-Projekts für Europa zusätzliche Bedeutung besonders auch deshalb, weil die eigenen Energiereserven der Erschöpfung sehr nahe sind. So werden nach Meinung britischer Analysten die britischen Vorräte um das Jahr 2010 den nationalen Bedarf nicht mehr decken können, wodurch das bisherige Exportland Großbritannien selbst zum Erdgas-Nettoimporteur wird.

Auch Norwegens große Gasfelder – wie das Vorkommen »Troll« mit geschätzten 1210 Milliarden Kubikmetern – reichen bei konstanten Fördermengen zwar noch einige Jahrzehnte, können den wachsenden europäischen Bedarf aber bei weitem nicht befriedigen. Mit der größer werdenden Bedeutung des Erdgases, dessen weltweiter Verbrauch sich nach Schätzungen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bis 2030 verdoppeln soll, steigt zwangsläufig bei gleichzeitiger Schrumpfung

der eigenen Reserven die Importabhängigkeit Europas insbesondere von Russland.¹²⁹

Die bisherige globale Verteilung von Erdgasprodukten und Erdgasverbrauch macht immer deutlicher, dass es für die EU zu einer infrastrukturellen Anbindung des kaspischen Raums und des Mittleren Ostens an das europäische Energienetz keine Alternative gibt. NABUCCOs Bedeutung für diese Anbindung ist eminent. Verständlich ist auch das große Interesse Europas, des größten Handelspartners des Irans, für dessen Gasreserven, die die zweitgrößten der Welt sind. Als Transitland für das iranische Erdgas nach Europa bietet sich neben Russland noch die Türkei an. Der Türkei kommt somit bei der Sicherung der Energieversorgung einer erweiterten EU eine wichtige Rolle zu, da vor ihren Grenzen die energiereichsten Gebiete der Welt liegen. Ein türkischer EU-Beitritt könnte dazu beitragen, den Zugang zu diesen Ressourcen und ihre sichere Verbindung mit dem EU-Binnenmarkt zu gewährleisten. Ein möglicher Beitritt der Türkei würde Versorgungsstränge der EU diversifizieren und Russland, dem Mittleren Osten und den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres alternative Exportmöglichkeiten eröffnen.

Eine Annäherung der Standpunkte der EU und Russlands halten Experten allerdings für unwahrscheinlich: Russland sei ein souveräner Staat und lasse sich weder Preise noch Bedingungen für Öl- und Gaslieferungen noch »Lösungen« für innere Probleme vorschreiben. Auch stehe es jenen, – so die explizite russische Deutung, die selbst noch nicht so recht zu einer gesamteuropäischen Identität gefunden hätten, nicht an, Russland ständig auf seine »genetische Tauglichkeit« für Demokratie zu testen. Während die Europäische Union nicht mal eine einheitliche, verpflichtende Energiekonzeption besitzt, hätte Russland in der Energiebranche Europas Tatsachen geschaffen, die in der Amtszeit Wladimir Putins realisiert wurden: Die errungene energiepolitische Macht und Führerschaft Russlands in der Region und die weitgehende Beherrschung der Transitrouten und Exportwege für Energieträger. Die neuen, von Russland initiierten Pipelineprojekte in Zentralasien verfestigen diese Macht zusätzlich. Bisher gelang es der EU und den USA nur, vermittels Aserbaidschans den Südwesten des Kaspischen Meeres durch die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline »anzuzapfen«. Alle sonstigen Projekte des Westens, die einen unmittelbaren Zugang zu den reichen kasachischen

129 Hermann Werle: Die Arterien Europas. In: Junge Welt vom 19.1.2005. S. 10.

und turkmenischen Energieträgern ermöglichen sollten, scheiterten durch die von Russland und China gemeinsam projektierten Pipelineprojekte. Bislang leidet das NABUCCO-Projekt der EU an ungenügender Liefergarantie der ins Auge gefassten Exportländer.

Aus russischer Sicht ist die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union – nicht nur im Bereich der Energiepolitik – nicht zufriedenstellend. Es gebe jedoch eine ganze Reihe von Motiven, die für eine Annäherung der Standpunkte sprächen:

Erstens würden vertiefte Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und der EU Letztere in die Lage versetzen, ihre gegenwärtige transatlantische Orientierung durch eine kontinentale zu ergänzen. Dies würde einen erheblichen Unabhängigkeitsgewinn Europas gegenüber den USA bedeuten.

Zweitens würde für eine zunehmende Orientierung der EU nach Osten auch sprechen, dass russische und europäische Interessen langfristig komplementär sind. Von russischer Seite bestehe eine große Nachfrage nach europäischer Technologie, während es Europa mittel- und langfristig schwer gelingen würde, seine Energieversorgung ohne russische Vorräte sicherzustellen.

Drittens unterscheidet sich Europas eigene Interessenlage in wichtigen Punkten von der US-amerikanischen. Seiner eigenen geopolitischen Lage nach kann Europa sowohl atlantische als auch eurasische Kooperationen eingehen. Seinen eigenen Interessen am nächsten käme eine Politik, die sich sowohl nach Westen als auch nach Osten orientiert. Eine derartige Orientierung der EU versuchen die USA nicht zuletzt durch einen möglichen neuen Kalten Krieg zu verhindern – unter Instrumentalisierung der osteuropäischen EU-Staaten. *Viertens* verfügt nur die »alte Welt« als unabdingbarer Partner der USA über die Möglichkeit, den amerikanischen Plänen der Weltherrschaft die Unterstützung zu entziehen und diese zur Vernunft zu zwingen. Und Europa kann und sollte dies im Interesse der Zivilisation auch tun.

In Russland ist man sich dessen bewusst, dass bestehende Konfliktpunkte zwischen Russland und der Europäischen Union einer Annäherung der Standpunkte bislang zuwiderlaufen. Hier die wichtigsten:

Erstens bleibt die Zukunft des Kosovo zwischen der EU und Russland umstritten. Russland lehnt die Umgestaltung der UN-Verwaltung für Kosovo (UNMIK) kategorisch ab. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat sich

dafür ausgesprochen, die EU-Mission EULEX unter dem UNMIK-Schirm agieren zu lassen, was Moskau jedoch ablehnt.

Zweitens hatte Russland im Dezember 2007 als Reaktion auf die US-Raketenabwehrpläne in Europa den Vertrag über die Begrenzung der konventionellen Rüstung in Europa gekündigt. Moskau sieht seine Sicherheit durch das Vorhaben der USA bedroht. Auch eine mögliche NATO-Osterweiterung um die Ukraine und Georgien wird von Russland strikt abgelehnt.

Drittens sollte nach erheblichen Verzögerungen ab 4. Juli 2008 zwischen der EU und Russland über ein neues Partnerschaftsabkommen verhandelt werden. Litauen und Polen, die dies über Jahre blockiert hatten, gaben im Februar 2008 den Weg für Gespräche frei. In der Europäischen Union sind die Meinungen geteilt, wie eng die Bindungen zu Moskau geknüpft werden sollen. Insbesondere die osteuropäischen Staaten wollen Distanz halten.

Viertens wird russischen Energiekonzernen im Westen vorgehalten, immer wieder am Öl- oder Gashahn gedreht zu haben. Die Europäer wollen daher im Partnerschaftsabkommen eine staatliche Lieferverpflichtung Russlands fixieren. Russland möchte hingegen Garantien für Investitionsfreiheit im Westen erreichen.

Russland hat in der Amtszeit Wladimir Putins in der Energiebranche Europas Tatsachen geschaffen, die von der Ernsthaftigkeit der russischen Anstrengungen zeugen, mit Europa normale Kooperationswege zu suchen. Dies wollen wir am Beispiel der Balkanstaaten und Deutschlands illustrieren.

Bekanntlich war nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion der Einfluss Russlands auf dem Balkan kaum noch messbar gewesen. Unter Putins Präsidentschaft wurde dies anders. Putin begründete seine politische und wirtschaftliche Offensive in diesem früheren Einflussgebiet damit, dass der Balkan und die Schwarzmeerregion immer ein Gebiet von besonderem Interesse für Russland gewesen ist, mit stets besonders guten Beziehungen. Russland kehre mit seinen nun gewachsenen Möglichkeiten in die Region zurück, kündigte er Ende 2007 in Zagreb und in Istanbul an. Schließlich sei Russland mit der Lieferung von 75 Milliarden Kubikmetern Gas im Jahre 2006 zum wichtigsten Energielieferanten Südosteuropas aufgestiegen. Das entspricht schon der Hälfte aller

Gaslieferungen an die EU im gleichen Jahr. Diese Vormachtstellung wird minutiös ausgebaut.¹⁵⁰

In Kroatien hat der russische Konzern Lukoil von der ungarischen MOL deren Anteil an dem staatlich beherrschten kroatischen Energiegiganten übernommen. Russland hilft Kroatien bei der Errichtung eines unterirdischen Gasreservoirs für 2 Milliarden Kubikmeter.

In Bosnien-Herzegowina hat die russische Firma Neftgazinkor Anfang Februar 2007 im serbischen Landesteil die staatliche Ölindustrie übernommen.

In dem kleinen Adriastaat Montenegro haben russische Investoren bereits so weit Fuß gefasst, dass westliche Länder vor einer »russischen Kolonie« warnen.

Vor allem das Balkan-Kernland Serbien soll für Russland ein Dreh- und Angelpunkt werden. Bei der Privatisierung der maroden Fluggesellschaft JAT und dem staatlichen Energiemonopolisten NIS sollen russische Firmen zum Zuge kommen. Schon bis 2007 hat Lukoil hier und im benachbarten Bulgarien 1,5 Milliarden Euro investiert. In Serbien wird von der russischen Gazprom nicht nur ein riesiges Gaslager (in Bunatski Dvor) an der rumänischen Grenze geplant, sondern auch eine Pipeline (»Blauer Bach«) als Teil der internationalen Verbindung zwischen der Türkei und Österreich mit Kosten von 2,2 Milliarden Dollar.

Wladimir Putin warb in Serbien zuletzt mit den »niedrigen Sprachbarrieren« und einer »gemeinsamen Kultur« bei den slawischen Brüdern. Die Liebe wird durchaus erwidert. Das neue Selbstbewusstsein Russlands auf dem Balkan spiegelt auch das Ringen um die Unabhängigkeit der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo wider, das unter dem Motto stehen könnte: »Russland gegen den Rest der Welt«. Serbien lehnt jede Form von Unabhängigkeit ab und bietet stattdessen eine weitgehende Autonomie an. Die Vetomacht Russland will eine Lösung eher nur mit Unterstützung Belgrads mittragen.

Was Deutschland anbelangt, so ist es gemessen am Warenumsatz, der Haupthandelspartner Russlands und wird es noch so lange bleiben, bis in einigen Jahren voraussichtlich China diesen Platz einnehmen wird.

Deutschland importiert, wie auch die Niederlande und Italien, aus Russland vor allem Erdöl und Erdgas. Bei den russischen Importen nimmt

¹⁵⁰ Russische Nachrichtenagentur NOVOSTI dokumentiert: Öl- und Gaslieferungen ins Ausland. Moskau August 2007.

Deutschland mit deutlichem Abstand zu allen anderen europäischen und außereuropäischen Ländern den ersten Platz ein und ist Russlands Hauptlieferant von Investitionsgütern. Für Deutschland, das vor allem mit den EU-Ländern wirtschaftlich verflochten ist, rangiert Russland bei den Einfuhren (Stand 1.Halbjahr 2005) an 10. und bei den Ausfuhren an 14.Stelle. Deutschland, das 97 Prozent seines Erdölverbrauches und über 80 Prozent seines verbrauchten Gases importiert, hat in Russland einen verlässlichen Großlieferanten gefunden. Aus Russland stammen rund ein Drittel der deutschen Erdöleinfuhren und 42 Prozent der Gasimporte.

Für Europa, dessen Erdölverbrauch bis 2025 noch um ein Drittel zunehmen wird, dürfte Russland ein zuverlässiger Lieferant im bisherigen Umfang bleiben, wobei zusätzliche Erdölimporte vorwiegend aus dem Nahen Osten, aus Afrika und aus dem kaspischen Raum zu erwarten sind. Da der deutsche Erdölbedarf künftig abnehmen dürfte, wird bei gleich bleibenden Lieferungen der Anteil Russlands am deutschen Erdölimport auf rund 40 Prozent ansteigen. Die deutschen Erdgasimporte werden bis 2025 um rund zwei Drittel auf rund 60 Milliarden Kubikmeter ansteigen. Sie werden dann ab 2020 einen Anteil von 55 bis 60 Prozent der gesamten deutschen Erdgasimporte ausmachen.¹⁵¹

Ob die aus Russland nach Deutschland fließende große Menge an Erdöl und Erdgas als zu hoch angesehen wird, hängt nicht zuletzt von der Bewertung Russlands als politisch verlässlichen Partners ab. Weil die Gasexporte nach Deutschland ein Viertel aller russischen Erdgasexporte nach Europa ausmachen, ist offensichtlich die Abhängigkeit allenfalls gegenseitiger Natur. Eine einseitige Abhängigkeit und damit eine potenzielle Bedrohung der deutschen Energiesicherheit ist somit nicht gegeben. Die geplante Nordeuropäische Gaspipeline (NEGP) – auch als »Ostseepipeline« bekannt – dürfte einen wichtigen Beitrag zur deutschen Energiesicherheit leisten

Im Prinzip dürfte das deutsche Sicherheitsproblem in der Energieversorgung ähnliche Schnittmengen auch für die Europäische Union offenbaren: Die Energieabhängigkeit der EU ist zwischen 1997 und 2006 von 45 Prozent auf 54 Prozent angewachsen. Dabei ist die europäische Energieproduktion seit 1997 um 9 Prozent zurückgegangen und der gesamte Primärenergieverbrauch im selben Zeitraum kontinuierlich angestiegen.

151 BP Statistical Review of World Energy, Oil and Gas Journal. London/Washington 2005, 2006, 2007. World Resources Institute (WRI) Annual Report. Washington D.C. 2006, 2007.

Das hatte zur Folge, dass die Nettoimporte an Energie innerhalb von zehn Jahren um 29 Prozent zugenommen haben.¹³²

Was steckt hinter diesen Zahlen?

Erstens produziert die EU immer weniger fossile Energie. 1960 war die Kohle noch der wichtigste Energieträger, heute ist sie auf die dritte Stelle hinter dem Erdöl und dem Erdgas zurückgefallen. Und laufend werden weitere Kohlebergwerke geschlossen.

Zweitens bindet sich die EU angesichts der unaufhaltsamen Erschöpfung ihrer Ölvorräte, die beim gegenwärtigen Produktionsrhythmus keine 8 Jahre mehr vorhalten werden, immer enger an ihre Lieferanten: Russland, den Nahen Osten, Algerien und Norwegen.

Auch die Förderung von europäischem Erdgas geht seit 1996 zurück, während der Verbrauch in den letzten 15 Jahren stark angestiegen ist. Im Jahr 2007 verbrauchten die Länder der EU zweieinhalbmal so viel Gas, wie sie produzierten.¹³³

Dieser rasante Anstieg hängt zum Teil mit der Verwendung von Erdgas zur Stromerzeugung zusammen. Während in diesem Bereich der Anteil der Kernkraft seit 1990 stagniert und der von Öl und Kohle kontinuierlich sinkt, hat sich der Gasanteil innerhalb von 15 Jahren verdreifacht

Ähnlich wie beim Erdöl stellt sich auch beim Erdgas das Problem der Versorgungssicherheit der EU und ihrer »Erpressbarkeit« durch die Lieferländer. 85,4 Prozent ihrer Gasimporte stammen aus nur drei Ländern, nämlich Russland, Algerien und Norwegen. Transportiert wird das Gas hauptsächlich durch Pipelines. Um gegen konjunkturelle Schwankungen und geopolitische Veränderungen besser gewappnet zu sein, versuchen die EU-Importstaaten, ihre Bezugsquellen stärker zu diversifizieren, indem sie immer öfter auf Flüssiggas setzen, das mit den entsprechenden Tankern über See transportiert werden kann. Durch die Verflüssigung wird das Volumen von Erdgas um das 600-Fache reduziert. Wenn man sich auf den Standpunkt der Energieländer stellt, erkennt man schnell, dass deren »starke Position« gar nicht so stark ist. Die Mehrheit der Länder, die Gas in den EU-Bereich liefern, verkaufen diesen Ländern nahezu ihr gesamtes Exportvolumen. So landen mehr als 80 Prozent des Erdgases, das Russland und Algerien exportieren, in europäischen Terminals,

132 Verbrauch und Förderung fossiler Brennstoffe. In: BP Statistical Review of World Energy. London Juni 2008.

133 Ebenda.

beim norwegischen Gas sind es sogar fast 100 Prozent. Gegenüber diesen Ländern ist die EU damit nahezu in der Position des einzigen Abnehmers (in der Fachliteratur auch »Monoposon« genannt). Hier hat sich eine beiderseitige Abhängigkeit durchgesetzt, der entfliehen zu wollen, die Partner stets versucht sind.

Um diese Situation und die damit verbundenen Risiken zu entschärfen, versuchen einige Energieländer, einerseits ihre Exporte teilweise in andere Länder, wie z.B. China, Indien, Südkorea zu lenken, und andererseits auf dem europäischen Markt einen Teil des Verteilungsnetzes zu übernehmen. Gazprom, der wichtigste Gaslieferant der EU-Länder (ein Viertel des Gesamtbedarfs der EU), will zusammen mit großen europäischen Konzernen Gaspipelines bauen, die ausgerechnet mit Gaspipelines der Mitgliederstaaten der EU konkurrieren werden.

Die Ostseepipeline, die Russland und Deutschland auf einer nördlichen Route durch die Ostsee verbinden und 2010 in Betrieb gehen soll, wird mit Beteiligung deutscher Konzerne wie EON und BASF sowie des niederländischen Fernleitungsbetreibers GaSuni gebaut. An der geplanten Gaspipeline South Stream, die Russland und Südeuropa verbinden soll, ist die italienische Eni beteiligt. Diese Leitung dürfte, wenn sie 2013 in Betrieb geht, zur ernsthaften Konkurrenz für das Leitungsprojekt NABUCCO der EU werden, mit dem turkmenisches und/bzw. iranisches Gas durch die Türkei bis nach Österreich gelangen soll. Auch das NABUCCO-Projekt, das, wie schon erwähnt, russisches Territorium umgehen wird, soll 2013 fertig sein.

In seinem Bestreben, vom reinen Energielieferanten zum Mitsprecher im Verteilungssektor zu werden, will Gazprom offenbar auch auf dem französischen Markt als Konkurrent des Versorgungsriesen GDF-Suez antreten. Dabei soll er auf mittlere Sicht angeblich bis zu 10 Prozent des in Frankreich verbrauchten Erdgases selbst vermarkten.¹⁵⁴

Wenn auf kurze Sicht ein Gas-Kartell der OPEC-Art zwar kaum vorstellbar scheint, weil die Ziele der betreffenden Länder zu unterschiedlich sind, könnte man sich doch mittelfristig einen solchen Zusammenschluss vorstellen. Eine Gas-OPEC könnte doch höhere Preise oder bei großen Konjunkturschwankungen eine reduzierte Förderung durchset-

154 Quand Gazprom impose sa loi. *Alternatives Economiques*. September 2008; Jonathan P. Stein: *The Future of Russia's Gas and Gazprom*. In: Oxford (Institute for Energy Studies) 2005.

zen. Das würde das Aus für eine Liberalisierung des Energiesektors nicht nur in Europa zur unmittelbaren Folge haben.

Bei solchen Aussichten kann es nicht überraschen, wenn Brüssel plant, das Konkurrenzprinzip auch in die Energie-Erzeugerländer zu exportieren. Die EU-eigene Praxis in dieser Hinsicht ist doch unübertroffen: British Petroleum betreibt zusammen mit dem US-Energiegiganten Chevron die Baku-Tiflis-Ceyhan-Ölpipeline, die an Russland vorbei durch Georgien führt, während Deutschland eine Gaspipeline plant, die auf dem Grund der Ostsee unter Umgehung der baltischen Staaten und Polens direkt nach Russland führen soll. Kein Wunder also, dass die Reaktionen auf die Georgienkrise und die Gesprächsbereitschaft zur Entspannung mit Russland in London und Berlin unterschiedlich ausgefallen sind!

6. Russlands Energiepolitik im Dienste seines globalen Machtzuwachses

Das neue russische Führungsteam Putin/Medwedjew ist fest entschlossen, die unter Putins Präsidentschaft in den vorausgegangenen acht Jahren vollzogene Trendwende zum Positiven fortzuführen. In der an ambitionierten Zielsetzungen reichen Entwicklungsstrategie Russlands, die im Februar 2008 angenommen wurde, finden sich neben einem jährlichen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 6,5 Prozent bis 2020, einem Anstieg des monatlichen Durchschnittsverdienstes auf 2900 Rubel (etwa 790 Euro), einer Senkung der Inflation von derzeit 12 Prozent auf 10 Prozent u. a. m. wichtige, die Energiepolitik Russlands betreffende Bestimmungen, denen im Rahmen dieser Studie unser Augenmerk gebührt.¹⁵⁵

Wesentlich ist die Feststellung, dass nicht daran gedacht wird, die Öl- und Gasförderung drosseln zu wollen. Entscheidend ist des Weiteren die strategische Zielsetzung, die Erlöse aus den Rohstoffexporten – vor allem der Energieträger – künftig verstärkt in den Ausbau einer verarbeitenden und »intelligenzintensiven« Industrie zu investieren. Zu den weiteren Vorhaben gehören Steuerentlastungen, von denen insbesondere die Unternehmen der Energiebranche profitieren sollen, die im Gegenzug

¹⁵⁵ Wladimir Putin: Zurück in die Weltarena. Dokumentiert: Entwicklungsstrategie Russlands bis zum Jahre 2020. Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der erweiterten Sitzung des Staatsrates am 8.2.2008. In: Rossijskaja Gazeta. Moskau 9.2.2008.

mehr in die Erschließung schwer zugänglicher Lagerstätten von Erdöl und Erdgas investieren sollen.

Symbolcharakter tragen auch die ersten Auslandsbesuche des neuen russischen Präsidenten nach Kasachstan und China, signalisieren sie doch das Bestreben zur Schaffung günstiger Voraussetzungen im außenpolitischen Umfeld für die Realisierung der neuen Entwicklungsstrategie Russlands. Russland unterstreicht damit das große Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit den ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien, zumal deren Öl- und Gasvorkommen starke US-amerikanische, europäische und chinesische Begehrlichkeiten geweckt haben. Zum anderen unterstreicht Moskau damit gegenüber den USA und der Europäischen Union, dass Russland a u c h ein asiatisches Land ist und dass es der Entwicklung guter Beziehungen zu China große Bedeutung beimisst.

Die geopolitische Symbolik von Medwedjews erstem Auslandsbesuch wird in Brüssel und Washington nicht unbeachtet bleiben, zumal westliche Russland-Kenner schon von einer »stärkeren Westorientierung« des neuen russischen Präsidenten als bei seinem Vorgänger Putin gesprochen hatten. Die für Russland in den ersten Monaten unter Medwedjew stattgefundenen Veranstaltungen von Bedeutung sind vielmehr unübersehbar »asiatisch«: So im Juni 2008 der Russland-EU-Gipfel jenseits des Urals in Chanty-Mansijsk. Im Juli 2008 tagte auf der japanischen Insel Hokkaido der G-8-Gipfel. Darauf folgte das Shanghaier Gipfeltreffen in der tadshikischen Hauptstadt Duschanbe, bei dem auch die Aufnahme der Islamischen Republik Iran in die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) auf der Tagesordnung stand.

Das alles reflektiert die Realitäten der geostrategischen Lage Russlands. Kasachstan ist nebst Armenien der wichtigste Verbündete Russlands unter den damaligen Republiken der UdSSR. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war in Moskau erwartet worden, dass die Ukraine als am weitesten entwickeltes Land nach Russland in den GUS-Staaten die wichtigste Rolle spielen würde. Aber die Ukraine wählte für sich nach der »orangenen Revolution« einen anderen Weg. Mit Hilfe der Europäischen Union und der USA gelangte in Kiew eine antirussisch eingestellte Regierung ans Ruder. Im Ergebnis verlor die Ukraine ihren Einfluss in der GUS-Zone: Um ihre wirtschaftlichen und sonstigen Aussichten steht es nicht gut. Kasachstan hingegen entwickelte sich unterdessen zu einem eurasischen Wirtschaftswunder. Es hat Russland in Bezug auf Le-

bensstandard und viele andere Pro-Kopf-Zahlen überholt. Und mit keinem anderen Land in der GUS hat Moskau gleich enge Verbindungen wie mit Kasachstan. Auch zu China sind die Beziehungen Russlands so eng wie nie zuvor nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. In den letzten 20 Jahren stand China abwechselnd an zweiter und dritter Stelle unter Russlands Wirtschaftspartnern – nach Deutschland und bisweilen Italien. Russland und China finden bei globalen Problemen oft eine gemeinsame Sprache, oder sie stören sich zumindest nicht gegenseitig bei ihren immer mehr wachsenden Aktivitäten in Afrika und Lateinamerika. Dennoch gibt es auch in den Beziehungen zu China Probleme: vor allem deshalb, weil China für Russland in der Rangfolge der Prioritäten ganz vorn steht, nicht aber Russland für China. Das kühl-wohlwollende Verhalten Chinas zu Russland ist nicht zu übersehen und kündigt womöglich von künftigen Problemen zwischen beiden Nachbarn. In seiner Konkurrenz mit der EU um Russlands Gas zeigt sich China freilich als zuverlässiger Partner. So wird der Bau der russischen »Ostsibirisch-Pazifischen Ölpipeline« die erste ihrer Art sein, die in Kooperation mit China entsteht und in Richtung Osten führt. Sie wird Russlands Energieexporte diversifizieren – zusätzlich zu Europa – und China helfen, seinen Energiebedarf besser zu decken. Die Annäherung Chinas und Russlands verändert die Kräftebilanz in Zentralasien. Gerade unter Berücksichtigung dieser Annäherung kann man davon sprechen – so einer der führenden russischen Politologen Wjatscheslaw Tretjotkin – dass die unipolare Pax Americana in die Vergangenheit rückt und die Konturen einer neuen, multipolaren Welt entstehen, die bei weitem natürlicher ist und den Bedürfnissen der ganzen Menschheit entspricht.¹⁵⁶

Nach Meinung des Präsidenten des Russischer Gasverbandes Walerij Jasew wird Europa nicht länger der Exklusivmarkt für russische Energieträger sein. Er legte vor dem Eintreffen Medwedjews in Peking den Europäern nahe, von ihrem hohen Ross herabzusteigen und Russland wie einen gleichberechtigten Partner zu behandeln. Die in Europa herrschende Meinung, Russland könne keinen anderen Absatzmarkt für sein Gas finden, gelte nicht länger, denn in Asien zeichne sich die Entstehung eines gemeinsamen Energiemarktes ab, der China, Indien und Südkorea umfassen werde.¹⁵⁷ Wladimir Putin hat in seiner bemerkenswerten Tour

156 Wjatscheslaw Tretjotkin. In: Sowjetskaja Rossija. Moskau 29.5.2007.

157 Nach Rainer Rupp: China konkurriert mit EU um Russlands Gas. In: Junge Welt vom 24./25.5.2008. S. 5.

d'horizon auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007 seiner Fantasie freien Lauf gelassen und ein Stück Zukunftsvision umrissen: »So ist das Gesamt-BIP [Bruttoinlandsprodukt – Einfügung S. L.] Indiens und Chinas an der paritätischen Kaufkraft gemessen bereits größer als das der Vereinigten Staaten von Amerika. Das nach demselben Prinzip berechnete BIP der BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China ist größer als das Gesamt-BIP der Europäischen Union«. Laut Expertenmeinungen, so Putin weiter, »wird dieser Abstand in der absehbaren historischen Perspektive nur weiter wachsen«. Es bestehe kein Zweifel, dass »das Wirtschaftspotential der neuen globalen Wachstumszentren zwangsläufig in politischen Einfluss umgemünzt und die Multipolarität festigen wird«. ¹⁵⁸

Russlandexperten dürfte nicht entgangen sein, dass in den letzten Jahren das »Shanghai-Bündnis« eine immer stärker wachsende Priorität in der russischen gegenwarts- und zukunftsgerichteten strategischen Rhetorik einnimmt. So schrieb bereits 2005 Professor Sergej Lusjarin vom Moskauer Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen: »Es steht außer Zweifel, dass die SCO [Shanghai Cooperation Organisation – Einfügung S. L.] heute zu einer großen regionalen Vereinigung in Zentralasien wird, die ihren Einfluss auf die benachbarten Regionen Mittelasien (Afghanistan, Iran) und Südasien (Indien, Pakistan) ausübt. Für Russland und China ist das nicht einfach eine regionale Organisation zum Kampf gegen die ›drei Übel‹ (Nationalismus, religiösen Extremismus und Separatismus), sondern auch ein wichtiges geopolitisches Instrument zur Verteidigung ihrer staatlichen Interessen in der Welt. Im breiteren Sinne ist die SCO eine für eine multipolare Welt bestimmte Organisation«. ¹⁵⁹

Zu den wichtigsten Potenzen der SCO gehört ihr wachsendes ökonomisches Gewicht. Die der SCO als Vollmitglieder oder Beobachter angehörenden RICK-Staaten (Russland, Indien, China und Kasachstan), d. h. die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) ohne Brasilien und plus Kasachstan – stellen heute wohl die dynamischste Region der Welt dar. So ist die Wirtschaft Russlands zwischen 2000 und 2006 jährlich (reales BIP in Prozent) um 6,7 %, Indiens um 6,1 %, Chinas um 9,2 % und

158 Wladimir Putin, zitiert nach dem von der russischen Agentur NOVOSTI veröffentlichten vollständigen Wortlaut der Rede des russischen Präsidenten auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10.2.2007.

159 www.analitiba.org/article.php,story=2005_05290_525008. (russ.)

Kasachstans um 10,2 % gewachsen. Die Prognosen für 2006 und 2007 liegen in etwa auf dem gleichen Niveau.¹⁴⁰

Von kaum geringerer Bedeutung sind die gewaltigen Gas- und Ölrreserven in Russland und den zentralasiatischen SCO-Staaten. Was die Gasreserven betrifft, so verfügt Russland mit 27,5 % über den bei weitem größten Anteil an den gesicherten Weltressourcen, gefolgt vom Iran mit 15,9 %. Bei der Erdölförderung belegte Russland 2005 hinter Saudi-Arabien (13,5 %) mit 12,1 % den zweiten Platz in der Welt. In der Rangfolge der Länder mit den größten gesicherten Erdölreserven nahm die Russische Föderation mit 8163 Millionen Tonnen den achten Platz ein.¹⁴¹

Mit dem Besuch von Präsident Putin in Teheran 2007, der zeitgleich zu Konferenzen des Shanghaier Bündnisses wie auch der Anrainer des Kaspischen Meeres stattfand, zeigte Russland, dass es unter Putin auf die Weltbühne zurückgekehrt ist. Ein Novum ohnegleichen in der neueren Weltpolitik der letzten Jahre stellt die historische Tatsache dar, dass die Teilnehmer der Kaspischen Konferenz – Kasachstan, Tadschikistan, Iran, Aserbaidshan und Russland – sich gegenseitig versicherten, keine unabgesprochene Gas- und Öllieferung durch das Kaspische Meer und keine Stationierung fremden Militärs auf ihrem Gebiet zuzulassen, die gegen eines der an der Konferenz beteiligten Länder gerichtet sein würde. Das Shanghaier Bündnis der zentralasiatischen Staaten nahm den Iran demonstrativ als assoziiertes Mitglied in seine Runde auf. Für die politische Welt wurde das als eine rote Karte Wladimir Putins den USA gegenüber bewertet. Präsident George W. Bushs Versuch, sich auf der NATO-Tagung in Bukarest Anfang April 2008 dafür mit der Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO zu revanchieren, scheiterte, sage und schreibe *auch* am Widerstand Frankreichs, Deutschlands, Spaniens, Italiens und weiterer US-NATO-Partner. Das gleiche Szenario wiederholte sich auf der Herbsttagung 2008 der NATO-Außenminister in Brüssel, wo u. a. um die künftige Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens in der Allianz gestritten wurde. Vorerst scheiterten die USA mit dem Versuch, das vereinbarte Verfahren für einen Beitritt zu beschleunigen. Man einigte sich, den nach dem Kaukasuskrieg 2008 ausgesetzten Dialog mit Russland wieder aufzunehmen.

140 OECD economic Outlook 2007. Weltbank und nationale Statistiken.

141 Worldwide Look at Reserves and Production. World Energy Council. New York Dezember 2005.

Dmitri Trenin, der stellvertretende Direktor des Moskauer Carnegie Zentrums, stellte bereits 2006 fest, dass Russland einen Prozess durchmacht, »der als außenpolitische Revolution bezeichnet werden kann. Es hat tatsächlich angefangen, sich als moderne Großmacht zu erneuern. Der äußerste Planet des westlichen Sonnensystems hat seine Umlaufbahn verlassen, um eine neue und unabhängige Flugbahn einzuschlagen.«¹⁴²

Thomas Kunze, der Leiter des Moskauer Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung, betont in einem von dieser Institution am 5. März 2007 veröffentlichten Interview: »Präsident Putin hat deutlich gemacht, dass sein Land gewillt ist, die Position einer Weltmacht zurückzuerlangen. In den 90er Jahren gab es eine Periode der Schwäche. Mittlerweile bemüht sich

Russland um eine neue Standortbestimmung in der globalen Welt. Die Beispiele dafür sind vielfältig: Im Atomstreit mit dem Iran sucht Russland eine Vermittlerrolle. Wladimir Putin setzt neue Akzente in der Nahost-Politik. In Zentralasien wenden sich die 1991 unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken wieder Russland als Schutzmacht zu, und Putin hat die Kontakte zur islamischen Welt wieder neu fundiert. Russland gestaltet die Beziehungen zu den USA und Europa mit einem neuen Selbstbewusstsein, das wir in den 90er Jahren nicht gewohnt waren.«¹⁴³

7. Russland und der Wettlauf um die Energieschätze der Arktis

Seitdem der Klimawandel die Polkappen schmelzen lässt und damit die Arktis-Region zugänglicher wird, tobt hier ein Kampf um die Bodenschätze, obwohl durchaus noch fraglich ist, wieviel förderbare Rohöl- und Gasvorkommen rund um den Nordpol zu finden sind. Als führendes Land in diesem Kampf erweist sich Russland. Die Arktis ist ein von Land umgebenes Meer, also eine Art »Mittelmeer des Nordens«. Im Gegensatz zum geographischen Pol hat der magnetische keine feste Position, weil sich die Magnetfelder der Erde ständig verschieben. Obwohl das Meer zu Eis erstarrt ist, kann man also nur schwer einen Punkt bestimmen, an dem man sich einfach festsetzen könnte.

Der in internationalen Gewässern gelegene Nordpol gehört allen. Und damit niemandem. So jedenfalls regelt es die UN-Seerechtskonvention,

¹⁴² Zitiert nach Willi Gerns: Die Präsidentschaft Putins. Eine Bilanz. In: Marxistische Blätter. Essen 2/2008. S. 35.

¹⁴³ Ebenda.

die allen Meeresgrund außerhalb staatlicher Hoheitsgebiete zum »gemeinsamen Erbe der Menschheit« erklärt. Die 1982 beschlossene und 1994 in Kraft getretene Vereinbarung legt fest, dass die Hoheitsgewässer eines Küstenstaats eine Ausdehnung von maximal 12 Seemeilen (22,2 Kilometer) haben können.¹⁴⁴

An diese küstennahe Hoheitszone schließt sich eine »Ausschließliche Wirtschaftszone« (AWZ) an, in der die unterseeischen Bodenschätze ausgebeutet werden dürfen. Diese erstreckt sich bis 200 Seemeilen (360 Kilometer), gemessen von der Küstenlinie. Die Wirtschaftszone kann allerdings ausgeweitet werden, wenn die äußere Grenze des geologischen Festlandssockels über die 200 Seemeilen hinausreicht.

Am 2. August 2007 führten zwei russische Mini-U-Boote Mir 1 und Mir 2 eine Tauchfahrt unter dem arktischen Packeis durch. Dabei hissten sie am Nordpol, aber 4261 Meter unter der Meeresoberfläche, eine russische Flagge aus unverwüstlichem Titan. Eine Weltpremiere.

Während die Russen ihre Freude nicht verhehlen können, löste ihre Politik der vollendeten Tatsachen in anderen Ländern Verärgerung aus. Der kanadische Außenminister Peter Mac Kay kommentierte ironisch: »Wir sind nicht im 15. Jahrhundert. Man kann heute nicht einfach um die Welt reisen, eine Flagge hissen und sagen: ›Wir haben Anspruch auf dieses Gebiet.«¹⁴⁵

Der Sprecher des US-Außenministeriums Tom Casey drückte sich noch unmissverständlicher aus: »Eine Flagge auf dem Meeresboden zu haben, ist rechtlich ohne jede Bedeutung.«

Sollte Russland aber der Nachweis gelingen, dass der Lomonossow-Rücken eine unterseeische, 2000 Kilometer lange Gebirgskette, die sich bis zum Nordpol zieht und Sibirien mit der kanadischen Ellesmeere-Insel und Grönland verbindet – geologisch zu Russland gehört, könnte es den Meeresboden unter dem Pol ausbeuten. Hier liegt, jenseits des Prestigewerts dieser wissenschaftlichen und technologischen Großtat, das *eigentliche* Ziel, das Russland mit dieser Pionier-Polarexpedition verfolgt.

144 Diese Konvention trat im November 1994 in Kraft, nachdem sie von 60 Staaten ratifiziert worden war. Einer der ersten Unterzeichner war damals die Sowjetunion. Russland ist an die Konvention allerdings erst gebunden, seitdem das russische Parlament (Duma) das neue Seerecht 1997 ratifiziert hat.

145 Peter Mac Kay: am 2.8.2007 auf dem privaten Fernsehsender Canadian Television (CTV).

Unter Berufung auf eine Studie des Forschungsinstituts United States Geological Survey (USGS) aus dem Jahre 2000 wird behauptet, dass etwa 25 Prozent der globalen Vorkommen an fossilen Brennstoffen im Gebiet des nördlichen Polarkreises lagern. Doch diese Schätzung ist mit Vorsicht zu genießen. Schon in der kaspischen Region hatte das USGS ein neues Kuwait vorhergesagt: heute geht man nur noch von einem Achtel der anfangs vermuteten Bodenschätze aus. Was wahrlich nicht gering ist. Auch für die arktische Region gibt es inzwischen genauere geologische Studien. So kommen die Experten von World Mac Kenzie, einem britischen Beraterunternehmen für Energiefragen, zu dem Schluss, dass »vor den Nordpolarmeerküsten Amerikas und Grönlands nur ein Viertel der verschiedentlich prognostizierten Vorkommen vorhanden sind.«¹⁴⁶

Dennoch vermuten die Anrainerstaaten hier ein Eldorado, das jeder von ihnen – Russland, die USA, Kanada, Norwegen, Dänemark, Finnland, Schweden und Island – beanspruchen könnte, sofern er nachweisen kann, dass es sich um die Verlängerung seines eigenen Kontinentalschelfs handelt.

Russland war lange Zeit der einzige Staat, der seine Rechte am Nordpol geltend zu machen suchte. Bereits im Dezember 2001 hatte Russland einen ersten Antrag bei der Festlandsockel-Kommission der UNO gestellt. Diese verlangte zusätzliche Forschungsergebnisse, daher der Einsatz der Mir 1 und Mir 2. Die internationale Gemeinschaft zeigte bislang kein wirtschaftliches Interesse an der gewaltigen Eislandschaft. Aber die Gas- und Ölvorräte werden knapper, und auch die Erderwärmung spielt eine wesentliche Rolle.

So unterschiedlich die Aussagen über die fossilen Energieträger der Arktis auch sein mögen, in einem sind sich die Forscher einig. Das Eis der Arktis schmilzt, die Polregion wird also zugänglicher. Nach einer 2004 veröffentlichten Studie des Arctic Climate Impact Assessment (ACIA) sind in den letzten 30 Jahren 988 000 Quadratkilometer Packeis abgebaut worden, eine Fläche von der doppelten Ausdehnung Frankreichs.¹⁴⁷

Das Schmelzen des Packeises könnte die Vorkommen an Erdöl und Mineralien – Diamanten, Gold, Silber, Blei, Kupfer, Zink – zeitnah erschließ-

146 Zitiert nach »Neue Zürcher Zeitung« vom 5.9.2007, S. 29. Die Studie kommt im übrigen zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der fossilen Ressourcen in der Arktis aus Erdgas besteht, das viel schwerer auf den Markt zu bringen ist. Zu weiteren Details siehe: www.worldmac-research.com/cgi-bin/corp/portal/corp/corpPressDetail.jsp?oid=751298

147 <http://amap.no/acia>.

bar machen. Ein gigantisches Potenzial schlummert möglicherweise in den Tiefen des Meeres. Nach ersten Ergebnissen der internationalen Arctic Coring Expedition (Acex, unter Beteiligung von 16 europäischen Ländern, den USA und Japan) von 2004 herrschte in der Nordpolarregion vor 55 Millionen Jahren ein subtropisches Klima.

Verlockend an diesen Schätzen ist nicht zuletzt die Tatsache, dass sie in einer geopolitisch viel stabileren Region lagern, als es der Nahe Osten oder Zentralasien sind.

Die Arktis könnte es möglich machen, die Energiesicherheit der Anrainerstaaten zu garantieren und die steigende Nachfrage von Schwellenländern wie China und Indien zu bedienen. Sicher wird es nicht so einfach werden mit der friedlichen Koexistenz der Anrainerstaaten, wenn die Ausbeute des Erdöls in der Arktis beginnen sollte.

Russland versucht für die bevorstehende harte Auseinandersetzung um die Rechte zur Ausbeutung der riesigen arktischen Energiereserven die notwendigen rechtlichen und strategischen Voraussetzungen zu schaffen. So hat der Sicherheitsrat der Russischen Föderation im September 2008 in Moskau »über den Schutz der nationalen Interessen in der Arktis« beraten und die »Grundlagen der staatlichen Politik der Russischen Föderation in der Arktis für den Zeitraum bis 2020 und die weitere Perspektive« beschlossen.

Das von Russland beanspruchte Gebiet ist etwa 1,2 Millionen Quadratkilometer groß und bildet ein flaches Dreieck mit den Eckpunkten Murmansk, Tschuktschen-Halbinsel und Nordpol. In diesen Gewässern lagern angeblich mehr als 10 Milliarden Tonnen Brennstoffe, das entspricht dem gesamten Vorkommen im Persischen Golf.¹⁴⁸

Die USA, die 2015 voraussichtlich nur noch 30 Prozent ihres Bedarfs an Erdöl selbst produzieren werden – derzeit sind es noch 40 Prozent – sind ebenfalls dabei, Besitzansprüche auf einem 600 Seemeilen (965 Kilometer) langen Streifen vor der Küste Alaskas anzumelden. Noch steht ihnen dabei ein gewaltiger Eisberg im Weg. Sie sind der UN-Seerechtskonvention nicht beigetreten, was aber die Voraussetzung ist, um territoriale Ansprüche in der Polarregion durchzusetzen. Die Bush-Administration hat es versäumt, eine rasche Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens zu gewährleisten. Unterdessen erkundet eine US-amerikanisch-

148 Dominique Kepp: Kalter Krieg unter dem Packeis. In: *Le Monde diplomatique*. Berlin September 2007. S. 15.

norwegische Expedition den Gukkel-Rücken, einen rund 1800 Kilometer langen und bis zu 3000 Meter breiten unterirdischen Gebirgszug, der zwischen Sibirien und Grönland liegt. Am 12. August 2007 schickte Dänemark seinerseits ein Forscherteam auf den Weg, das den Nachweis erbringen soll, dass der Lomonossow-Rücken eine Verlängerung von Grönland darstellt.

Im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung spielt die erwartete Öffnung neuer Verkehrswege in der Arktis eine wichtige Rolle. Die freie Nordwestpassage entlang der kanadischen Küste würde die Schiffroute zwischen Europa und Japan um ca. 7000 Kilometer und die zwischen der Ostküste der USA und China um 8000 Kilometer verkürzen. Um die Nordwestpassage gibt es jedoch bereits allerhand Streit. So streiten sich Kanada und Dänemark seit über 30 Jahren um eine 100 Meter breite Insel am Eingang zur Nordwestpassage. Norwegen und Russland streiten sich über den Grenzverlauf in der Barentssee, und Russland erkennt das amerikanisch-sowjetische Abkommen von 1990 über die Abgrenzung in der Beringstraße nicht an.

Die Europäische Union und vor allem die USA bestreiten die kanadischen Hoheitsrechte an diesem Seeweg. Washington betrachtet den Kanal, der sich zwischen den kanadischen Inseln hindurchschlängelt und den Atlantischen Ozean mit dem Pazifik verbindet, als frei befahrbare internationale Wasserstraße. Kanada hingegen sieht ihn als Teil seiner Binnengewässer und beharrt auf seinen Hoheitsrechten auch im Hinblick auf ökologische Probleme, etwa bei Tankerunfällen.

Inzwischen bauen China, Japan und Südkorea, deren Küsten nicht unbedingt von Packeis bedroht sind, Schiffe mit verstärktem Bug, die für die Fahrt durchs Eismeer gewappnet sind. Der Frachtverkehr in der Arktis wird nach Prognosen von 3 Millionen Tonnen im Jahr 2005 bis 2015 auf 14 Millionen Tonnen ansteigen.¹⁴⁹

Auch die Arctic Research Commission der USA geht davon aus, dass die Gewässer entlang der kanadischen Küste im Sommer 2050 praktisch eisfrei sein könnten; Pessimisten rechnen damit sogar schon ab 2030.¹⁵⁰

Heute ist die Ausbeutung der Ressourcen in der Arktis das große Thema, morgen wird ein noch viel größeres Thema die Ausbeutung des Weltraums sein. Die Erforschung oder besser die Kolonisierung des Welt-

149 Siehe Claude Comtois und Caroline Denis: *Le Potentiel de trafic maritime dans l'Arctic canadien*. Montréal 2006.

150 www.arctic.gov/publications.htm.

raums könnte sowohl von einer Raumstation als auch von einer Mondbasis aus beginnen. Auch im Weltraum geht es nicht nur um Grundlagenforschung oder um die Hoffnung, eines Tages auf die Spuren des Marsmenschen zu treffen. In den Schubladen der Raumfahrtbehörden liegen bereits Projekte, die Rohstoffvorkommen auf fernen Planeten im Auge haben. Zum Beispiel Helium 3, den möglichen Superbrennstoff der Zukunft, Uran auf dem Mars, Wasser auf dem Mond oder auch Gold von den Asteroiden.

Was die Arktis anbelangt, so hat die Untersuchung des geologischen Materials, das Anfang August 2007 bei den spektakulären Tauchgängen am Pol in mehr als 4000 Meter Tiefe geborgen wurde, weitgehende Einigkeit bei den Forschern ergeben. Zwei Unterwassergebirge in Polnähe, der Lomonossow- und der Mendelejew-Rücken, sind die direkte Fortsetzung des sibirischen Festlandsockels. Kommt Russland mit seinen Forderungen durch, erweitert sich seine Wirtschaftszone im Nördlichen Eismeer um rund 1,2 Millionen Quadratkilometer. In dem fraglichen Gebiet sollen bis zu 9 Milliarden Tonnen fossiler Brennstoffe lagern. Insgesamt wird in Polnähe rund ein Viertel aller Öl- und Gasvorkommen weltweit vermutet.

Das internationale Polarjahr 2007, das eigentlich die Forschungskooperation fördern sollte, hat das genaue Gegenteil bewirkt: Beinharte Konkurrenz im Nordpolarmeer, wo neben Russland auch Norwegen, Schweden, Finnland, vor allem aber Dänemark und Kanada handfeste eigene Interessen haben. Zankapfel ist der Lomonossow-Rücken, ein bis zu 3000 Meter hohes Unterwassergebirge unter dem Pol, das sich von der Laptev-See vor Sibirien bis in die Nähe von Grönland und der Eismere-Insel erstreckt. Dänemark und Kanada versuchen dabei bereits mit eigenen Expeditionen nachzuweisen, dass der Unterwasser-Höhenzug die Fortsetzung der Erdplatten ist, auf denen ihre Inseln ruhen. Auf Russlands (angeblich?) wasserdichte Beweise reagieren beide mit großer Skepsis.

Russland ist der erste Staat, der versucht, die Grenzen der 1982 verabschiedeten internationalen Seerechtskonvention voll auszureizen. Diese sieht Erweiterungen der 200-Meilen-Wirtschaftszone ausdrücklich vor, wenn die Antragsteller für entsprechende Forderungen die wissenschaftlichen Beweise vorweisen können. Genau daran haperte es bei Russlands erstem Antrag 2001. Und inzwischen wird die Zeit knapp. Nach der Ratifizierung räumt die Konvention den Signatarstaaten zehn Jahre für Forderungen nach Erweiterung ihrer Wirtschaftszonen ein. Russland ratifi-

zierte 1997. Die UNO will eine von Dänemark angeregte Konferenz über den künftigen Status des Nordpols abwarten. Diese war ursprünglich für Ende Mai 2008 in Grönland vorgesehen.

Die Fakten sind inzwischen unwiderruflich! Bereits jetzt stammen 10 Prozent der Öl- und 25 Prozent der Gasproduktion aus arktischen Gebieten. Für die nächsten Jahrzehnte wird ein drastisches Wachstum erwartet.

Die Anrainerstaaten unternehmen gegenwärtig große Anstrengungen, um zu beweisen, wie weit ihr Festlandsockel in die Arktis hineinreicht und welcher potenzielle Anteil der arktischen Reichtümer ihnen zusteht.

Die russische Tauchfahrt zum Nordpol im Sommer 2007 war nur das spektakulärste Bild des Wettlaufs. Russland bereitet die Erschließung von Vorkommen in der Tschuktschensee, in der Karasee, im Petschora-Komi-Gebiet sowie in der Barentssee vor. Allein das Shtockman-Feld in der Barentssee soll reicher an Energievorkommen sein als alle Nordseefelder.

Norwegen hat das Suhvit-Feld in der Norwegischen See erschlossen. Grönland und die Färöer vergeben laufend Untersuchungslizenzen für ihre Gewässer, während Kanada Vorkommen im Mackenzie-Delta erkundet.

Die Bush-Administration kämpfte seit Jahren darum, Vorkommen in Naturschutzgebieten Nordalaskas zu erschließen, um die Abhängigkeit von Lieferungen aus dem Nahen Osten und Venezuela zu vermindern.

Als größte Gefahr für die arktische Umwelt gilt der Austritt von Öl und Gas, die sich mit lokalen Mitteln kaum beherrschen lassen. Für die Entfernung von ausgetretenem Öl auf eisbedeckten Flächen gibt es heute noch keine technische Lösung.

Chinas Einzug in die globale Energie-Arena

1. China als global wichtiger Konsument von Erdöl und Erdgas

China wurde spätestens in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem wichtigen Akteur des globalen Energiegeschäfts. Mit einer jährlichen Wachstumsrate von 7 bis 10 Prozent seit 1990 ist China mit einer Bevölkerung von 1,53 Milliarden Menschen eine Volkswirtschaft von kontinentalem Ausmaß, für die die Bereitstellung ungeheurer Mengen von Rohstoffen eine *conditio sine qua non* darstellt.

China deckt bislang 70 Prozent seines Energiebedarfs mit eigener Kohle.¹⁵¹ Alle sieben bis zehn Tage geht ein neues Kraftwerk ans Netz. Der Staat hält die Energiepreise niedrig, um das Wachstum zu fördern. Dementsprechend sind die meisten Anlagen mit alter, billiger Technologie ausgestattet. Die Folge ist eine starke Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid und Kohlefeinstaub. Außerdem ist neuerlich auch die Motorisierung des Landes in Schwung gekommen. Jedes Jahr wächst die Zahl der neuen Autos auf den Straßen um über 5 Millionen. China musste auf die im Lande erkannte neue energetisch-klimatische Herausforderung eine eigene Antwort suchen. Da China zwar über riesige Kohlevorkommen, aber nicht ausreichende Öl- und Gasvorräte verfügt, ist das Land auf Öl- und Gasimporte von weither angewiesen. Obwohl China zum zweitgrößten Verursacher für den Klimawandel auf der Welt nach den USA aufgestiegen ist, fühlt es sich nicht zur Reduzierung der Treibhausgase verpflichtet. Pro Einwohner berechnet, liegt der Ausstoß nämlich immer noch siebenmal unter dem der Vereinigten Staaten von Amerika. Genau darauf beruft sich China, wie übrigens seine in der Gruppe der 27 zusammengeschlossenen Bundesgenossen aus den Ländern des Südens. Sie fordern ausgleichende Gerechtigkeit im internationalen Klimamanagement. Das Kyoto-Protokoll statuiert in der Tat eine differenzierte

151 Siehe: Großer Sprung im zweiten Anlauf – 30 Jahre Wirtschaftsreformen in China. In: DIW Wochenbericht 51-52/2008. S. 825ff.

Verantwortlichkeit: Um ihr Recht auf Entwicklung wahrzunehmen, sollen die Länder des Südens ihre Treibgas-Emissionen erhöhen dürfen.

Die Energiefrage hätte sich als Engpass auf Chinas steilem Weg erweisen können, weshalb die Führung Chinas der langfristigen Sicherung der Energieversorgung höchste Priorität beimisst. Dabei kommt China notgedrungen dem US-amerikanischen Hegemon zunehmend in die Quere, insbesondere in Südamerika, Afrika, im Mittleren Osten und Zentralasien.

Die in längeren Zeiträumen denkenden Strategen im Pentagon wissen um Chinas ungeheures Wirtschafts-, politisches und auch Militärpotenzial. Deshalb sehen sie vor allem in China neben Russland – eine reale Gefahr für ihre globalen Hegemonialpläne.

Die Chinesen machen sich ihrerseits über die Ziele der USA keine Illusionen, wohlwissend, dass diese rund um die Welt alles daran setzen, die Schlüsselregionen mit der strategisch wichtigen Energieressource zu kontrollieren. Aber anders als die USA ist China vorerst nicht in der Lage und wohl auch nicht willens, seine militärische Macht über die Grenzen des Landes hinaus zu projizieren. Auf viele Jahre hinaus wird China weder im pazifischen Raum und erst recht nicht global eine ernsthafte Herausforderung für das US-Militär darstellen.

Da China, wie gesagt, nicht über ausreichende Öl- und Gasvorräte verfügt, ist es auf Öl- und Gasimporte aus weit entfernten Produzentländern angewiesen, die meist in Kriegsregionen oder konfliktbeladenen Ländern liegen. So in Venezuela in Südamerika, im Sudan in Afrika, im Iran in der Golfregion. Dabei hat sich Chinas Abhängigkeit von Ölimporten in den letzten 10 Jahren dramatisch verschärft. Während 1995 lediglich 7,6 Prozent des Rohöls aus dem Ausland kam, stiegen die Importe 2004 auf 40 Prozent und müssen 2030, so die Prognose der Internationalen Energiebehörde, rund 80 Prozent des chinesischen Rohölbedarfs decken.¹⁵²

Aber nicht nur Energie muss China vermehrt importieren, sondern auch andere Rohstoffe, obwohl viele davon auch in China vorkommen. Aber oftmals liegen eigene Rohstoffe in den unerschlossenen, menschenleeren westchinesischen Wüstengebieten tausende Kilometer von den industriellen Zentren des Landes entfernt, so dass es für China immer noch vorteilhafter ist, Rohstoffe über den Seeweg zu importieren und die

152 International Energy Agency: World Energy Outlook. Paris 2004.

riesigen Infrastrukturkosten für die Erschließung der eigenen Vorkommen zu sparen.

2. Der chinesische Weg zur Lösung des Erdöl- und Erdgasproblems

Aufgrund seines Exportbooms besonders in der Leichtindustrie verfügt China über erhebliche Währungsreserven. China kann es sich deshalb leisten, die Rohstoffe im Ausland zu Weltmarktpreisen zu kaufen. Inzwischen gibt es kaum noch einen Anrainerstaat rund um das pazifische Becken, wo Vertreter der chinesischen Wirtschaft nicht für aufsehenerregende Rohstoffgeschäfte gesorgt hätten, angefangen bei wertvollen Edelhölzern über Erze bis hin zu Öl und Gas. So ist China auf dem Sprung, das US-Vakuum in Lateinamerika zu füllen. Als im Entstehen begriffene Supermacht hat China die Länder der Region als strategische Partner entdeckt, die bei der Deckung seiner dringend benötigten Rohstoffe von Sojabohnen bis Erdöl eine wichtige Rolle spielen. Der Austausch mit Venezuela – als einem der größten Energielieferanten der Welt – im Gegenzug mit chinesischer Technologie funktioniert reibungslos. In Afrika, von wo China 25 Prozent seiner Ölimporte bezieht, hat China inzwischen Handelsabkommen mit 40 Ländern. Chinas Warenaustausch mit dem »vergessenen Kontinent« ist explosionsartig gestiegen. Eine besondere Rolle spielt der Sudan, dem China mit großen Investitionen dazu verholfen hat, aus einem Ölimporteur zu einem Ölexporteur zu werden.

China ist es gelungen, durch einen Milliardenkredit für russisches Öl bei der Diversifizierung seiner Energiequellen und bei der Sicherung des ununterbrochenen Ölzuflusses einen riesigen Schritt nach vorn zu tun. Das größte Energie-Kredit-Abkommen in der russischen Energiegeschichte wurde 2009 nach monatelangen Verhandlungen unterzeichnet. China hat sich dadurch den Zugriff auf insgesamt 300 Millionen Tonnen Öl bis zum Jahre 2030 für einen Rekordkredit von 25 Milliarden Dollar gesichert.¹⁵⁵

Anfang des neuen Jahrhunderts ist ein Mega-Erdgas-Vertrag zwischen China und Iran im Wert von 100 Milliarden US-Dollar zustande gekommen, der durch zusätzliche Gaslieferungen Irans an China von weite-

155 Siehe Milliardenkredit für russisches Öl. In: Neues Deutschland vom 18.2.2009. S. 10.

ren 50 bis 100 Milliarden Dollar ergänzt werden soll. Laut Berichten aus Fachkreisen werde neuerdings zwischen Iran und China über ein Öl-Abkommen ähnlichen Ausmaßes gesprochen. Selbst für die gern in großen Zahlen rechnenden Amerikaner erreicht das chinesisch-iranische Energieabkommen gigantische Dimensionen. Das Gasabkommen zwischen beiden Ländern sieht nämlich jährlich den Export von 10 Millionen Tonnen iranischen Flüssiggases (LNG) vor für die Dauer von 25 Jahren.

Mit diesem ihrem Iran-Energie-Vertrag haben die Chinesen gezeigt, dass sie sich von den US-amerikanischen imperialen Regeln, insbesondere vom so genannten »Iran-Libya Sanctions Act« nicht beeindruckt lassen, wonach die US-Regierung alle ausländischen Unternehmen zu bestrafen droht, die mehr als 20 Millionen Dollar in die Öl- und Gasindustrie Irans investieren. Die chinesischen Investitionen im iranischen Ölgeschäft dürften die 20 Millionen-Dollar-Grenze um ein Vielfaches übersteigen und somit eine direkte Herausforderung an die USA darstellen.

Ausgerechnet in der Region, die nach den ständig wiederholten Erklärungen wechselnder US-Regierungen von »vitaler Bedeutung« für die nationale Sicherheit der USA sei, hat sich China massiv über die Embargopolitik gegen den Iran hinweggesetzt. Zugleich gewinnt Iran durch das Jahrhundertabkommen auch ohne formelle militärische Beistandsverträge in China einen mächtigen Verbündeten. Überdies muss Washington befürchten, dass Regionen anderer Länder, die bislang kein ausreichendes Vertrauen in den Iran hatten oder denen die Lage dort zu unsicher schien, nun dem Beispiel Chinas folgen werden.

Für den Iran scheint sich das Gewicht des China-Abkommens positiv auf seine Beziehungen zu Russland auszuwirken. Russland, das im Jahr 2004 in der iranischen Nuklearfrage zeitweilig die Tendenz erkennen ließ, sich auf die Seite der USA und der EU zu schlagen, will nicht riskieren, im Iran durch China als wichtigster Lieferant von Technologie ersetzt zu werden. Vor diesem Hintergrund wäre es durchaus möglich, dass der russische Gasriese Gazprom seinen Widerstand gegen eine Zusammenarbeit mit der iranischen Energieindustrie fallen lässt. Zumal das Vordringen der USA nach dem 11. September 2001 in den an Öl und Gas reichen zentralasiatischen Raum sowohl von Russland und China als auch vom Iran mit tiefem Misstrauen gegen die US-amerikanische Politik verfolgt wird. Russland und Iran sehen diese Region als ihren ureigenen »Hinterhof« an, in dem China als zuverlässiger Abnehmer und – anders als die USA – nicht als Hegemon auftritt. China wiederum sieht

in dieser Region eine wichtige zusätzliche Quelle zur langfristigen Sicherung seiner Energieversorgung und ist um deren Stabilität besorgt.

China hat rechtzeitig sein Interesse angemeldet, aus der Pipelinelogistik der asiatischen Region nicht ausgeschlossen zu bleiben. Mitte 2004 wurde ein China-Kasachstan-Pipeline-Abkommen mit einem Investitionsvolumen von 3,5 Milliarden US-Dollar abgeschlossen, welches das verstärkte Engagement Chinas in den zentralasiatischen, um das Kaspische Meer gelegenen Öl- und Gaslagerstätten untermauerte.

Am 21. Dezember 2007 wurde zwischen China und Kasachstan der Startschuss zum Bau der 750 Kilometer langen Kenkiyak-Kumkol-Pipeline vereinbart, die ab Oktober 2009 zehn Milliarden Tonnen Rohöl befördern wird. Eine erste Ölleitung von ca. 1000 Kilometern Länge liefert das Erdöl bereits seit Juni 2005 nach China, das zuvor kostspielig per Bahn befördert werden musste. China kam Kasachstan dabei sehr weit entgegen, so dass chinesisches Kapital inzwischen bei der Erschließung neuer Ölfelder am Kaspischen Meer eingesetzt wird.

Mit den Abkommen mit Kasachstan und Iran hat China deutlich gemacht, dass es nicht gewillt ist, dieses Gebiet widerstandslos Washington zu überlassen. Diesmal geht es nicht mehr allein um die Kontrolle der zentralasiatischen Energiereichtümer, sondern um die ganze Großregion vom Persischen Golf bis zum Kaspischen Meer, die von den USA inzwischen als Greater Middle East bezeichnet wird. Zugleich wird zunehmend deutlich werden, dass sowohl China als auch Russland in dem »Frontstaat« der Islamischen Republik Iran ein wichtiges Bollwerk gegen die US-amerikanischen Hegemonialbestrebungen sehen.

Dem aufmerksamen Leser dürfte nicht entgangen sein, dass die rasant steigende Energienachfrage Chinas das Land immer stärker in die Konflikte notorisch instabiler Regionen hineinzieht, in denen es bislang keinen nennenswerten Einfluss ausgeübt hatte. Dabei hat sich Chinas Abhängigkeit von Ölimporten in den letzten Jahren dramatisch verschärft. Heute sind es die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas, vor allem Saudi-Arabien, Iran und Oman, die zusammen für rund 40 Prozent der chinesischen Ölimporte aufkommen. China wird in den nächsten Jahren rund 70 Prozent seiner Ölimporte aus dieser Region beziehen und vom steten Ölfluss aus den Ländern am Persischen Golf noch wesentlich abhängiger werden, als es die USA und Europa sind.¹⁵⁴

154 International Energy Agency: World Energy Outlook.

China wird zwar als zuverlässiger Ölimporteur geschätzt, doch vor allem die Golfstaaten versuchen, ihre Abnehmerstruktur weiter zu diversifizieren, und setzen bei ihrer Suchstrategie auch auf Chinas regionale Rivalen Japan, Indien und Südkorea. Deshalb wird auch die ökonomische und politische Flankierung der chinesischen Öldiplomatie immer wichtiger. Wesentliche Elemente dieser Strategie sind zum einen die langfristigen Lieferverträge für Erdöl und Erdgas, die chinesische Konzerne mit Staaten wie Saudi-Arabien, Iran, Oman, Sudan, Jemen, Libyen, Kuwait, Katar und Algerien abschließen. Zum anderen werden kapitalkräftige und oft auch technologisch überlegene Energiekonzerne der Region – vor allem Saudi Aramco – ermuntert, in der chinesischen Industrie – und vor allem in Raffinerien – zu investieren. Die beiden Importelemente der Strategie werden ergänzt durch den chinesischen Kapitalexport in Form einer direkten Beteiligung chinesischer Firmen an der Erschließung von Öl- und Gasfeldern wie auch an der Ölförderung.¹⁵⁵

In den letzten Jahren haben es chinesische Unternehmen verstanden, im Mittleren Osten auch jenseits des Energiesektors eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen: als Handelspartner, Investor, Technologielieferant, Kreditgeber und Entwicklungshelfer. Die neue Seidenstraße bleibt allerdings für die meisten Länder dieser Region eine Einbahnstraße. Denn auf den chinesischen Märkten konnten sie bisher nicht Fuß fassen, wenn man von den petrochemischen Produkten Saudi-Arabiens und der Militärtechnologie Israels absieht.

Eine wenig bekannte Facette in der Nahost-Politik Chinas ist seine militär-technologische Kooperation mit Israel. China hofft nach der Aufgabe seiner strikt proarabischen Haltung, über Israel an die begehrte westliche Militärtechnologie heranzukommen. China ist umgekehrt für die Hightech-Militärindustrie Israels ein wichtiger Absatzmarkt. Washington ist dieser Deal ein Dorn im Auge. China sollte auf diesem Wege kein militärisches Übergewicht gegenüber Taiwan erlangen. So die US-amerikanische Logik!

Im Sudan und in Algerien schätzt man die neue Rolle Chinas als »eines alternativen Währungsfonds«, der politische Vorzugskredite vergibt, ohne eine »Schocktherapie« nach dem Muster von Weltbank und Währungsfonds vorzuschreiben.

155 Siehe Erica S. Downs: *Chinas Quest for Energy*. Santa Monica 2005.

Dank einer flexiblen globalen Energiepolitik ist es Chinas führender Erdölgesellschaft Petro China gelungen, am 4. Dezember 2006 die britisch-niederländische Shell zu überholen und gemessen an der Börsenkapitalisierung zum sechstgrößten Ölkonzern der Welt zu werden. Sie ist nur eine Tochtergesellschaft des Staatskonzerns China National Petroleum Corporation (CNPC). Daneben sind zwei weitere chinesische Ölgesellschaften im Geschäft, die China Petroleum & Chemical Corporation (Sinopec) und die Chinese National Offshore Company (CNOOC). 1999 operierten diese Unternehmen in Venezuela, Sudan, Aserbaidshan, Kasachstan, Birma und Indonesien. Inzwischen sind sie in vierzig Ländern aktiv.¹⁵⁶

Zwischen den gestern noch tonangebenden Konzernen Exxon, Chevron, Shell, BP, Total und den nationalen Ölgesellschaften der OPEC-Staaten haben sich die Kräfteverhältnisse in den letzten Jahren stark zugunsten der letzteren entwickelt.

Die zehn größten nationalen Konzerne kontrollieren 53 Prozent der Erdöl- und Erdgasreserven, die privaten hingegen besitzen nur noch knapp 9 Prozent der Weltvorräte. Weitere 16 Prozent entfallen auf kleinere staatliche Unternehmen aus Ländern wie China, Indien, Brasilien oder Malaysia, wo die Nachfrage nach Erdöl und Erdgas exorbitant wächst, so wie die Wirtschaft insgesamt. Ein Fünftel entfällt auf unabhängige, vorwiegend westliche Privatfirmen, die viel kleiner sind als die großen Ölmultis und Staatsunternehmen.

Was China anbelangt, so ist es ihm gelungen, in den zukunftssträchtigen Ölgebieten Angolas, Nigerias, der Republik Niger, Sudans, Kongos und Algeriens Fuß zu fassen. Diese Hinwendung zu den afrikanischen Energievorräten vollzieht sich in einer derart atemberaubenden Intensität, dass China vorgeworfen wird, die »Regeln« im internationalen Geschäft zu verletzen. China treibe »gewissenlose Geschäfte in Afrika«, schreiben die einen, die sich – getarnt als Süd-Süd-Kooperation – letztlich als »eine weitere Spielart des Neokolonialismus«¹⁵⁷ erweisen könnten.

Die chinesische Führung scheint aus eigener Erfahrung der letzten zwei Jahrzehnte verstanden zu haben, dass eine führende Position in der

156 Jean Pierre Séréni: Neue Regeln für den Erdölmarkt. In: *Le Monde diplomatique*. Berlin März 2007. S. 14.

157 Jean Christophe Servant: Weiße Elefanten in der Grauzone. In: *China*. Edition *Le Monde diplomatique*. Paris 1/2007. S. 47-49.

sich anbahnenden neuen globalen Kräftekonstellation nicht zuletzt von der Sicherstellung einer kontinuierlichen Energiezufuhr abhängt.

So haben die Beziehungen zwischen China und den afrikanischen Ländern in den letzten Jahren – besonders auf dem energetischen Gebiet deutlich zugelegt. China hatte bis Ende 2006 über 1,6 Milliarden US-Dollar in 49 afrikanischen Staaten investiert und mehr als 800 Unternehmen aufgebaut.

Die chinesische Ölindustrie hat die Abwesenheit amerikanischer Prospektoren genutzt, um eine höchst ertragreiche Ölförderung mit Schwerpunkt im Sumpfgebiet des Bahr-el-Gazal aufzunehmen. Unter chinesischer Regie wurde eine Pipeline von Bentin nach Port Sudan am Roten Meer gelegt. Die Volksrepublik belohnte diese präferentielle Regelung mit dem Ausbau von Infrastruktur-Projekten und der Ausrüstung mit Waffen. Im Sudan, der sich seit seiner Unabhängigkeit mit einer Vielzahl von rebellischen Aufstands- und Sezessionsbewegungen herumschlägt, ist vor allem die Militärhilfe hoch willkommen.¹⁵⁸

Die Großzügigkeit Chinas im Hinblick auf afrikanische Energieressourcen scheint keine Grenzen zu kennen. Im Gegenzug für das Vorkommen afrikanischer Staaten im Energiebereich bietet China Hilfe beim Aufbau und Ausbau von umfangreichen Projekten in der Industrie, der Landwirtschaft, im Gesundheits- und Bildungswesen an. China gewährt weiterhin Schuldenerlass sowie großzügige Kredite in Milliardenhöhe, Erweiterung der Liste für die zollfreie Einfuhr afrikanischer Waren u. a.m..

China bezieht inzwischen etwa 50 Prozent seines rasant wachsenden Erdölbedarfs aus Afrika. Und nicht nur Öl. Aus Gabun und Kamerun kommt Holz, aus Südafrika Eisenerz und Aluminium, aus Sambia Kupfer. Der Umfang der Rohstoffimporte aus Afrika nach China ist einer Weltbank-Untersuchung zufolge von 5 Milliarden US-Dollar im Jahr 2001 auf 22 Milliarden Dollar 2006 angewachsen.¹⁵⁹

China investiert in Afrika in verschiedenen Sektoren quer über den ganzen Kontinent hinweg: Angola unterzeichnet mit chinesischen Firmen einen Zwei-Milliarden-Dollar-Vertrag über die Erschließung von Ölfeldern, in Sierra-Leone bauen chinesische Firmen mit 200 Millionen

158 Peter Scholl-Latour: Zwischen den Fronten. Erlebte Weltgeschichte. Berlin 2007. S. 248.

159 New Financiers are Narrowing African's Infrastructure Deficit. Weltbank-Pressmitteilung 2009/017/Exc. 10.7.2008.

Dollar die Tourismusbranche wieder auf, in Sambia investieren chinesische Unternehmen 100 Millionen Dollar in die Kupferförderung, und im Sudan bauen sie einen Staudamm für 1,2 Milliarden Dollar.¹⁶⁰

Die chinesischen Infrastrukturinvestitionen – für Straßen, Bahnlinien, Kraftwerke, zunehmend auch für Telekommunikationsnetze – beliefen sich im Jahr 2006 auf 7 Milliarden US-Dollar, das ist siebenmal so viel wie zu Beginn des Jahrhunderts. Insgesamt haben 35 afrikanische Länder Investitionsmittel aus China erhalten, doch der Löwenanteil floss in nur vier Länder: Nigeria, Angola, Sudan und Äthiopien. Drei davon sind Afrikas größte Ölproduzenten.¹⁶¹

Den Rohstoffbedarf der chinesischen Industrie zu befriedigen, wurde nun zum Leitmotiv der chinesischen Außenpolitik in Afrika. Die chinesische Regierung gibt nicht nur Entwicklungshilfe und streicht gelegentlich Schulden – 2002 und 2006 erließ China überfällige Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils etwa 1,5 Milliarden Dollar in Afrika. China ermutigt auch chinesische staatliche Firmen in Afrika, notfalls sogar Aufträge anzunehmen, die gar nicht kostendeckend abzuwickeln sind – Hauptsache, man ist im Geschäft.

Die Zuwachsraten im chinesisch-afrikanischen Handel sind atemberaubend. Zwischen 2004 und 2008 verfünffachte sich das Handelsvolumen auf 100 Milliarden Dollar. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 nahm der Warenaustausch im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum 2007 um 66 Prozent zu.¹⁶²

Fast drei Viertel der afrikanischen Exporte nach China bestehen aus Öl, Gas, Erzen und anderen mineralischen Rohstoffen. Es erhält dafür verarbeitete Güter.

Auch in Lateinamerika wird die chinesische Präsenz immer augenscheinlicher. China ist inzwischen der größte Abnehmer chilenischen Kupfers und dabei, der größte Handelspartner Brasiliens zu werden. Es investiert dort Milliarden US-Dollar in den Bau einer Erdölpipeline, in die Erweiterung der Stahl- und Aluminiumproduktion und in den Ausbau der Infrastruktur des Landes.

¹⁶⁰ Chinese Companies build up reputation in Scramble for Africa. In: Xinchua (Peking) 19.7.2005.

¹⁶¹ New Financiers are Narrowing Africa's Infrastructure Deficit. Weltbank-Pressemitteilung.

¹⁶² Sino-African Trade to hit 100 billion dollars 2008. China predicts. In: Xinchua (Peking) 4.9.2008.

Chinas Interesse an beiderseitig vorteilhaften Beziehungen mit einer Reihe lateinamerikanischer Länder gilt vor allem den riesigen Vorkommen an fossilen Rohstoffen: Die geschätzten Ölreserven Venezuelas liegen derzeit bei 160 Milliarden Barrel, was 82 Prozent der gesamten südamerikanischen und 62 Prozent der kontinentalen Reserven Lateinamerikas ausmacht.¹⁶⁵

Venezuela ist somit die fünfte Erdölmacht der Welt und sechstgrößter Erdölexporteur der Erde. 2006 führte das Land täglich 1,735 Millionen Barrel aus.¹⁶⁴ Darüber hinaus lagern in der Orinoco-Senke riesige Vorkommen an Ölsand, die nach venezolanischen Angaben etwa 1400 Milliarden Barrel Rohöl entsprechen. Werden diese Reserven offiziell bestätigt und anerkannt, könnte Venezuela über die größten Ölreserven der Welt verfügen. Diese Reserven entsprächen 78 Prozent der gesamten Reserven von Saudi-Arabien und Irak zusammengenommen.¹⁶⁵

In den Aktivitäten um die Energiereserven Südamerikas, das als Energielieferant für die USA unverzichtbar ist, kann die chinesische Konkurrenz unliebsame Akzente setzen und dem bisherigen Hegemon die Quellen des Schwarzen Goldes in seinem einstigen »Hinterhof« immer strittiger machen, besonders auch deshalb, weil das amerikanische Renommee hier zunehmend an Glanz verliert. Denn lange an den Rand gedrängt, sind die großen Schwellenregionen Ostasien, Lateinamerika und Südasien »aktive Wirtschaftseinheiten« geworden, oder sie sind auf dem besten Weg, es zu werden: »Einheiten, deren Programm nicht nur ihrer jeweiligen Umgebung angepasst ist, sondern die ihrerseits in der Lage sind, die Umgebung ihrem Programm anzupassen«.¹⁶⁶

165 Oil and Gas Journal. Houston (Texas) 24.3.2008.

164 Opec-Jahresbericht. www.opec.org/library/annual%20statistical%20Bulletin/ASB2006.htm.

165 Oil and Gas Journal. Houston (Texas) 24.3.2008.

166 François Perroux: *Pouvoir et économie généralisée*. Paris 1994.

Eine neue internationale Ordnung ist notwendig

Eines der Hauptelemente des gegenwärtigen Umwälzungsprozesses in der globalen Struktur der politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse ist der kontinuierliche Machtzuwachs Asiens. China und Indien preschen mit einer erstaunlichen Expansionsdynamik vor. Zwischen 1980 und 2006 hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf (kaufkraftbereinigt) in China um den Faktor 16 vervielfacht, in Indien verfünffacht. Im gleichen Zeitraum ist ihr jeweiliger Anteil am Welt-BIP von 3,2 Prozent auf 13,9 Prozent bzw. von 3,3 Prozent auf 6,17 Prozent gestiegen. Der Anteil Asiens insgesamt liegt heute bei 34 Prozent und wird für das Jahr 2020 auf etwa 45 Prozent geschätzt.¹⁶⁷

Staaten, denen man vorausgesagt hatte, sie würden einmal zu den Opfern der Globalisierung gehören, fordern heute ihren Platz an der Sonne. China, Indien, Russland und Brasilien stellen die gegenwärtige internationale Ordnung in Frage: Keiner denkt daran, seine nationalen Interessen Kompromissen zu opfern. Allen geht es in erster Linie um die Kontrolle über die Rohstoffe, vor allem Öl und Gas, die immer knapper und in der Regel – abgesehen von zeitweiligen Preisstürzen wie ab Mitte 2008 – immer teurer werden.

»Die westliche Welt, vor allem Europa und die USA, ist nicht mehr einziger Träger wirtschaftlicher und strategischer Unternehmungen, wie sie es noch 1994 war«, stellt das »Weißbuch der Verteidigung« fest, das die französische Regierung im Juni 2008 verabschiedet hat.¹⁶⁸

Das amerikanische Finanzmodell steckt in einer nie dagewesenen Systemkrise. Die großen Finanzinstitute der Wall Street (Citigroup, Morgan Stanley usw.), die britische Großbank Barclays und die Schweizer UBS mussten sich hilfeschend an die Staatsfonds Chinas, Singapurs und der Golfstaaten wenden, um ihr Überleben zu sichern. So sind zwischen Juni

167 Schätzungen anhand der Datenbanken der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Siehe: www.econ.stats.com.

168 Défense et Sécurité nationale: Le Livre blanc. Paris 2008. S. 54.

2007 und Juni 2008 aus fern- und nahöstlichen Staatsfonds 48 Milliarden Dollar an westlich gelistete Geldinstitute geflossen, die damit ein Drittel ihres Refinanzierungsbedarfs decken konnten.¹⁶⁹

Es sind vor allem die Schwellenländer, die das Zahlungsbilanzdefizit der USA ausgleichen, indem sie in den USA Schatzbriefe kaufen: 80 bis 90 Prozent der US-amerikanischen Staatsanleihen werden von ausländischen Akteuren gezeichnet. Mit 1197 Milliarden US-Dollar ist Japan zwar immer noch Washingtons treuester Kunde, aber an zweiter Stelle folgt bereits China mit 922 Milliarden US-Dollar.¹⁷⁰

Die Volksrepublik China ist damit nicht nur »Werkbank« der Welt, sie fungiert heute auch als »Hausbank« der USA. Und Asien insgesamt – einschließlich seiner anderen großen Wirtschaftsmächte Hongkong, Südkorea, Singapur – absorbiert inzwischen mehr als die Hälfte der US-Auslandsverschuldung. Weitere Großabnehmer der US-Schatzbriefe sind nahöstliche Ölstaaten und Schwellenländer wie Mexiko und Brasilien. Und auch das von der Bush-Administration hart kritisierte und bekämpfte Russland zählt zu den zwanzig größten Gläubigerländern der USA.

Tatsächlich sind die von China gekauften Schatzbriefe, die es den USA ermöglichen, ihr Defizit zu finanzieren und mit dem quasi geliehenen Geld chinesische Produkte preisgünstig einzukaufen, nur die Spitze des Eisberges. China verfügt mit nahezu 2000 Milliarden über die weltweit größten Dollarreserven.¹⁷¹

In dieses System wirtschaftlicher Interessen ist auch Japan einbezogen, das weltweit über die zweithöchsten Dollarreserven verfügt, und sogar noch das an dritter Stelle stehende Russland. Es ist der Preis, der noch immer für die besondere Rolle entrichtet werden muss, die der US-Dollar als weltweites Zahlungsmittel nach dem Zweiten Weltkrieg erlangt hatte. Damals standen die USA als eindeutiger Gewinner da. Dagegen war das hochverschuldete Großbritannien wirtschaftlich geschwächt, Frankreich so gut wie am Rande und die Sowjetunion völlig ausgeblutet.

Die USA sind heute nicht mehr imstande, über den Gang der Dinge in der von der globalen Finanzkrise beherrschten Welt allein zu entschei-

169 Siehe Laurent Quignon: *Financial Crisis, Banks in the Midstream*. In: *Conjoncture BNP Paribas*. Mai 2008 sowie Georges Soros: *The World Market Crisis in 60 years*. In: *Financial Times*. London 22.1.2008.

170 *Foreign Holdings of US Securities*. In: *Presseamt des US-amerikanischen Finanzministeriums*. Washington 29.2.2008.

171 *World Factbook*, Central Intelligence Agency (CIA). Washington 2008.

den. Der Westen – und vor allem die USA hatte sich daran gewöhnt, das alleinige Zentrum der Weltwirtschaft zu sein. Er wird sich umgewöhnen und sich auf eine neue Welt einstellen müssen, die bereits mehrere Machtzentren besitzt und zur Multipolarität drängt.

Die USA werden mit Sicherheit noch viele Jahre, und nicht nur in militärischer Hinsicht, die vorherrschende Macht bleiben. Aber sie werden mit dem Erstarken der Machtzentren in China, Indien, Russland und Brasilien zu rechnen haben. Selbst wenn sie sich mit der EU verbünden, wird es ihnen nicht mehr gelingen, ihre Interessen durchzusetzen, und bei der Krisenbewältigung werden sie auf andere Partner angewiesen sein.

Es bedurfte der Napoleonischen Kriege, um der Pax Britannica den Weg zu bereiten; und erst nach zwei Weltkriegen wurden die USA zum neuen Zentrum der Welt und Weltwirtschaft. Man darf heute hoffen, dass die Mächtigen der Welt diesmal den Frieden wählen, d. h. die laufenden asymmetrischen Kriege beenden und Vernunft einziehen lassen. Denn im Gegensatz zu 1815 oder 1914 geht es heute nicht um die Verlagerung der Macht von einem Zentrum zu einem anderen, sondern um die möglichst adäquate, abgestimmte Verteilung der Macht auf mehrere und unterschiedliche Pole. Daran hatten und haben, wie gezeigt wurde, auch Erdöl und Erdgas einen wichtigen Anteil.

Über den Autor

Sarkis Latchinian, Prof. Dr. sc., geboren 1930 in Beirut (Libanon), entstammt einer armenischen Familie, studierte Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Hochschule in Sofia. 1962 promovierte er an der Karl-Marx-Universität Leipzig mit einer Dissertation zum arabischen Erdöl. Seine Habilitation zum amerikanischen Kapital in Westeuropa erfolgte 1971, ebenfalls in Leipzig. 1975 wurde er zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Karl-Marx-Universität berufen. Er leitete von 1978 bis 1990 den Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Alma mater lipsiensis.

Zu seinem Forschungs- und Lehrgebiet gehörten neben der Politischen Ökonomie des Kapitalismus Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas, der USA und Japans; die Ost-West- sowie Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen; die Probleme der ökonomischen Integration und der Internationalisierung; die Entwicklungsländer sowie wirtschaftliche Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Als Gastprofessor wirkte er an den Universitäten Leningrad, Kiew, Jerewan, Warschau, Sofia, Addis-Abeba, Paris, Lyon, Brügge, Leuven La Neuve, Pavia und Konstanz. 1982 wurde er Mitglied des Research Committee for European Unification (London). Mit Beiträgen nahm er teil an den Weltkongressen der Politologen in Paris(1985) und Washington (1988).

Sarkis Latchinian ist Mitautor und -herausgeber zahlreicher Monographien: Karl Marx »Das Kapital«, Erbe und Verpflichtung (Leipzig 1967); Kapitalistische Ausbeutung heute (Berlin 1977); Lehrbuch Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus (Berlin 1974); Mehrwert heute (Berlin 1981); 70 Jahre Lenins Werk »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (Leipzig 1987); Nouvelles technologies et enjeux sociaux (Lyon 1986).

Zu Problemen der Europäischen Union publizierte er: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? (Leipzig 1994) sowie »Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa (Leipzig 1996). Arbeiten zu Neuentwicklungen in der Weltwirtschaft, zur Karabach-Problematik (Leipzig 1996), zur NATO-

Osterweiterung (Leipzig 1999), zum »Dritten Weg« (Berlin 2000), zum Kaspischen Raum (Leipzig 2000), zum palästinensisch-israelischen Konflikt (Leipzig 2002), zum Brennpunkt Irak (Leipzig 2003), zum Kaukasus-Konflikt (Leipzig 2008), zu Russlands Aufstieg unter W. Putin (Leipzig 2008) stellte er auch auf Foren zur Diskussion.